Wie steht die "Rote Fahne" zur Revolution in Portugal? S. 10

1 H 3752 CX

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN



Zentralorgan der KPD / Marxisten-Leninisten

Nr. 44 vom 1. November 1975 — 9. Jahrgang — 50 Pfennig

Losungen der DGB-Demonstration sollen uns wehrlos machen

Nein zu Mitbestimmung und Klassenversöhnung

Bundesweit ruft der DGB zu einer Demonstration am 8. November in Dortmund auf. Unterstützt wird diese Kampagne hauptsächlich von den modernen Revisionisten der D„K"P und ihren verschiedenen Ablegerorganisationen bis hin zum studentischen MSB Spartakus. „So geht es nicht weiter!" hat der DGB-Bundesvorstand seinen Aufruf zur Dortmunder Demonstration überschrieben. In Wirklichkeit bedeutet diese Demonstration aber Kapitulation vor den Krisenangriffen der Kapitalisten und ihrer Regierung.

Über eine Million Arbeitslose, Kurzarbeit, Überstunden- und Sonderschichtenstop, Kürzung sogenannter übertariflicher Leistungen – das alles hat bei gleichzeitig fortschreitender Teuerung in vielen Arbeiterfamilien längst die Sorge um das monatliche Auskommen an die erste Stelle gesetzt. Gleichzeitig verschärft sich die Arbeitshetze in den Betrieben, müssen die Arbeiter die Arbeit ihrer wegrationalisierten Kollegen mitmachen, werden die Akkordsätze hochgesetzt. Die fortschreitende Verschlechterung der Lebenslage der Werktätigen wird verschärft durch die staatlichen Krisenangriffe wie das Bonner Sparprogramm. In den kommenden Tarifrunden wollen die Kapitalisten und ihre Regierung gemeinsam mit dem DGB-Apparat Lohnraubabschlüsse weit unter der Teuerungsrate durchsetzen. Die 8%-Forderung des IG Metall-Apparats zur Stahltarifbewegung zeigt, woher der Wind weht.

Ruft der DGB-Apparat mit der Dortmunder Demonstration zum Kampf gegen diese Krisenangriffe der Kapitalisten und ihrer Bonner Regierung auf? Die Losungen des Aufrufs des Bundesvorstandes des DGB zeigen, daß genau das Gegenteil der Fall ist. Nehmen wir die Losung *„Für Stabilität, gegen Arbeitslosigkeit!"* Es wird in dem Aufruf gefordert, es müsse *„verstärkt investiert"* werden. Zum besseren Verständnis muß man wissen, wo nach Ansicht des DGB-Vorstandes die Ursache für die gegenwärtige Krise liegt: *„Die Unternehmer zögern immer noch mit Investitionen und halten Ausbildungsplätze zurück."* In Wirklichkeit ist es so, daß die Kapitalisten nicht investieren, weil eine Überproduktionskrise herrscht und eine Ausweitung der Produktion wegen der fehlenden zahlungsfähigen Nachfrage nicht profitabel ist. Deshalb schränken die Kapitalisten die Produktion ein, rationalisieren Arbeitsplätze weg, um durch die verschärfte Ausbeutung der verbleibenden Arbeiter die Profitrate zu erhöhen. Investitionen der Kapitalisten in der Krise dienen also nicht der „Sicherung und Schaffung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen", sondern der verschärften Rationalisierung, der Einsparung von Arbeitskräften und der verschärften Ausbeutung der Arbeiterklasse.

Der DGB-Bundesvorstand hat seine Gründe, warum er den Zusammenhang zwischen Kapitalismus und Krise vertuscht und die Tatsachen auf den Kopf stellt. **Denn aus der kapitalistischen Wirklichkeit ergibt sich für die Arbeiterklasse nur der Weg des unversöhnlichen Klassenkampfes, um die Angriffe der Kapitalisten abzuwehren und um in diesen Kämpfen die Stärke zu gewinnen, um in der gewaltsamen sozialistischen Revolution den Kapitalismus zu stürzen und die Herrschaft der Arbeiterklasse, den Sozialismus zu errichten. Genau das aber soll der DGB-Apparat als Instrument der Kapitalistenklasse verhindern helfen.**

„Für paritätische Mitbestimmung, gegen das Alleinentscheidungsrecht der Unternehmer!" Mit dieser Losung soll der Eindruck erweckt werden, die paritätische Mitbestimmung würde den Arbeitern

Fortsetzung auf Seite 5

DER LANGE MARSCH



Vor 40 Jahren endete der Lange Marsch der Roten Armee der Arbeitern und Bauern Chinas siegreich. Dieser Sieg schaffte die Bedingungen für den erfolgreichen Kampf des chinesischen Volkes gegen die japanische Aggression und für den Triumph der chinesischen Revolution.

Franco-Nachfolge in Spanien

Komplotte gegen das Volk

Am Sonntag vergangener Woche melden die Nachrichtenagenturen, daß sich der Zustand des faschistischen Henkers Franco wieder gebessert habe. Aber, wie lange er auch noch am Leben gehalten werden mag, auf der ganzen Welt wird es keinen ehrlichen und anständigen Menschen geben, der diesem verhaßten Diktator auch nur eine einzige Träne nachweint. Schon jetzt aber muß das Regime die Frage seiner Nachfolge lösen.

1936 verriet Franco die spanische Republik, er verkaufte sich an die wildesten Feinde der Völker, an die deutschen und italienischen Faschisten. Im Auftrag der spanischen Oligarchie, der reaktionärsten Kreise Spaniens, lieferte er das Land dem Imperialismus aus, vor dem Weltkrieg den deutschen Monopolkapitalisten, danach den amerikanischen Imperialisten. Das Franco-Regime wurde mit Strömen von Blut, mit Mord und Terror errichtet. Eine Million Menschen fielen im Krieg zur Verteidigung der Republik, Zigtausende wurden später heimtückisch ermordet, gefoltert und eingekerkert, um Spaniens Freiheit zu unterdrücken. Das faschistische Regime garantiert den Yankee-Imperialisten und den anderen imperialistischen Blutsaugern Milliardenprofite. Franco verwandelte Spanien in ein Armenhaus, er zwang Hunderttausende zur Emigration, stürzte die Volksmassen in Not und Elend.

Francos Tod kann die politische Krise des Faschismus nur noch weiter verschärfen. Wie sollen das Regime und seine Oberherren die Frage seiner Nachfolge lösen? Nach Franco wird die Liberalisierung kommen, wird das Regime „sich öffnen", „demokratisieren" usw. usf., so versucht die imperialistische Propaganda, die Völker Spaniens, die durch ihren Kampf, die Massenaktionen der Arbeiter und der Angehörigen anderer Volksschichten, die faschistische Diktatur in die Defensive getrieben haben, zu beruhigen, um einen Fassadenwechsel vornehmen zu können, der den Yankee-Imperialisten weiter die Ausplünderung Spaniens sichert und die Herrschaft der Bourgeoisie garantiert.

Juan Carlos, von vielen Spaniern „Pelele", Hampelmann genannt, der Nachfolger Francos, ist eine der Hoffnungen der Bourgeoisie und des Imperialismus. Aber jedermann weiß, daß Juan Carlos allein keinen Erfolg haben wird. Santiago Carrillo, der Führer der spanischen Revisionisten und seine „Demokratische Junta", sollen ihm den nötigen demokratischen Anstrich geben. „*Unsere Partei*", erklärte dieser Verräter auf Francos Tod spekulierend, „*befindet sich in Alarmbereitschaft. Wir sind bereit und voll darauf vorbereitet, die politische Macht mit anderen Parteien, den Rechtsextremisten in-*

Fortsetzung auf Seite 2

Nato-Manöver "Reforger 75"

Verwüstungen, Tote, Vergewaltigungen

Eine junge Frau, 20 Jahre alt, ist mit ihrem PKW unterwegs. Auf der Straße Panzer und Jeeps der US-Army. Plötzlich wird der Wagen der jungen Frau von einem Panzer gerammt. Sie steigt aus, um Hilfe für ihr lädiertes Fahrzeug zu holen. Zwei Soldaten bieten sich auch an, sie in ihrem Jeep in den nächsten Ort mitzunehmen. Unterwegs aber biegen sie ab in einen Wald und vergewaltigen die junge, wehrlose Frau.

Das ist keine Szene aus einem Horrorfilm. Das hat sich erst vor wenigen Tagen hier in Westdeutschland, in Franken, im Raum zwischen Bad Mergentheim und Tauberbischofsheim, abgespielt. Schauplatz: das Manöver „Reforger 75".

Selbst die bürgerliche Lokalpresse bezeichnet dieses Manöver als das brutalste, das es je gab. So schreibt die „Heilbronner Stimme": „60-Tonnen-Panzer durchpflügen Wälder und Fluren und zerquetschen die Fahrbahnen. Wer ihnen mit seinem PKW zu nahe kommt, kann sein Testament machen. Mit nahezu unglaublicher Rücksichtslosigkeit preschen schwere Kettenfahrzeuge über die meist schmalen Verbindungsstraßen."

Mindestens 14 Tote hat das Manöver bisher gefordert, kanadische und amerikanische Soldaten und Menschen aus der Bevölkerung in Franken. Eine deutsche Autofahrerin fuhr in der Dunkelheit auf einen unbeleuchteten Panzer. Sie starb an ihren Verletzungen. Zwei weitere Personen starben, als sie mit ihrem Wagen in der Dunkelheit frontal auf einer Bundesstraße mit einem US-Lastwagen zusammenstießen.

Fortsetzung auf Seite 12

AUS DEM INHALT

Weg mit dem „Radikalengesetz"! . . 2
52 Jahre Hamburger Aufstand 2
Frauenkongreß in Ostberlin 3
Wem nützt Biermann? 3
Wählt revolutionäre Vertrauensleute! 4
Enka Glanzstoff / Kampf gegen Stilllegung 4
Henry Ford in Köln 5
Bundeskongreß des MSB 6
Numerus clausus / Kein Recht auf Bildung 6
Bochum / Mordanschläge der Polizei . 7
Kiel / Aktion gegen antichinesischen Hetzfilm 7
Stammheim / BGH beschließt Ausschluß der Angeklagten 8
Kiel / Prozeß gegen Martin Peleikis . . 8
Degeneration der sowjetischen Kolchose 9
Salisbury / Kampf für Sitholes Freilassung 11
UNO-Ausschuß verurteilt Zionismus . 11
Sahara / Gegen marokkanische Annektionspläne 11
Westberlin / KGB-Spion enttarnt . . . 12
Kampf für Saschas Einbürgerung . . . 12

Berufsverbotsgesetz

Weg mit dem "Radikalengesetz"!

Am Freitag letzter Woche wurde vom Bundestag die Regierungsvorlage des „Radikalengesetzes" verabschiedet. Dieses Gesetz soll die Berufsverbote gesetzlich regeln, die schon in Hunderten von Fällen auf der Grundlage des „Radikalenerlasses" der Länder-Ministerpräsidenten von 1972 und dem Bundesverfassungsgerichtsurteil vom Mai 1975 durchgeführt wurden.

Gegen dieses Gesetz hat es breiten Protest gegeben. Die Regierung versucht deshalb gerade so zu tun, als würde alles nach „rechtmäßigen" Methoden vorgehen. So habe ja jeder, der vom Berufsverbot betroffen ist, die Möglichkeit, sich die Begründung schriftlich geben zu lassen, und die Entscheidung über die Zulassung eines Beamtenbewerbers sei ja von der Prüfung des Einzelfalls abhängig und die Merkmale, die zum Berufsverbot führen, müßten einer gerichtlichen Prüfung standhalten. Die CDU/CSU, die ebenfalls für ein „Radikalengesetz" ist, hat diese Gesetzesvorlage als zu liberal abgelehnt.

Dieses Gesetz richtet sich hauptsächlich gegen Revolutionäre und Kommunisten, gegen die Partei. Natürlich sind auch D„K"P-Revisionisten von Berufsverboten betroffen. Die Bourgeoisie versucht den Anschein zu erwecken, die D„K"P sei die kommunistische Partei, deshalb wurde sie auch in der Bundestagsdebatte um das „Radikalengesetz" als die große Gefahr für diesen Staat aufgebauscht.

Gleichzeitig wollen sie die Agententätigkeit der D„K"P aber auch nicht zu sehr behindern, sondern vor allem Revolutionäre und Kommunisten aus dem Staatsdienst entlassen bzw. ihre Einstellung verhindern. Deshalb sieht der Gesetzentwurf auch vor, daß die Parteimitgliedschaft in einer „extremistischen" Partei nur eines von mehreren Merkmalen ist, und allein nicht ausreiche, um Bewerber abzulehnen, denn es ist der Bourgeoisie kaum möglich nachzuweisen, wer in der KPD/ML Mitglied ist, während die Mitglieder der D„K"P und ihre Funktionen allgemein bekannt sind, und somit aus dem Staatsdienst entlassen bzw. ihre Einstellung abgelehnt werden müßte. Für die Bourgeoisie ist es besser zu sagen, die Parteimitgliedschaft ist nur ein Punkt unter mehreren, denn so kann sie auch gegen jeden vorgehen, der den kapitalistischen Staat ablehnt, aber überhaupt nicht organisiert ist. Innenminister Hirsch von NRW sagte unter dem Anschein von Gerechtigkeit: „Man könne einen unorganisierten Staatsfeind nicht anders als einen organisierten behandeln." Somit kann die Bourgeoisie nach dieser Gesetzesvorlage gegen jeden vorgehen, der z. B. an einer Demonstration der Partei teilnimmt oder in irgendeiner Weise mit ihr zu tun hat.

Die Gesetzesvorlage geht davon aus, daß die Überprüfung des Einzelfalls entscheidend ist. Schoeler von der FDP sagte, daß sich die Einstellungsbehörden in jedem Fall ein Bild von der Gesamtpersönlichkeit des Bewerbers machen müßten. So kann die Bourgeoisie natürlich einzelne D„K"P-Revisionisten im Staatsdienst belassen, damit sie für die Erhaltung des Kapitalismus arbeiten können, während sie Revolutionäre und Kommunisten entläßt und nicht einstellt. Sie braucht die D„K"P insgesamt nicht als „staatsgefährdend" zu bekämpfen, als was sie sie selbst immer herausputzt.

Das Berufsverbot ist Bestandteil der ständig wachsenden Faschisierung des kapitalistischen Staatsapparates. Der Staat will seinen Apparat „sauber" halten, damit er seine Aufgabe, die Arbeiterklasse im Interesse der Monopolbourgeoisie zu unterdrücken, erfüllen kann. Unterstützen wir den Kampf gegen die Berufsverbote. Weg mit dem „Radikalengesetz"!

Bundeskanzler Schmidt in der VR China

Am Dienstag ist Bundeskanzler Schmidt mit einer Delegation zu einem Besuch in die Volksrepublik China abgereist. Dieser Besuch, der die Beziehungen zwischen der Volksrepublik China und Westdeutschland stärkt, wird von allen fortschrittlichen Menschen unseres Volkes begrüßt. Denn engere Beziehungen zwischen der VR China und der Deutschen Bundesrepublik schaffen noch günstigere Bedingungen, um die traditionsreiche Freundschaft zwischen der deutschen Arbeiterklasse, dem ganzen deutschen Volk und dem chinesischen Volk zu festigen und auszubauen.

Viele Jahre hindurch haben auch die westdeutschen Imperialisten versucht, die Volksrepublik China zu isolieren, in der Hoffnung, das Bollwerk der Weltrevolution auf diese Weise treffen zu können. Doch die Tendenz in der Weltentwicklung hat diese Politik immer mehr zum Scheitern verurteilt. Die Länder der Dritten Welt haben in ihrem Kampf gegen Imperialismus und Kolonialismus, für nationale Freiheit und Unabhängigkeit, in immer stärkerem Maße sich mit der Volksrepublik China zusammengeschlossen. Die Bedrohung durch die beiden imperialistischen Supermächte, den russischen Sozialimperialismus und den USA-Imperialismus, hat in den letzten Jahren dazu geführt, daß auch Länder der Zweiten Welt ihre Beziehungen zur Volksrepublik China gefestigt haben. Der Versuch, die VR China zu isolieren, führt lediglich dazu, sich selbst zu isolieren – das haben auch die westdeutschen Imperialisten erfahren müssen. Insofern ist der erste Besuch eines westdeutschen Bundeskanzlers in der VR China zugleich auch Ausdruck der Stärke des Bollwerks der Weltrevolution.

Allein die russischen Sozialimperialisten mit ihren Marionetten in der DDR und ihren Agenten vom Schlage der D„K"P entfalten eine unverschämte Hetze gegen den Besuch des Kanzlers in der VR China. So schrieb die Zeitung „Horizont", ein Sprachrohr des Außenministeriums der Honecker-Clique, die Gespräche, die Schmidt in der VR China führen würde, würden sich „eindeutig gegen die Entspannung und ein friedliches Zusammenleben der Völker in Europa" richten, zu der sich die Regierung erst vor wenigen Monaten in Helsinki feierlich verpflichtet hätte. Das ist allerdings eine geradezu unverschämte Einmischung in die inneren Angelegenheiten Westdeutschlands, die deutlich die Handschrift des russischen Sozialimperialismus und seiner Lakaien trägt. Hat nach Helsinki der westdeutsche Bundeskanzler vielleicht erst in Moskau anzufragen, ob den neuen Zaren dort diese oder jene Reise nicht paßt? Damit entlarven die russischen Sozialimperialisten und ihre Lakaien selbst den Geist, der hinter den falschen Friedens- und Entspannungstiraden von Helsinki steckt: Der Geist der Vorherrschaft der beiden Supermächte.

Es ist zugleich die Furcht der russischen Sozialimperialisten, die aus ihren Zeilen spricht, daß auch die Länder der Zweiten Welt und insbesondere die Länder Westeuropas mehr und mehr gegen die Vorherrschaft der beiden Supermächte angehen und das Lügennetz von „Frieden und Entspannung" zerreißen. Und die russischen Sozialimperialisten wissen eben genau, daß in der Frage des Zusammenschlusses der Völker und Länder gegen die beiden Supermächte und vor allem gegen den Hauptkriegstreiber, der sich mit der Friedensmaske tarnt, die Volksrepublik China eine hervorragende Bedeutung hat.

Das deutsche Volk begrüßt die Beziehungen zwischen der Volksrepublik China und Westdeutschland außerordentlich. Und es wird – entgegen den Wünschen und dem Geschrei der neuen Zaren im Kreml – seine Anstrengungen erhöhen, um in einer Front mit der Volksrepublik China, der Volksrepublik Albanien und allen Völkern der Welt den Kampf gegen beide Supermächte mit aller Kraft zum Sieg zu führen.

Kurz berichtet

DORTMUND

Am Freitag der vergangenen Woche fand in Dortmund ein Arbeitertreff aus Anlaß des 52. Jahrestages des Hamburger Aufstandes im Oktober 1923 statt. In dem mit der Parteifahne und Bildern von Genossen Ernst Thälmann geschmückten Raum hatten sich ungefähr zwanzig Freunde und Genossen versammelt. Im Mittelpunkt des Arbeitertreffs stand ein Lichtbildervortrag, der unter das Thema „Reform oder Revolution" gestellt war. Bilder aus der Novemberrevolution von 1918, über die Kämpfe der Arbeiterklasse Anfang der zwanziger Jahre, über ihre elende Lage, wurden dabei ebenso gezeigt, wie solche vom Hamburger Aufstand selbst. Der Agitprop-Trupp der Partei sang das Lied „In Hamburg fiel der erste Schuß" und ein Genosse trug ein Gedicht vor.

KARLSRUHE

375 Mieter der „Volkswohnung" in Oberreut-Feldlage sollen durchschnittlich bis zu 33% mehr Miete zahlen. Rund 300 Oberreuter folgten dem Aufruf zu einer Protestversammlung gegen die Mieterhöhungen und gründeten eine Mieterinitiative. Die Partei in Karlsruhe verteilte zu dem Mieterkampf ein Flugblatt, das den Kampf der Oberreuter unterstützt und darauf eingeht, daß ihr Kampf sich nicht darauf beschränken darf, „alle rechtlichen Mittel auszuschöpfen", sondern von den Mietern im Vertrauen auf die eigene Kraft gegen die „Volkswohnung" und gegen den kapitalistischen Staat geführt werden muß, wie auch das Beispiel Wyhl zeigt.

BREMEN

Am 20. 10. fand im Bremen eine Solidaritätsveranstaltung mit dem Kampf der spanischen Völker statt, auf der ein Vertreter der Partei, der FRAP, der Deutsch-Spanischen Freundschaftsgesellschaft, der RHD und der GRF (KPD) sprachen. Die spanischen Genossen hatten einen Film mitgebracht, der die jüngsten Kämpfe des Volkes, der KPSp (m-l) und der FRAP zeigte. Auf der Veranstaltung wurden 694 DM für die FRAP gesammelt. Die RHD gab noch zusätzlich 240 DM als Spende dazu.

BOCHUM

Am 23. Oktober führte die ROTE GARDE Bochum anläßlich einer IGM-Veranstaltung unter dem Titel „Polit-Pop 75 – Jugendshow der IG Metall" eine erfolgreiche Aktion durch. Obwohl die IGM auch aus anderen Städten des Ruhrgebiets Busse eingesetzt hatte, kamen nur ca. 150 Jugendliche. Nachdem die Rotgardisten vor der Halle Flugblätter verteilt sowie den ROTEN MORGEN und DIE ROTE GARDE verkauft hatten, gingen sie kurz vor Beginn der Veranstaltung in den Saal und führten eine Kundgebung durch. Sofort versuchten die IGM-Ordner gegen die Kundgebung vorzugehen. Sie riefen Parolen wie „Chaoten raus". Doch niemand im Saal rief mit, sondern die Jugendlichen hörten der Kundgebung zu. So wagten die IGM-Ordner auch nicht, ihre Schläger einzusetzen, sondern sie holten sich Polizeiunterstützung. Doch bevor diese eintraf, war die Kundgebung bereits zu Ende. Ein Teil der Rotgardisten zog mit Jugendlichen, die daraufhin die Veranstaltung verließen, in eine Gaststätte, wo sie über den IGM-Apparat und über die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition diskutierten. Die anderen Rotgardisten mischten sich unter das Publikum, wo sie Diskussionen führten. Mehrere Jugendliche konnten dafür gewonnen werden, zum nächsten Jugendtreff der ROTEN GARDE in Bochum zu kommen.

52 Jahre Hamburger Aufstand


Hamburger Volkszeitung

Organ der KPD für den Bezirk Wasserkante

Sonnabend, 22. Oktober 1927

Vorwärts im Geiste des Oktober 1923!

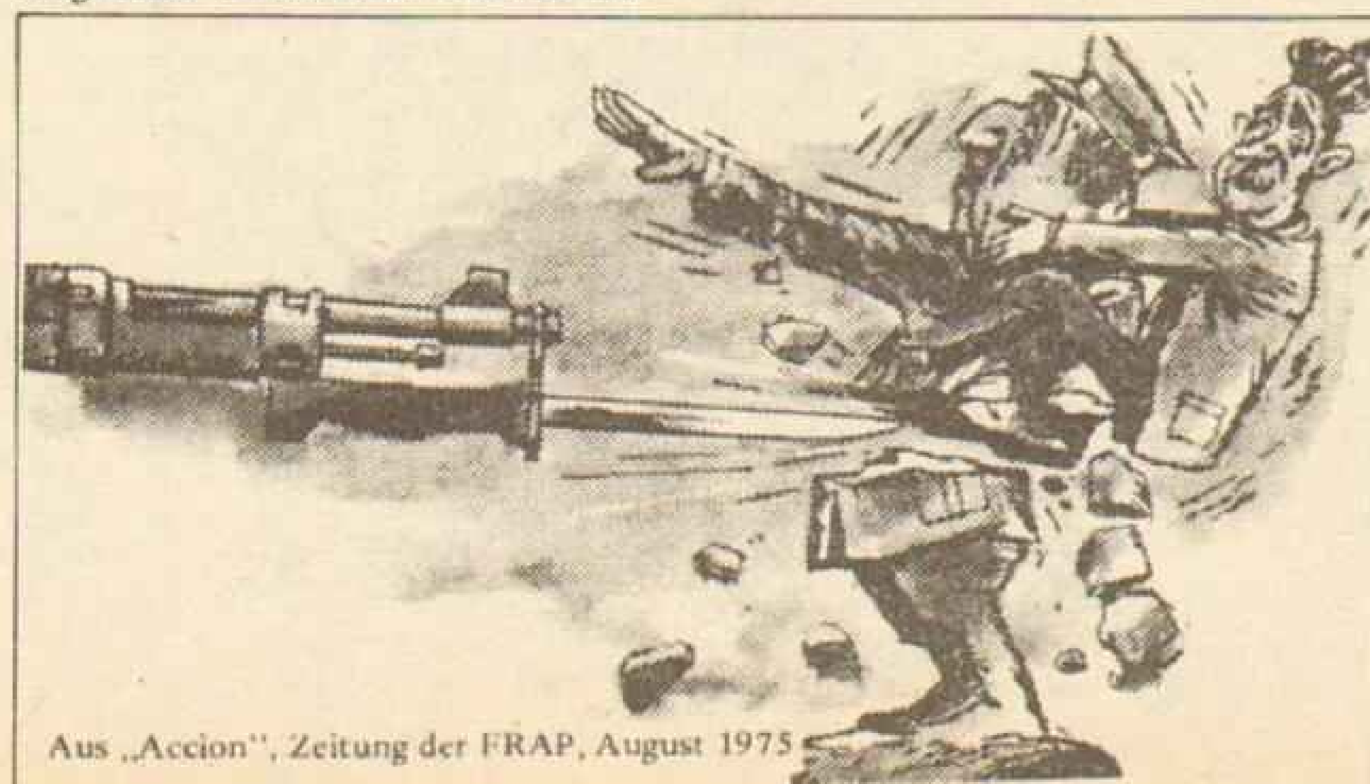
Am 23. Oktober war der 52. Jahrestag des Hamburger Aufstandes. 3 Tage und 3 Nächte kämpften 300 Hamburger Arbeiter unter der Führung Ernst Thälmanns gegen eine Übermacht von 6000 Söldnern der Polizei, der Reichswehr und der Marine. Hamburg wurde geschlagen. 1925 schrieb Ernst Thälmann: „Die proletarische Revolution hat mehr als eine blutige Niederlage ertragen. Sie ist niemals daran verblutet. Sie ist stärker, stolzer, entschlossener weitergeschritten. Die Pariser Kommune wurde niedergetreten. Die russische Revolution von 1905 endete an den Galgen des Zaren, in den Kerkern, in Sibirien. Und sie erwachte trotzdem aufs neue. Auch Hamburg ist nicht tot, sondern Hamburg ist unbesieglich. (...) Die Aufstände des Proletariats sind Etappen auf dem Siegeszug der Revolution, nicht durch ihre unmittelbaren positiven Resultate, sondern vor allem infolge der großen Lehren, die sie der ganzen Arbeiterklasse einhämmern."

Franco-Nachfolge in Spanien

Fortsetzung von Seite 1

begriffen, zu teilen." Carrillo richtet sein Angebot an Juan Carlos, an so bekannte Faschisten wie Calvo Serer, Ruiz Gimenez und andere. Seine „Demokratische Junta", gemeinsam mit der sogenannten „Demokratischen Konvergenz", die die „Vanguardia Obrera", das Zentralorgan der KP Spaniens/ML ein „Gemisch von Oligarchen, Klerikal-Reformisten, Vatikanisten, Falangisten, Opportunisten der PSOE (der Sozialistischen Partei – RM), schamhaften Revisionisten ohne eigene Organisation und ohne eigene Ideen" nannte, das sollen angeblich Lösungen für die dringenden Probleme der spanischen Völker sein. **In Wirklichkeit sind sie Komplotte gegen das Volk, Komplotte gegen die Revolution, um die Macht der Imperialisten und der spanischen Oligarchie zu erhalten. Das Herausputzen Carrillos, der den USA-Imperialisten längst seine Ergebenheit bekundet hat, wird lediglich dazu führen, daß neben diesen auch die russischen Sozialimperialisten die Gelegenheit ergreifen, sich stärker in Spanien einzumischen.**

Aber die Völker Spaniens verstärken ihren Kampf. An ihrer Spitze steht eine wirklich revolutionäre Partei, die KP Spaniens/ML, steht die FRAP. **Nur der Kampf des Volkes, die Ausbreitung der revolutionären Gewalt, der Volkskrieg wird den Völkern Spaniens die Freiheit und Unabhängigkeit, wirkliche Demokratie für das ganze Volk bringen. Das Franco-Regime und alle Versuche, es durch diese oder jene „demokratische" Lösung über die Zeit zu retten, sind letzten Endes zum Scheitern verurteilt. El fascismo no pasara! Der Faschismus wird nicht standhalten!**


Aus „Accion", Zeitung der FRAP, August 1975

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

HERAUSGEBER: ZK DER KPD/ML

Verlag G. Schubert, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb: 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26. Postscheckkonto Dortmund Nr. 417 06-466. Bankkonto Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 393 (Verlag G. Schubert). Telefon: 0231 / 43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur Gernot Schubert, Bochum. Druck Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich samstags, Einzelpreis: 50 Pfennig. Abonnement: 30,–DM für ein Jahr. Das Abonnement ist für ein Jahr im voraus durch Überweisung an eines unserer obengenannten Konten zu zahlen. Abonnements verlängern sich um ein Jahr, wenn sie nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt werden. Ausgenommen davon sind Geschenkabonnements.

Frauenkongreß in Ostberlin

Das Erbe Clara Zetkins mit Füssen getreten

In Ostberlin hat unter großem Tamtam der sogenannte Weltkongreß im internationalen Jahr der Frau begonnen. Die modernen Revisionisten preisen diesen Kongreß als Meilenstein auf dem Weg der internationalen Frauenbewegung zur Befreiung der Frau. Auch in der sonstigen bürgerlichen Presse wird diesem Kongreß nicht geringe Aufmerksamkeit gewidmet. Das ist kein Zufall. Die Frauen in der ganzen Welt nehmen verstärkt am Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung teil und setzen sich gegen ihre besondere Unterdrückung zur Wehr. In Westdeutschland und Westberlin war es vor allem die Bewegung gegen den § 218, die gezeigt hat, daß die Frauen sich nicht mit ihrer Lage abfinden.

Es war in Deutschland vor allem Clara Zetkin, die den Frauen durch ihr Leben und durch ihr Werk gezeigt hat, wie sie den Kampf führen müssen, um tatsächlich frei zu werden. Gerade jetzt, wo alle Welt – wenigstens in Worten – für die Gleichberechtigung der Frau eintritt, ist es wichtig, sich vor Augen zu halten, was Clara Zetkin sagte: ***„Soll die Frau volle gesellschaftliche Gleichberechtigung mit dem Mann erhalten – in Wahrheit und in der Tat und nicht bloß mit toten Gesetzestexten auf geduldigem Papier – soll sie wie der Mann freie Entwicklungs- und Auswirkungsmöglichkeiten für ganzes Menschtum gewinnen, so müssen zwei Hauptbedingungen erfüllt werden: Das Privateigentum an den Produktionsmitteln ist aufzuheben und durch das Gesellschaftseigentum zu ersetzen, die Tätigkeit der Frau ist der gesellschaftlichen Gütererzeugung in einer ausbeutungs- und knechtschaftslosen Ordnung einzugliedern."***

Mit anderen Worten: Die Frau kann ihre besondere Ausbeutung und Unterdrückung nur beseitigen, wenn sie teilnimmt am Kampf gegen die Ausbeutung der Arbeiterklasse und des gesamten werktätigen Volkes, wenn sie sich einreiht in den Kampf für die sozialistische Revolution und die Errichtung der Diktatur des Proletariats.

Das ist der Weg der revolutionären Frauenbewegung. Welchen Weg bietet nun die Frauenkonferenz in Ostberlin an? Auch die modernen Revisionisten sagen, daß der Kampf für die Befreiung der Frau nur im Kampf für den Sozialismus seine Erfüllung finden kann. Täten sie das nicht, wäre jedem Kind von vornherein klar, daß es sich bei ihnen nicht um Kommunisten handelt. Aber während sie auf der einen Seite von Sozialismus reden, arbeiten sie auf der anderen Seite mit ihren Theorien und ihren Aktivitäten daraufhin, die revolutionäre Bewegung zu ersticken und so auch die Befreiung der Frau zu verhindern.

So erklärte auch Erich Honecker in seiner Grußadresse an den Frauenkongreß in Ostberlin „In der DDR wurde das Vermächtnis der Vorkämpferin für die Gleichberechtigung der Frau, Clara Zetkin, erfüllt."

Es ist sicher richtig, daß Clara Zetkin an vorderster Front für die Gleichberechtigung der Frau eintrat. Aber was Erich Honecker verschweigt, ist, was ihren Kampf von dem der Frauenrechtlerinnen ihrer Zeit unterschied. Nämlich, daß sie vor allem eine Vorkämpferin für den gewaltsamen Sturz der Ausbeutergesellschaft war; daß sie nicht vor allem wollte, daß genauso viele Männer wie Frauen in der Produktion arbeiten, sondern daß sie vor allem wollte, daß beide, Männer wie Frauen, arbeiten können, ohne daß ihnen die Früchte ihrer Arbeit von den Kapitalisten geraubt werden. Der Kampf für die Gleichberechtigung war für Clara Zetkin nicht das Ziel, sondern ein Mittel, um die Kampfbedingungen für das eigentliche Ziel, die Befreiung der Frau unter der Diktatur des Proletariats, zu verbessern.

Nicht zufällig macht Honecker hier die Nebenseite zur Hauptseite. Denn was die formale Seite der Gleichberechtigung angeht – den Prozentsatz von Frauen in der Produktion, von Lohnunterschieden zwischen Männern und Frauen, von Einrichtungen zur Versorgung der Kinder usw. – so kann die DDR zum Beispiel hier heute noch Pluspunkte gegenüber Westdeutschland verbuchen. Aber was die Hauptseite angeht, die Abschaffung des Privateigentums, die Existenz einer „ausbeutungs- und knechtschaftsfreien Ordnung", so ist die DDR davon genauso weit entfernt wie die Bundesrepublik auch. Der einzige Unterschied ist der, daß in der Bundesrepublik vor allem die Monopole die Arbeiterklasse direkt ausbeuten, während die neue Bourgeoisie in der DDR mit den staatseigenen Betrieben die Arbeiterklasse ausbeutet.

Daß im übrigen aber mit dem Machtantritt der Bourgeoisie in den revisionistischen Ländern sich auch die besondere Ausbeutung und Unterdrückung der Frau immer deutlicher herausbildet, zeigt zum Beispiel die Tatsache, daß selbst nach den selbstverständlich frisierten Angaben der polnischen revisionistischen Presse der monatliche Durchschnittslohn der Frauen um 12% niedriger ist als der der Männer.

Noch deutlicher aber als in der Rede von Erich Honecker zeigte sich im Beitrag der Präsidentin des Kongresses Freda Brown, wohin die modernen Revisionisten die Frauen führen wollen.

Sprach Clara Zetkin voller Verachtung von den Rechten der Frau, die nur auf dem Papier stehen, so schwärmt sie: „In vielen entwickelten Ländern (gemeint sind die kapitalistischen Länder der westlichen Welt – RM) sind eine Reihe hervorragender Gesetze erlassen worden – Gesetze, die die Gleichberechtigung der Frau verkünden." War für Clara Zetkin die Arbeit der Frau in der Produktion eine wichtige Voraussetzung, um ihr Klassenbewußtsein zu stärken, sie in den revolutionären Kampf der Arbeiterklasse einzureihen, so erklärt Freda Brown: „Vielen Frauen sichert die Beschäftigung wirtschaftliche Unabhängigkeit und erhöht den Lebensstandard der Familie." Und ganz unverblümt erklärt sie, welchen politischen Zweck die modernen Revisionisten damit verfolgen: „Sie hilft ihnen auch in ihrer Persönlichkeitsentwicklung und erhöht ihre politische Verantwortung und ihre **Verantwortung als Staatsbürger**" (Hervorhebung von uns). **Also nicht zum revolutionären Sturz des kapitalistischen Staates, sondern umgekehrt zu seiner Erhaltung sollen die Frauen erzogen werden!**

Weil es den modernen Revisionisten darum geht, die Teilnahme der Frau an der revolutionären Frauenbewegung zu verhindern, unterstützen sie auch bereitwillig andere bürgerliche Strömungen. Freda Brown: „Wir haben das Entstehen der neuen Feministen-Bewegung im Westen verfolgt – ein weiteres Beispiel für das Aufbegehren der Frauen gegen die Diskriminierung." Nun, so neu ist die Feministen-Bewegung nicht. Immer hat die Bourgeoisie versucht, den berechtigten Kampf der Frau gegen ihre besondere wirtschaftliche, soziale und politische Unterdrückung als einen Kampf der Geschlechter – Frauen gegen Männer – und nicht als einen Teil des Klassenkampfes darzustellen. Neu ist dagegen, daß in einem Land wie der DDR, wo doch angeblich sowohl der Sozialismus wie auch die Gleichberechtigung der Frau verwirklicht sein sollen, eine solche reaktionäre Bewegung derartige Blüten treibt wie in der DDR, wo Anfang des Jahres als neuester Schrei bei der Verwirklichung der Gleichberechtigung die Veröffentlichung eines männlichen Aktphotos im Ostberliner „Magazin" gepriesen wurde.

Aber die Revisionistenhäuptlinge auf der Frauenkonferenz in Ostberlin machen sich Illusionen, wenn sie glauben, die Frauen auf die Dauer mit ihren bürgerlichen Theorien vom revolutionären Kampf für die Befreiung der Frau abhalten zu können. Gerade das Beispiel der revisionistischen Länder zeigt den Frauen aufs neue, daß die Frage der politischen Macht in einer Gesellschaft tatsächlich die entscheidende Frage für die Verwirklichung der Befreiung der Frau ist. Nur wenn diese politische Macht tatsächlich in den Händen der Arbeiterklasse liegt, sind die Bedingungen für die Befreiung der Frau und ihre tatsächliche Gleichberechtigung gegeben.

"Kritische Solidarität" mit Honecker?

Wem nützt Biermann?

Mit der Verleihung des Nobelpreises an Sacharow werden auch gewisse Oppositionelle in der DDR wie Biermann und Havemann bei uns in Presse und Fernsehen verstärkt propagiert. Nachdem das DDR-Regime Biermann verboten hatte, an einer von Leuten wie dem trotzkistischen Gewerkschaftsbonzen Moneta organisierten Veranstaltung zu Spanien teilzunehmen, stellten „Spiegel" und „Stern", die großen Tageszeitungen, Rundfunk und Fernsehen bereitwillig Spalten und Sendezeit für Biermann und Havemann zur Verfügung.

Handelt es sich bei Biermann und Havemann um fortschrittliche Oppositionelle gegen das Honecker-Regime? Zunächst einmal ist es mit der Opposition so weit gar nicht her. Biermann: „Mein Verhältnis zu diesem Staat ist gekennzeichnet durch kritische Solidarität." Im gleichen Atemzug beschreiben Biermann und Havemann die faschistische Unterdrückung in der DDR. Dieser faschistische Terror aber hindert sie nicht daran, die DDR als sozialistisch zu bezeichnen. Biermann und Havemann selbst erklären, daß eine große Zahl „einfacher Leute" wegen ihrer Kritik am Honecker-Regime in den Gefängnissen der DDR sind. Auch das tut ihrer „kritischen Solidarität" mit diesem Staat keinen Abbruch.

Haß lodert in Leuten wie Biermann und Havemann nur auf, wenn von Stalin die Rede ist, wenn es um die Zeit geht, in der die Sowjetunion und auch die DDR tatsächlich sozialistisch waren. Jene aber, die die Macht an sich gerissen, die Diktatur des Proletariats zerschlagen und den Kapitalismus restauriert haben, können der Solidarität dieser Leute sicher sein. Die faschistische Unterdrückung, die Einkerkerung von Kommunisten und Antifaschisten usw., sind nach Ansicht von Biermann und Havemann nur „bürokratische Mißstände" in der „sozialistischen DDR".

Diese zynische Haltung hat nichts mit dem Kampf der Arbeiterklasse in der DDR für die Wiedererrichtung der Diktatur des Proletariats zu tun. Sie ist vielmehr objektiv im Interesse der Ausbeuter und Unterdrücker im Osten und im Westen.

Aus aller Welt

NAMIBIA

In Bonn sind die Abgesandten der sogenannten „Verfassungskonferenz" von Namibia offiziell im Außenministerium empfangen worden. Diese Versammlung, die aus Lakaien des rassistischen Vorster-Regimes besteht, wurde organisiert, um den Befreiungskampf, den die namibischen Patrioten, geführt von der SWAPO (Südwestafrikanische Volksorganisation) führen, in den Augen der Welt und vor dem namibischen Volk als Unrecht zu diffamieren. Während Bonn dieser Konferenz seinen Segen gibt, melden die Patrioten neue Erfolge im bewaffneten Kampf gegen die rassistischen Unterdrücker. Am 14. und 15. Oktober griffen die Befreiungskräfte, wie das Vorster-Regime selbst zugab, einige Positionen des Feindes an und töteten 7 Soldaten des Regimes. Bei einem weiteren Angriff im Ovamboland wurden mehrere feindliche Soldaten getötet. Eine von den Befreiungskräften gelegte Mine im Caprivizipfel tötete einen Soldaten des Vorster-Regimes und verletzte mehrere. Besondere Unruhe unter den Kolonialisten hat die Verstärkung der Kämpfe der SWAPO in der Nähe der Urangrube Rossing hervorgerufen. An der Ausplünderung dieser Grube beteiligen sich auch die westdeutschen Imperialisten.

TANSANIA/SAMBIA

Zwölf Monate früher als geplant, wurde am 22. Oktober offiziell die „Tansam"-Eisenbahnlinie über 1 800 km, von den Kupfergruben Sambias zu den Häfen Tansanias am Indischen Ozean eröffnet. Diese Eisenbahn konnte mit der brüderlichen Hilfe der VR China erbaut werden. Die VR China gewährte nicht nur einen zinslosen, äußerst langfristig rückzahlbaren Kredit, sondern half auch mit Technikern und anderen Hilfskräften direkt beim Bau. Im Unterschied zu der „Entwicklungshilfe" der Imperialisten und Sozialimperialisten, die nur gegeben wird, um sich in die inneren Angelegenheiten der Staaten einzumischen, sie zu erpressen und Profite herauszuschlagen und die Staaten unter ihren Einfluß und Kontrolle zu bekommen, ist die Hilfe der VR China an keinerlei Bedingungen gebunden, keine scheinbare, sondern eine wirkliche Unterstützung der Staaten und der Völker.

ANGOLA

Die südafrikanischen rassistischen Kräfte eröffnen immer wieder an der Grenze zu Namibia das Feuer auf angolanische Einwohner. Sie bedrohen damit deren Leben und ziehen die Wirtschaft schwer in Mitleidenschaft. Die in Namibia stationierten rassistischen Kräfte verletzen außerdem die territoriale Integrität Angolas. Eine Zeitung des rassistischen Vorster-Regimes bestätigte kürzlich sogar zynisch, daß die südafrikanischen Rassisten unter dem Vorwand, namibische Patrioten zu verfolgen, das Recht hätten, die angolanische Grenze zu überschreiten. Die Regierungen und die Völker der afrikanischen Länder haben inzwischen, da der 11. November, der Tag, an dem Angola unabhängig werden soll, immer näher kommt, die Einmischung der Supermächte in Angola verurteilt und die drei Befreiungsorganisationen aufgefordert, den Bürgerkrieg zu beenden, ihre Differenzen auf friedlichem Wege zu bereinigen, sich zusammenzuschließen und die Sache der ganzen Nation an die erste Stelle zu setzen. Die Vertreter von Senegal, Nigeria, Kamerun, Mauretanien, Tunesien und der gegenwärtige Vorsitzende der OAU, der Staatspräsident von Uganda, Idi Amin, haben auf der 30. Vollversammlung der UNO die Einmischung der Supermächte gebrandmarkt und zur Einheit aufgerufen. Noureddin Djoudi, assistierender Generalsekretär der OAU, erklärte auf einer Pressekonferenz unter direkter Anspielung auf die russischen Sozialimperialisten: „Ausländische Kräfte dürfen aus der Lage in Angola keinen Nutzen ziehen, indem sie die eine Bewegung gegen die andere auszuspielen versuchen."

DHOFAR

Iranische Truppen haben einen neuen, verbrecherischen Angriff auf die befreiten Gebiete in Dhofar gestartet und Dörfer und Siedlungen bombardiert. Gleichzeitig wird mitgeteilt, daß die Luftwaffe des Sultan Kabus Ziele in der VR Jemen angegriffenhat. Das reaktionäre Regime des Sultan verstärkt mit der Hilfe iranischer, jordanischer und britischer Truppen den Terror und die Unterdrückung gegen die Befreiungsstreitkräfte und das ganze Volk. Die Stärke des Volkskrieges aber hat alle Pläne des reaktionären Kabus und seiner imperialistischen Hintermänner zunichte gemacht. Der bewaffnete Kampf der Volksstreitkräfte lodert in allen Teilen des Landes auf. Allein in den letzten zwei Monaten haben die Patrioten 300 Söldner des Kabus vollständig aufgerieben, ohne die britischen und jordanischen Truppen zu zählen. 20 Militärfahrzeuge, samt Ladung und darauf befindlichen Truppen, wurden in die Luft gesprengt und dreißig feindliche Stellungen wurden zerstört. Dies sind die Erfolge, die die Volksstreitkräfte in den östlichen und nördlichen Teilen des Landes errungen haben. Im Westen haben sie ähnliche Erfolge zu verzeichnen. 40 feindliche Soldaten wurden getötet, 30 Stellungen zerstört, ein Munitionslager in die Luft gejagt, ein britisches Flugzeug abgeschossen. Die amerikanischen Imperialisten haben, gemeinsam mit den britischen Imperialisten, die Armee des Kabus mit den modernsten Waffen ausgerüstet, britische Spezialisten sind selbst am Krieg beteiligt. Es gelingt ihnen aber nicht, die Flammen des revolutionären Volkskrieges zu ersticken. Im Gegenteil. In den letzten Tagen wird gemeldet, daß die reaktionären Streitkräfte in mehreren Schlachten neue, schwere Schläge hinnehmen mußten, während die patriotischen Kämpfer von Sieg zu Sieg schreiten.

PALÄSTINA

Die palästinensischen Partisanen greifen den zionistischen Feind weiter an. In den ersten Tagen dieses Monats legten die Partisanen Sprengstoff an der Eisenbahnstrecke zwischen Khan Yunis und Deir el Balah. Ein langer Abschnitt wurde in die Luft gejagt und der Eisenbahnverkehr in diesem Gebiet lahmgelegt. In der Nacht zum 5. Oktober stellten die palästinensischen Kommandos den feindlichen Patrouillen in Obergaliläa einen Hinterhalt und zerstörten einen Lastwagen. Vier Tage später wurde ein israelischer Militärzug von den palästinensischen Partisanen bei Shavey Ziyyon zwischen Tel Aviv und Nahariya angegriffen. Durch das Sperrfeuer der Partisanen wurden etliche feindliche Soldaten getötet oder verwundet. Die Partisanen jagten auch einige mit Munition beladene Waggons in die Luft.

AUFRUF DER KP SPANIENS/MARXISTEN-LENINISTEN

Der Leitartikel einer Sondernummer von „Vanguardia Obrera", dem Organ der Kommunistischen Partei Spaniens (Marxisten-Leninisten), betont.

Mit dem Todesurteil gegen Otaegui, Jose Humberto Baena, Garcia Sanz, Sanchez Bravo und Peredes Manot hat die blutige frankistische Diktatur ihr eigenes Todesurteil unterzeichnet. Verurteilt ohne jeden „Beweis", durch ein Willkürurteil, furchtbar gefoltert, muß das Blut dieser fünf Patrioten – 2 Basken der ETA und drei der FRAP und der KPSp (m-l), was sie stolz vor den finsteren Militärtribunalen bestätigt haben – zum Samen in fruchtbarer Erde werden: Hunderte von neuen jungen Kämpfern werden sich in den Kampf einreihen, um den Kampfplatz einzunehmen, den sie durch ihr heroisches Blutopfer leer zurückgelassen haben.

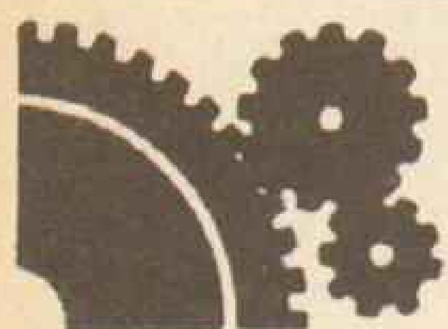
Dies ist nicht der Augenblick der Tränen noch der Klagen: Dies sind die Stunden des Kampfes, dies sind die Stunden, in denen sich die Völker aller Nationalitäten in Spanien kraftvoller denn je zuvor erheben müssen, erfüllt von einem heiligen Haß gegen den Faschismus und den Yankee-Imperialismus.

In diesen Stunden, wo das Blut der besten Söhne Spaniens von den faschistischen Mördern vergossen ist, verdienen die, die von „Versöhnung", vom „friedlichen Weg zur Demokratie", von „Verträgen" mit der Oligarchie und der faschistischen Armee sprechen, nur einen Namen: den eines Verräters und Komplizen des Faschismus.

Diejenigen, die, anstatt gegen die verbrecherische faschistische Unterdrückung zu kämpfen, in Zusammenhang mit der bewunderungswürdigen Solidaritätsbewegung innerhalb Spaniens, um Milde bitten, die, anstatt den faschistischen Terror zu entlarven, es gewagt haben, die gerechten und tapferen Aktionen der Patrioten und die revolutionären Aktionen auf elendeste Weise als „terroristisch" zu verleumden – wie es der Renegat Carillo getan hat – verdienen nur die Verachtung und den Haß der spanischen Volksmassen.

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT

Arbeiterkorrespondenzen



Adresse der Redaktion des ROTEN MORGEN:
46 Dortmund 30, Wellinghofer Straße 103, Postfach 30 05 26

Gewerkschaftsversammlung alleine weitergeführt

Nach fast zwei Jahren fand in Hamburg wieder eine IGM-Mitgliederversammlung, Thema Berufsausbildung, statt. Die Angst der IGM-Bonzen zeigte sich schon in der Vorbereitung. Die Empfehlung des Ortsjugendausschusses nach einer öffentlichen Versammlung wurde sofort zurückgewiesen. Aber auch die D„K"P und die „S"DAJ haben Angst vor den Kollegen. Während sie scheinheilig für eine öffentliche Versammlung in der Ortsjugendausschußsitzung eintraten, kontrollierten sie am Abend selbst die Ausweise. Doch die Kolleginnen und Kollegen drängten so in den Raum, daß eine Kontrolle schlecht möglich war.

Als erstes schwätzte ein IGM-Vertreter 30 Minuten über die Berufsausbildung. Als er seinen letzten Teil seiner Rede mit den Worten „Um zum Schluß zu kommen ..." einleitete, bekam er stürmischen Beifall, denn wir wollten diskutieren.

Nachdem ein Kollege der Gewerkschaftsjugend sprach, meldete sich Silke von Valvo zu Wort. Sie wollte über ihren Rausschmiß aus dem Betrieb und der IGM berichten. Sie wurde entlassen, weil sie gegen die Stufenausbildung als Mitglied des KJVD, Jugendverband der GRF, kämpfte. Sofort drehten die IGM-Bonzen das Mikrofon ab. Der OJA forderte Rederecht für Silke und führte eine Abstimmung durch. Mehrheitlich, bis auf die Stimmen der IGM-Vertreter und der „S"DAJ, beschlossen wir, daß Silke sofort Rederecht erhält. Die Bonzen drehten wieder das Mikrofon ab. Sie redete aber trotzdem weiter. Daraufhin erklärten die IGM-Bonzen die Versammlung für geschlossen.

Während die IGM-Bonzen und die „S"DAJ sich an den Ausgang drängten, um zu sehen was jetzt passiert, beschlossen wir, die Versammlung weiterzuführen und bestimmten einen Diskussionsleiter. Silke konnte jetzt ihren Bericht fortsetzen. Die IGM-Bonzen und „S"DAJ pöbelten von der Seite, um sie zu stören. Nachdem noch andere Kollegen gesprochen hatten, kam plötzlich von der Seite der „S"DAJler „Mügo". Er sitzt im Bundesvorstand der „SS"DAJ und ist ein bekannter Verräter auf HDW. Sofort wurde er von den HDW-Kollegen mit dem Sprechchor „Mügo raus", empfangen, kurz darauf schrien alle Kollegen „Mügo raus"! Doch er provozierte weiter. Daraufhin wurde der Vorschlag des Diskussionsleiters per Abstimmung angenommen, die Versammlung in einer nahegelegenen Kneipe fortzusetzen. Die Mehrheit war dafür.

Knapp die Hälfte der Kollegen kam mit. Der Wirt stellte uns sofort seine Lautsprecheranlage zur Verfügung. Es wurde unter anderem eine Resolution vorgebracht, „wir fordern die IGM auf, eine Demonstration zur Berufsausbildung zu machen" und weitere Forderungen an die IGM. Ein Rotgardist zeigte auf, daß es illusorisch ist zu glauben, die IGM würde eine Demonstration für unsere Interessen machen, es würde eine Demonstration unter den alten Parolen der IGM wie „für Mitbestimmung" usw. dabei herauskommen. Mehrere Kollegen, vor allem vom KB Nord griffen ihn an, er würde uns isolieren und ein eigenes Grüppchen aufmachen, man müßte die IGM-Führer einfach zwingen. Der Rotgardist zeigte im Gegensatz dazu wieder auf, daß die Führer gegen den Druck der revolutionären Kollegen zu immer schärferen Maßnahmen greifen, wie wir es ja am Abend gerade selbst erlebt haben.

Die Resolution fiel unter den Tisch. Angenommen wurde eine Resolution gegen Gewerkschaftsausschlüsse und den Rausschmiß von Silke. Weiterhin wurde beschlossen, daß der Schülerrat der Berufsschule für Maschinenbau damit beauftragt wird, in 3 Wochen eine Veranstaltung für Hamburger Lehrlinge zu organisieren, wo unter anderem über die Berufsausbildung und weitere Maßnahmen diskutiert werden soll. Damit schloß die Versammlung.

Rotfront! Ein Genosse aus Hamburg

IGM-BIELEFELD – VERFASSUNGSSCHUTZMETHODEN

Daß der Gewerkschaftsapparat ein Unterdrückungsinstrument der Kapitalisten ist, erkennen immer mehr Kollegen. Dazu ein Vorfall aus dem Betrieb, in dem ich arbeite.

Heute morgen kam einer meiner Arbeitskollegen, der Betriebsrat ist, zu mir, und erzählte, daß einer von der IG Metall-Ortsverwaltung angerufen hätte. Er hätte vom Betriebsrat wissen wollen, ob ich hier im Betrieb arbeiten würde. Ich sei nämlich ein „Linksradikaler" und er hätte mich schon den ROTEN MORGEN verkaufen sehen. Auf jeden Fall müßte er den Betriebsrat vor mir warnen. Dann wollte er noch wissen, ob ich überhaupt meinen Gewerkschaftsbeitrag zahlte. Der Kollege vom Betriebsrat stellte dann jedoch klar, daß er seine Kollegen nicht bespitzeln wird. Außerdem sei allen Kollegen bekannt, welche politische Einstellung ich verträte und sie akzeptierten das auch. Als wir dann in der Mittagspause gemeinsam über diesen Vorfall sprachen, waren meine Kollegen empört über diese hinterhältige Bespitzelung durch die IGM-Bonzen. Bei ihnen hätte ich auf jeden Fall Rückendeckung, wenn die mir etwas wollten wegen meiner kommunistischen Einstellung.

Rot Front! Ein Genosse aus Bielefeld.

KORTUM UND ARBEITSAMT GEGEN KOLLEGIN

Als ich heute vor dem Arbeitsamt in Bochum den ROTEN MORGEN verkauft habe, berichtete mir eine junge Frau, die auf ihre Schwester wartete, mit der sie auf Arbeitssuche war, was sie gerade erlebt hatten. Sie waren bei Kortum, einem großen Kaufhaus in Bochum, wo sich ihre Schwester als Verkäuferin vorstellen sollte. Dabei passierte nun folgendes:

Ihre Schwester sagte dem Personalchef, was sie vorher verdient hatte und wollte wissen, was sie denn bei Kortum bekommen würde. Daraufhin schrie der Typ sie an, was sie sich wohl einbilde, sie wolle wohl nicht arbeiten und „das werde ich sofort dem Arbeitsamt melden".

Die Stelle hat sie natürlich nicht bekommen. Wir unterhielten uns darüber eine Weile. Da kam ihre Schwester aus dem Arbeitsamt, sie erzählte voller Empörung, daß das Arbeitsamt ihr das Arbeitslosengeld für 28 Tage gestrichen hätte, weil der Typ von Kortum angerufen und behauptet hatte, sie habe einfach 900 DM verlangt, sonst würde sie gar nicht erst anfangen zu arbeiten.

Diese Unverschämtheit zeigt, daß wir den Kapitalisten einen Dreck wert sind, wichtig ist einzig und allein unsere Arbeitskraft, die wollen sie so billig wie möglich ausbeuten, und mit solchen Methoden, wie sie in Zusammenarbeit mit dem Arbeitsamt betrieben werden, sollen die Arbeitslosen gezwungen werden, ihre Arbeitskraft für einen Hungerlohn zu verkaufen.

Die junge Frau, die ungeheuer wütend war, erzählte mir dann noch, daß sie ihren Mann vor einiger Zeit durch einen Arbeitsunfall verloren hatte. Er war bei den Stadtwerken als Elektriker beschäftigt. Ein Stromschlag von 10000 Volt hatte ihn getroffen. Die Stadtwerke hätten natürlich sofort gesagt, daß alle Sicherheitsvorkehrungen getroffen waren und er selber schuld gewesen sei. Sie sagte, daß die WAZ sogar die Frechheit besaß zu schreiben, ihr Mann hätte Selbstmord gemacht.

Rot Front! Ein Genosse aus Bochum

Vertrauensleutewahlen

Kämpft für revolutionäre Vertrauensleute

In diesem Winter und im Frühjahr 1976 stehen wieder die Vertrauensleutewahlen an. In der chemischen Industrie haben die Vertrauensleutewahlen bereits angefangen und von der IG Metall werden sie Anfang nächstes Jahr stattfinden.

Für die Gewerkschaftsführer sind die Vertrauensleutekörper (VLK) ein wichtiges Instrument, um ihre Politik in den Betrieben umzusetzen. So heißt es in den Richtlinien und in dem Handbuch für Vertrauensleute der IGM: „Vertrauensleute sind Träger der Gewerkschaftsarbeit im Betrieb. (...) Die Vertrauensleute repräsentieren im Betrieb die IGM. Sie sind die Verbindung zwischen Organisation und Mitgliedern, geben Beschlüsse und Mitteilungen gewerkschaftlicher Organe bekannt und sorgen dafür, daß sie im Betrieb durchgesetzt und eingehalten werden." Auch aus dem Organisationsaufbau erkennt man, daß die VLKs für die Gewerkschaftsführer eine wichtige Bedeutung haben. Auf jeder Ebene des Gewerkschaftsapparates gibt es einen Vertrauensleuteausschuß. Auf Orts-, Bezirksebene und beim Vorstand selbst, so daß der Vorstand die Politik der Vertrauensleutekörper direkt ausrichten und kontrollieren kann.

Die Gewerkschaftsführer sind aber Feinde der Arbeiterklasse. Der Gewerkschaftsapparat ist keine Kampforganisation der Arbeiterklasse. Jeder revolutionäre Zusammenschluß der Arbeiter wird von ihnen bekämpft, ständig tragen die Gewerkschaftsführer die Politik der Klassenversöhnung in die Arbeiterklasse, sie wollen den Arbeitern immer weismachen die Mitbestimmung und verschiedene andere Rezepte könnten den Kapitalismus von Krisen und Arbeitslosigkeit heilen. Sie wollen in Wirklichkeit die kapitalistische Ausbeuterordnung verewigen. Aber können wir uns mit unseren Ausbeutern versöhnen, kann man den Kapitalismus zum Wohle der Arbeiter reformieren?

Nein. Kapitalismus bedeutet Ausbeutung, unsere Interessen sind unversöhnlich mit denen der Kapitalistenklasse, deshalb brauchen wir auch eine gewerkschaftliche Organisation, die unversöhnlich für unsere Interessen kämpft und in der wir uns organisieren, um der Ausbeutung endgültig ein Ende zu bereiten, um den Kapitalismus zu stürzen. Diese Organisation, das ist die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition, die wir uns selbst aufbauen müssen. Dazu müssen wir die Vertrauensleutewahlen nutzen.

Wohin die Politik der Gewerkschaftsführer uns bringt, das zeigt sich z. B. bei Enka Glanzstoff, wo die Bonzen verhindert haben, daß die Vertrauensleute die Arbeiter mobilisieren konnten, um die Kollegen aus Waldniel zu unterstützen. Das zeigt sich z. B. jedesmal bei den Tarifrunden, die unter Führung des Gewerkschaftsapparates immer mit Lohnraubabschlüssen enden. Zur Stahltarifrunde wurden bei Hoesch Papiere an die Vertrauensleute verteilt, in denen sie aufgefordert wurden, die wirtschaftliche Lage bei der Aufstellung der Forderungen zu berücksichtigen, und die ihnen als Argumentationshilfe gegen die Kollegen dienen sollten. Das Ergebnis, es wurde von Anfang an 8% Lohnraub gefordert. Unterstützt wird die Politik von den modernen Revisionisten der D„K"P.

Soll man also angesichts dieser Tatsachen Vertrauensleute wählen, die als Handlanger des Gewerkschaftsapparates fungieren oder soll man solche Kollegen wählen, die mit einem revolutionären Programm auftreten, die den Zusammenschluß der Arbeiter in der RGO vorantreiben wollen und dazu die Vertrauensleutearbeit ausnutzen wollen?

Die Partei ruft auf! Kämpft für revolutionäre Vertrauensleute! Nieder mit dem reaktionären DGB-Apparat! Vorwärts beim Aufbau der RGO!

Wie sich die Gewerkschaftsführer davor fürchten, das beweisen ihre ständigen Versuche zu verhindern, daß Kommunisten und Revolutionäre Vertrauensleute werden, wie wir es schon vielfach erlebt haben. Sie wenden alle möglichen Mittel dazu an, bis hin zum Gewerkschaftsausschluß, ja selbst die Entlassung solcher Kollegen betreiben sie gemeinsam mit den Kapitalisten. **Die Wahl revolutionärer Kollegen ist also nicht einfach eine Wahl, sondern das ist ein Kampf.**

In diesem Kampf ist unser Gegner aber nicht allein der reaktionäre DGB-Apparat, sondern auch die modernen Revisionisten der D„K"P. Sie geben sich als Kommunisten aus, appellieren ständig an die Einheit im DGB, bekämpfen revolutionäre Arbeiter als Spalter, um die Kollegen an den DGB-Apparat zu binden und sie vom revolutionären Zusammenschluß in der RGO abzuhalten. Bei den Vertrauensleutewahlen versuchen sie, gerade wichtige Positionen zu erobern, wie z. B. VLK-Leitungen, um von diesen Positionen aus den Kampf der Arbeiter leichter in den Griff zu bekommen, wie sie das z. B. 1973 beim Streik bei Hoesch gemacht haben, als sie den Streik mit Hilfe der VLK-Leitung abgewürgt haben. Gleichzeitig wollen sie damit verhindern, daß der Tageskampf für die Kollegen eine Schule für die Revolution wird. Das ist ihre grundlegende Rolle. Diesen Feinden müssen wir unversöhnlich gegenübertreten, um Erfolge bei der Vertrauensleutewahl zum Aufbau der RGO zu erringen.

Kämpft für revolutionäre Vertrauensleute! Nieder mit dem reaktionären DGB-Apparat! Vorwärts beim Aufbau der RGO!

Enka Glanzstoff

Kollegen kämpfen gegen Stillegung

Mehrere hundert Kolleginnen und Kollegen der Kunstseide-Textil AG (KUAG) aus Waldniel demonstrierten in Wuppertal gegen ihre Entlassungen, gegen die geplante Stillegung des ganzen Werkes. Die KUAG gehört zum Enka Glanzstoff-Konzern, wo insgesamt 6500 Arbeiter und Angestellte entlassen werden sollen.

800 Arbeiter sollen jetzt in Waldniel auf die Straße fliegen. Damit rückte der Betriebsrat jetzt erst am 17. Oktober heraus, obwohl den Gewerkschaftsführern der IG Chemie die Entlassungspläne schon seit sechs Monaten bekannt waren. Ein Kollege sagte: „Die Gewerkschaft will ja doch nur verhandeln. Aber das einzige, was helfen würde, wäre überall zu streiken." Das taten die Waldnieler auch, denn die Arbeit ist ihre Existenzgrundlage und neue Arbeit würden sie in ihrem Raum nicht finden. Dort beträgt die Arbeitslosigkeit schon 8% und würde bei Stillegung des Werkes so über 12% ansteigen.

Mit 8 Bussen kamen die Kollegen in Wuppertal an. In einem langen Demonstrationszug zogen sie von der Stadthalle bis zum Glanzstoff Hochhaus. Die Textilarbeiterinnen begannen Parolen zu rufen: „Die Schweinerei ist groß, bald wieder 800 arbeitslos!" Es reihten sich immer mehr ein. Das Hochhaus war von der Polizei abgeriegelt, im Haus waren mehrere Spitzel der politischen Polizei und draußen machten die Spitzel sich scheinheilig an die Waldnieler heran, um sie auszuhorchen.

Ein Vertreter des Betriebsrats wurde mit einer Resolution zum Vorstand geschickt, in der gefordert wurde, die Stillegung zurückzunehmen. Die Konzernbosse erklärten zynisch: „Über die Stillegung wird heute nicht entschieden, sondern erst im Januar." Es sei im übrigen auch noch gar nichts entschieden.

Die Genossen der Partei verteilten Flugblätter und das Extrablatt des ROTEN MORGEN. In den Gesprächen mit den Kollegen zeigte sich auch die Kampfentschlossenheit der Arbeiter. Sie sagten, daß sie am Mittag in Waldniel auch eine Demonstration machen würden. In Flugblättern, die am Enka Glanzstoff Werk in Wuppertal verteilt wurden, zeigten die Genossen die Notwendigkeit auf, sich mit den Arbeitern der KUAG zu solidarisieren, denn auch sie sind von Stillegung und Entlassungen betroffen. 350 Kollegen sollen im Wuppertaler Werk entlassen werden. Die IG Chemie-Führer verhinderten aber die Solidarisierung. Als Kollegen auf der Vertrauensleute-Versammlung Aktionen beschließen wollten, verhinderte der Gewerkschaftsfunktionär Felber das, indem er keine Abstimmung darüber zuließ. Er versuchte, die Kollegen zu spalten, indem er behauptete, daß jede Belegschaft für sich und nicht alle zusammen gegen die Maßnahmen der Kapitalisten kämpfen sollten. Unterstützt wurden die IG Chemie-Führer von den modernen Revisionisten der D„K"P.

Bei den Waldnielern spielten sich die Gewerkschaftsführer natürlich als die großen Kämpfer auf, denn die Kampfbereitschaft der Arbeiter war so hoch, daß sie den Streik und die Demonstration nicht verhindern konnten. Aber mit Parolen, die die Kapitalisten um „Gnade" bitten, wollen sie den Kampf der Kollegen sabotieren. So lautete eine Parole: „Abbau von 800 Arbeitsplätzen – ist das der Dank der Konzern-Bosse?"

Der Kampf gegen die Entlassungen und Stillegungen ist noch lange nicht zu Ende und die Kollegen erkennen selbst immer deutlicher, daß sie sich zusammenschließen müssen, gegen den Gewerkschaftsapparat, gegen alle Feinde in ihren Reihen, um sich entschlossen gegen die Entlassungen zu wehren.

Ford - Firmenjubiläum

Henry Ford - Feind des deutschen Volkes

Am 16. 10. stand Köln ganz im Zeichen des US-Konzerns Ford Motors. „Autokönig" Henry Ford II feierte mit der Prominenz der westdeutschen Imperialisten das 50-jährige Firmenjubiläum Ford in Deutschland.

Die Innenstadt mit Fahnen der US-Imperialisten und den Farben blau-weiß des Ford Konzerns ausgestattet. Das Schauspielhaus umgeräumt für das große Essen dieser Herrschaften. Ford ließ sich mit einem goldlackierten Granada durch Köln kutschieren, der eigens für diesen Anlaß angefertigt wurde. Die bürgerliche Presse feierte Ford als den „Wohltäter" der Stadt Köln. Doch das war nur die eine Seite.

Vor den Toren des Ford Werks standen große Parolen. „Henry Ford, Feind des deutschen Volkes! Ami go home! KPD/ML." Wandzeitungen wurden aufgehängt gegen diesen imperialistischen Ausbeuter. Überall, wo Ford sich bewegte wimmelte es von Sicherheitspolizisten. Extra große Eintrittskarten für die Feier wurden angefertigt, um schon von weitem zu sehen, wer geladen ist, denn die Herren fürchteten sich davor, daß ihr Fest von aufgebrachten Leuten gestört werden könnte. In den Betrieb zu den Arbeitern, wagte sich Ford gar nicht erst. Das hat natürlich seinen Grund. Er fürchtet den Haß der Arbeiter, die für seinen Reichtum schuften müssen. Er, der Milliarden besitzt, der zig Werke in über 20 Ländern besitzt, der vom Schweiß hunderttausender Arbeiter praßt, wollte die Kölner Ford-Arbeiter mit einem Almosen (50 bis 80 DM) abspeisen und sich als der großzügige Unternehmer aufspielen. Viele Kollegen haben gesagt: „Dafür sollen wir 5, 10 oder 15 Jahre gearbeitet haben? Wir haben dem Ford das Werk dahin gesetzt, durch unsere Arbeit hat er hunderte Millionen Profite gescheffelt. Da sind die paar Mark ein glatter Hohn, ein Almosen, eine Erniedrigung."



Ford beschwor in ekelerregender Weise die „gute Zusammenarbeit mit den Deutschen". Was hier geleistet wurde, ist phänomenal. „O Boys, Ihr seid einmalig!" Natürlich, Ford hat allein das Werk in Köln Milliarden gebracht, das Werk selbst hat einen Kapitalwert von 720 Millionen DM. Und was hat das den Arbeitern gebracht? Bestialische Ausbeutung nach neusten amerikanischen Antreibersystemen. Im Werk selbst sieht man kaum noch Arbeiter über 40. Tag für Tag wird die Hetzte schlimmer. Wehren sich die Arbeiter dagegen, dann werden sie, wie 1973, mit brutaler Gewalt unterdrückt. Und da knüpft Henry II an Traditionen an, die sein Vater Henry I schon pflegte, der in schwarze Lederjacken gekleidete Killertruppen aufstellte, die bis zu 600 Mann stark waren, von denen selbst Frank Murphy, ehemaliger Gouverneur von Michigan sagen mußte: „Henry Ford beschäftigt einige der schlimmsten Gangster unserer Stadt."

Ford ist ein Feind des deutschen Volkes, nicht nur, daß er tausende Arbeiter ausbeutet, er war es auch, der genauso wie General Motors im 2. Weltkrieg die Hitler-Faschisten mit LKW's versorgt hat, er gehört zu den US-Imperialisten und ist einer ihrer wichtigsten Vertreter, die unser Land besetzt halten und versuchen, ihren Einfluß und ihre Macht auszubauen und zu sichern, die auch vor einem Krieg nicht zurückschrecken.

Die Betriebszelle bei Ford schrieb: „Wir wünschen den Ford-Kapitalisten zum Jubiläum nicht gute Zusammenarbeit, sondern daß die proletarische Revolution solche Ausbeuter wie sie aus dem Land jagt."

Nein zu Mitbestimmung und Klassenversöhnung

Fortsetzung von Seite 1

mehr Demokratie bringen und den Kapitalisten Handschellen anlegen. In Wirklichkeit haben Vertreter des Monopolkapitals wie Mommsen (Krupp) und Birnbaum (Salzgitter) längst erklärt, daß die Mitbestimmung in ihrem Interesse ist. Die DGB Führer dagegen behaupten, die Mitbestimmung sei eine Waffe der Arbeiter im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit. Dabei ist im Bergbau und in der Stahlindustrie die paritätische Mitbestimmung längst verwirklicht und hat keineswegs Massenentlassungen und verschärfte Ausbeutung verhindert. **Die Mitbestimmungspropaganda soll bewirken, daß die Arbeiter ihre elende Lage im Kapitalismus nicht als Ergebnis der Ausbeutung durch die Kapitalistenklasse sehen und dementsprechend für den Sturz des Kapitalismus kämpfen. Stattdessen sollen sie sich für das Funktionieren des Kapitalismus verantwortlich fühlen und für seine Erhaltung eintreten.**

Unter der Last der Krise erkennen immer mehr Werktätige die Notwendigkeit des Kampfes gegen den Kapitalismus. Fast jeden Tag gibt es jetzt – hauptsächlich in Klein- und Mittelbetrieben – Streiks und Demonstrationen. Für den DGB-Apparat wird es immer schwieriger, diese Kämpfe in den Griff zu kriegen. Die Arbeiter wollen Kampfmaßnahmen und der Druck auf den DGB-Apparat nimmt zu. Hier soll die Dortmunder Demonstration „Luft ablassen".

Es ist vor allem die werktätige Jugend, die den Kampf will. Hunderttausende Jugendliche sind arbeitslos, ohne Lehrstellen oder finden nach der Lehre keine Arbeit in ihrem Beruf. So richtet sich der DGB-Apparat verstärkt an die Jugend und tritt ihr gegenüber sehr radikal auf. Aber dieses wortradikale Geklingel ist nur der Köder, mit dem der DGB-Apparat die werktätige Jugend ins Fahrwasser der Klassenversöhnung ziehen will.

So wie in der Frage der Berufsausbildung versucht der DGB-Aufruf, in allen Fragen Vertrauen in die Regierung und den Staat der Kapitalisten zu wecken. Alle Forderungen des DGB sind Appelle an die Regierung. Es wird nicht nur nicht zum Kampf gegen diese Regierung aufgerufen, die den Monopolen Milliarden zuschanzt und die Ausplünderung der Werktätigen verschärft. Vielmehr soll diese Demonstration der Regierung Rückhalt gegen *„reformfeindliche"* Kräfte geben. Aber dieser Staat und seine Regierung sind ein Instrument der Monopolkapitalisten. Sie treffen nicht, wie der DGB uns einreden will, Entscheidungen im Interesse der Arbeiterklasse, wenn nur der Druck von unten entsprechend groß ist. **Die Haltung zum bürgerlichen Staat ist die Schlüsselfrage innerhalb der Arbeiterbewegung.** So lange die Arbeiterklasse auf die Regierung, den Staat der Kapitalisten vertraut, solange kann sie sich nicht gegen die Ausbeutung konsequent zur Wehr setzen, solange kann sie vor allem die Ausbeutung nicht abschaffen.

Die hauptsächliche Unterstützung bezieht der DGB-Apparat auch bei dieser Demonstration von den modernen Revisionisten der D„K"P. In ihrer Paraderolle als „beste Gewerkschaftler" werden sie einen Großteil der Dortmunder Demonstration stellen. Dabei treten sie natürlich als der linke Flügel des DGB auf. Sie reden auch nicht nur von Mitbestimmung, sondern auch vom Sozialismus, der aber friedlich, nicht durch die Revolution, sondern durch den Stimmzettel erreicht werden soll. **Hinter den scheinradikalen Phrasen vom Sozialismus also in Wirklichkeit Hetze gegen die sozialistische Revolution.** In diesem Sinn werden die modernen Revisionisten auch den Kern der Ordnertruppe bei der Dortmunder Demonstration stellen, die die Aufgabe hat, mit sozialfaschistischem Terror revolutionäre Propaganda zu verhindern. Gleichzeitig werden sie mit Losungen wie „Osthandel sichert Arbeitsplätze" die Demonstration ausnutzen, um für den russischen Sozialimperialismus Propaganda zu machen.

Der Charakter dieser Demonstration wird schon daran deutlich, daß die Polizei dem DGB jede Unterstützung angedeihen läßt, um zu verhindern, daß revolutionäre, klassenkämpferische Kollegen und Kommunisten den staatstragenden Charakter der Demonstration verunglimpfen.

Diese Demonstration des DGB hat die Aufgabe, die Arbeiterklasse vor den Karren der kapitalistischen Interessen zu spannen. Sie ist gegen den revolutionären Klassenkampf, gegen den Kampf für die sozialistische Revolution gerichtet. Die Tatsache, daß leider auch eine relativ große Zahl ehrlicher – vom DGB-Apparat und den D„K"P-Revisionisten getäuschter – Kollegen an der Demonstration teilnehmen wird, ändert nichts an dem reaktionären Charakter der Demonstration. Diesen Kollegen wie der gesamten Arbeiterklasse müssen wir den reaktionären Charakter dieser Demonstration erklären, daß diese Demonstration und ihre Losungen Kapitulation vor den Kapitalisten und ihrer Regierung, Verrat an den Interessen der Arbeiterklasse bedeutet. Darum läßt der DGB bei Mannesmann in Duisburg sogar für jeden Vertrauensmann, der an der Demonstration teilnimmt, 30 DM springen.

Wer sich gegen die Krisenangriffe der Kapitalisten zur Wehr setzen will, wer gegen Ausbeutung und Unterdrückung, gegen die staatliche Ausplünderung kämpfen will, der muß dem Mitbestimmungsbetrug, den Bittgesuchen an die Kapitalistenregierung, der Politik der Zusammenarbeit mit den Kapitalisten eine klare Absage erteilen. Die Arbeiterklasse muß auf die eigene Kraft vertrauen, die Feinde in den eigenen Reihen wie den DGB-Apparat und die D„K"P schonungslos bekämpfen. Das ist der Weg des revolutionären Klassenkampfes, des Zusammenschlusses in der revolutionären Gewerkschaftsopposition. Nur auf revolutionärer Grundlage können die Krisenangriffe der Kapitalisten und ihrer Regierung erfolgreich bekämpft werden.

Aus unseren Betriebs- und Stadtteilzeitungen

IM INTERESSE VON SIEMENS IGM FÄLLT KOLLEGEN IN DEN RÜCKEN



Im Dezember vorigen Jahres wurde ein Kollege entlassen. Die schriftlichen Entlassungsgründe waren recht verschwommen: „aus den mit Ihnen besprochenen Gründen . . ." In der Besprechung war von zuviel Fehlzeiten die Rede gewesen. Der Kollege hatte nämlich knapp 10 Jahre bei Siemens gearbeitet und allmählich eine Sehnenscheidenentzündung bekommen.

Aber es ist natürlich klar: Auf die ersten Kündigungsschreiben schreibt Siemens nicht „Arbeitsmangel" drauf. Das gäbe zuviel Unruhe unter den Kollegen. Nein! Da heißt es „Fehlzeiten", „mehrmaliges Zuspätkommen", „mangelnde Eignung", usw. usf. . . So wollen sie uns weismachen, wer gekündigt wird, sei selber schuld. Aber in Wirklichkeit kommt es nicht darauf an, wer am gesündesten, fleißigsten, kräftigsten oder tüchtigsten ist. Sondern es kommt darauf an, wieviel Arbeitsplätze Siemens wegrationalisieren muß, damit auch in der Krise der Profit erhalten bleibt. Genau soviele werden dann entlassen, ob sie krank oder gesund, faul oder fleißig, aufsässig oder demütig, gescheit oder dumm sind! Natürlich nutzen die Kapitalisten auch unsere Angst vor Entlassungen aus, um uns noch mehr reinzutreiben.

Und der IGM-Betriebsrat macht mit dabei. Er weiß genau, daß der wirkliche Grund Arbeitsmangel ist, aber er stimmt allen Kündigungsschreiben zu. Denn der Betriebsrat ist keine Einrichtung um unsere Interessen zu vertreten. Im Gegenteil. Seine Aufgabe ist es, dafür zu sorgen, daß wir uns reibungslos dem Profitinteresse der Kapitalisten fügen. Das ist im Betriebsverfassungsgesetz verankert. Der gekündigte Kollege ruft bei Raschke an und fragt, ob er wenigstens die Dividende für das Jahr von Oktober 73 bis Oktober 74 bekommt. Raschke bejaht ausdrücklich. Unser Kollege unternahm nichts gegen die Kündigung, da Raschke gesagt hatte „da kann man nichts machen", und außerdem, weil er dachte, er bekäme die Dividende sowieso.

Der März geht vorüber und kein Geld kommt.

Die IGM-Ortsleitung erklärt dem Kollegen: Sie hätten sich leider getäuscht, es gäbe doch keine Dividende und die Vorauszahlung auf die Dividende in Form des Weihnachtsgeldes hätte er ja erhalten. Die IGM-Rechtshilfe lehnt es als „juristisch aussichtslos" ab, den Kollegen vor dem Arbeitsgericht zu vertreten.

„DIE IGM LEISTET RECHTSHILFE" – ABER FÜR WEN!

Da geht der Kollege selber zum Arbeitsgericht und macht seine Klage – ohne Rechtsbeistand. Kaum bekommt die IGM davon Wind, da macht sie eine Kehrtwendung. Sie schreibt dem Kollegen, daß sie ihn vertritt. Offensichtlich ist der Anspruch auf die Dividende doch nicht ganz so aussichtslos. Und nach 10 Jahren Beitragszahlung kann man doch darauf rechnen, daß einen die Gewerkschaft wenigstens vor dem Arbeitsgericht vertritt – sollte man meinen! – und auch der Kollege dachte so.

Niemals hätte er sich träumen lassen, was dann in Wirklichkeit geschah:

Vor dem eigentlichen Prozeß kommt beim Arbeitsgericht der „Güte-Termin". Und was geschieht? Der Richter, der Siemensanwalt, **und der gewerkschaftliche Vertreter des Kollegen, IGM-Ortsvorsitzender Walther,** alle reden sie mit vereinten Kräften auf den Kollegen ein, er solle die Klage zurückziehen – es wäre juristisch aussichtslos! Der Kollege ist von dieser Hinterhältigkeit seines Rechtsbeistandes so überrumpelt, daß er aufgibt. Die Erfahrung, die er daraus gewonnen hat, geht uns alle an: **Trau nicht dem Gewerkschaftsapparat!**

WARUM IST DER IGM-WALTHER DEM KOLLEGEN IN DEN RÜCKEN GEFALLEN?

Natürlich nicht nur, um Siemens die Bezahlung von 800 Märklein zu ersparen. Den wahren Grund erfahren wir, wenn wir uns die Vereinbarung zwischen Siemens und dem Gesamtbetriebsrat über die Bezahlung der Dividende ansehen:

Dort heißt es, daß die gesamte Dividende nur der erhält, der bis zum Auszahlungstag im März beschäftigt ist. Der Kollege war im Dezember gekündigt worden und, wie wir schon gesehen haben, hat nicht dagegen geklagt, weil ihn Raschke bezüglich der Dividende angelogen hat. Aber in der Vereinbarung sind auch Ausnahmen vorgesehen: Wer nicht aus **persönlichen Gründen** (Fehlzeiten usw.), sondern aus **betrieblich bedingten Gründen** (zum Beispiel Arbeitsmangel) entlassen wird, hat Anspruch auf die volle Dividende. Hier hätte der Anwalt des Kollegen ansetzen müssen. Das Gericht hätte die Gründe der Kündigung untersuchen müssen. Auch wenn Siemens und das Arbeitsgericht noch soviel juristische Trickserеien versucht hätten – wenigstens teilweise hätten die Kollegen damals schon erfahren, daß mehrere Entlassungen stattgefunden hatten, und daß eine ganze Welle von Entlassungen anrollt. Und genau das wollte der IGM-Apparat gemeinsam mit Siemens solange wie möglich vertuschen. Sie wollen die Lage der Arbeiterklasse im Kapitalismus verharmlosen, damit sie sich nicht dagegen auflehnt. Das tun sie in kleinen Dingen wie in großen.

Der Fall unseres Kollegen zeigt, daß der Gewerkschaftapparat nicht unsere gewerkschaftlichen Interessen vertritt. Er beweist aber nicht, daß wir nichts dagegen machen sollen. Es liegt auf der Hand, daß der Kollege Aussicht auf Erfolg gehabt hätte. Nötig ist eine Organisation, die dem Ausbeutersystem unversöhnlich gegenübertritt, um unsere gewerkschaftlichen Interessen zu vertreten. Die unseren zersplitterten Widerstand zusammenfaßt und nicht bei der Frage stehen bleibt, wie wir uns gegen die kapitalistische Ausbeutung **verteidigen** können, sondern vor allem sagt, wie wir überhaupt mit dem Ausbeutersystem **Schluß machen** können.

Diese **Revolutionäre Gewerkschaftsopposition** gibt es noch nicht, aber es gibt Tausende von Kollegen, die den Verrat des Gewerkschaftsapparates durchschaut haben. In einigen Betrieben haben sich bereits solche Kollegen – egal ob Gewerkschaftmitglieder, Ausgeschlossene oder Nicht-Mitglieder – zusammengeschlossen, um eine revolutionäre Gewerkschaftsopposition aufzubauen. Jeder Gewerkschaftskollege, der dem reaktionären Treiben des Gewerkschaftsapparates nicht länger tatenlos zusehen will, jeder Kollege der sich wehren will, aber nicht Gewerkschaftsmitglied ist, weil er die Handlangerpolitik des DGB-Apparates haßt, und erst recht jeder Kollege, der wegen seiner Opposition aus der Gewerkschaft ausgeschlossen wurde – sie alle können etwas tun – die revolutionäre Gewerkschaftsopposition aufbauen! (Leicht gekürzt – RM).

ERFOLGREICHE SPENDENSAMMLUNG IN DER KWU



Einige Tage vor der Ermordung der 5 spanischen Revolutionäre durch das faschistische Franco-Regime beschloß unsere Betriebszelle in der KWU, unter den Kollegen eine Geldsammlung für die FRAP durchzuführen. Die Betriebszelle selbst machte den Anfang mit 145 DM.

In den folgenden Tagen und Wochen sammelten wir unter den Kollegen im Betrieb.

Wir fanden bei den Kollegen mit dieser Sammlung großen Zuspruch. Ein Kollege übergab uns seine Spende mit der Bemerkung: „Und wenn es nur für eine Handgranate reicht, ist das auch schon etwas."

Es spendeten aber auch Kollegen, die noch nicht mit den Zielen unserer Partei, der Revolution und dem Kommunismus sympathisieren.

Dies alles zeigt, daß die INTERNATIONALE SOLIDARITÄT nicht nur eine politische Parole der Kommunisten ist, sondern eine ganz konkrete Sache, die fest in der Arbeiterklasse verankert ist.

Wir freuen uns, daß bisherige Ergebnis der Sammlung bekanntzugeben: (Stand vom 13.10.1975): . . . 549 DM.

Damit ist die Sammlung noch nicht beendet. Wir danken allen Kollegen im Namen der FRAP, die bisher gespendet haben und bitten alle, die auch noch dazu bereit sind, um weitere Spenden.

Revisionistisches

SUBVERSIVE AKTIVITÄTEN IN LYBIEN

Es wird berichtet, daß die russischen Sozialimperialisten in der letzten Zeit ihre subversiven Aktivitäten in Lybien verstärkt haben. Zentrum dieser Aktivitäten ist dabei die Botschaft der russischen Sozialimperialisten. Noch 1972 war das Personal dieser Botschaft auf eine Stärke von hundert Mann beschränkt. Heute jedoch gibt es allein über 1 000 Fahrzeuge, vom Autobus bis zum Krankenwagen, die das Diplomatenkennzeichen der Sowjetunion tragen. Diese Fahrzeuge kann man überall im Land sehen. Russische Offiziere und Spezialisten sind auch in der lybischen Armee zu finden, während eine große Zahl von sogenannten „Entwicklungshelfern" dabei ist, z.B. die lybischen Erdölvorkommen auszukundschaften. Alle diese Aktivitäten der russischen Sozialimperialisten in Lybien haben den Zweck, das Land dem Einfluß der neuen Zaren im Kreml zu unterwerfen und seine Reichtümer zu plündern. Diesem Zweck dienen auch die Waffengeschäfte, die Moskau mit Lybien abwickelt. Die neuen Zaren im Kreml erhalten dafür Öl, allerdings weit unter dem Weltmarktpreis. Dieses Öl wiederum verkaufen sie mit hohem Profit in die westlichen kapitalistischen Länder bzw. an Länder der Dritten Welt. Es wird berichtet, daß die sowjetischen Schiffe, die Lybien anlaufen, sich gar nicht erst den Anschein geben, als ob das Öl, das sie laden, für ihr Heimatland bestimmt sei, sondern gleich Kurs auf Westeuropa oder Afrika nehmen. All dies ruft wachsende Empörung in Lybien selbst hervor. Die Presse meldet, daß die russischen sozialimperialistischen Berater oft das Opfer von Anpöbeleien und Tätlichkeiten werden.

BEKENNTNIS ZUR KONTERREVOLUTION

Die modernen Revisionisten der D„K"P, die aus dem öffentlichen Dienst, den Schulen, Krankenhäusern etc. entlassen werden, beeilen sich gewöhnlich, sobald sie von dem gegen sie verhängten Berufsverbot erfahren, ihre Treue und Ergebenheit zum Grundgesetz zu bekunden und die Ausbeutergesellschaft des Kapitalismus als „demokratische Grundordnung" zu verteidigen. Wie weit sie dabei zu gehen bereit sind, zeigt das Beispiel zweier Frankfurter Lehrerinnen, von dem uns ein Genosse berichtet: Die eine dieser Lehrerinnen erklärte: „Ich würde mich jederzeit gewaltsamen Umsturzversuchen gegen die herrschende demokratische Grundordnung widersetzen, weil ich die Gewalt als Mittel der politischen Auseinandersetzung ablehne. Ich vertrete das Mehrparteiensystem, das Prinzip der Gewaltenteilung und die Verwirklichung der Grund- und Freiheitsrechte." Die andere Lehrerin, die gleichzeitig eine Landesfunktionärin der D„K"P ist, meinte: „Meines Erachtens ist die gesamte Zielsetzung der DKP auf die Erhaltung, Sicherung und den Ausbau der demokratischen Grundrechte und Freiheiten des Grundgesetzes gerichtet." Diese beiden revisionistischen Lehrerinnen scheuen sich also nicht, ein offenes Bekenntnis für die Erhaltung und die Sicherung der Herrschaft der Bourgeoisie abzugeben, sie erklären sich sogar bereit, sie gegen die proletarische Revolution zu verteidigen. Wirklich ein offenes Bekenntnis des revisionistischen Verrats.

SÄUBERUNGSWELLE IN DER SU

Mit der Verschärfung der inneren Widersprüche in der Sowjetunion hat die Breschnew-Clique eine große Säuberungswelle unter den verantwortlichen Funktionären in verschiedenen Unionsrepubliken durchgeführt und viele von ihnen ausgetauscht. Betroffen sind davon die obersten Sowjets und Ministerräte von 15 Unionsrepubliken, vor allem solcher nationaler Minderheiten, in denen die Unruhe groß ist. Die Präsidenten der obersten Sowjets von Armenien, Lettland und der Ukraine sind neu, ebenso wie alle 5 Vizevorsitzenden des Ministerrates der Tajik, der Kazakh-Republik. In Armenien wurden 53% aller Minister ausgewechselt, in Georgien und der Kazakh-Republik waren es 47%. Die Säuberungswelle ist ein Zeichen dafür, daß die Breschnewclique versucht, ihre Unterdrückung der nationalen Minderheiten zu verschärfen. Deshalb hat sie gerade solchen Abteilungen, deren Aufgabe es ist, die faschistische Diktatur zu stärken, wie den Polizeiministerien, den Staatssicherheitskomitees, besondere Aufmerksamkeit gewidmet. Das gleiche gilt für die Kultur- und Propagandaabteilungen dieser Republiken. Die revisionistischen Bosse im Kreml versuchen, durch die Säuberungen und den Austausch von Personen den wachsenden Schwierigkeiten Herr zu werden, in denen sie stecken. Sie werden aber nicht verhindern können, daß die nationalen und Klassenwidersprüche sich weiter verschärfen. Dies ist das unvermeidliche Ergebnis der Wiederherstellung des Kapitalismus.

Bundeskongreß des MSB Spartakus

Auszeichnung für Kampf gegen "Maoisten"

Am 8. und 9. Oktober hat in Köln der Bundeskongreß des revisionistischen Studentenverbandes MSB stattgefunden. Die MSB-Revisionisten sparten dabei nicht mit Demagogie, um sich als Vorhut der Studenten herauszustellen.

Von welchem Geist dieser Kongress wirklich getragen war, zeigte sich schon vorher, als in der UZ die Bremer Gruppe des MSB-Sparkakus ausgezeichnet wurde, weil sie am besten gegen die „Maoisten" gekämpft hat und es ihr gelungen war, den ASTA für sich zu erobern. Seit jeher ist der Kampf dieses angeblich „marxistischen", in Wirklichkeit aber revisionistischen Studentenbundes gegen den Marxismus-Leninismus, gegen die Revolutionäre eine seiner Hauptaufgaben. Über die Gefährlichkeit der Aktivitäten der modernen Revisionisten unter den Studenten darf man sich keiner Täuschung hingeben. Auf dem Kongreß wurde bekanntgegeben, daß der MSB-Spartakus seine Mitgliederzahl in zwei Jahren um 1500 steigern konnte, so daß sie jetzt bei 4700 liegt. Gleichzeitig erreicht aber die revisionistische Zeitung „Rote Blätter" eine Auflage von 30 000 Exemplaren. Der Kampf gegen die modernen Revisionisten, diese gefährlichen Feinde des Marxismus-Leninismus muß daher verstärkt werden, ihre demagogischen Parolen und Losungen, mit denen sie die Studenten zu betrügen versuchen, müssen zurückgewiesen werden.

Zu diesen Losungen gehört auch die Beteuerung, daß sich die Studenten mit der Arbeiterjugend zusammenschließen müßten, daß sie gemeinsam mit der Arbeiterklasse und an ihrer Seite kämpfen müssen. In Wirklichkeit aber verfälschen die modernen Revisionisten die Idee des Bündnisses der Studenten mit der Arbeiterklasse vollständig, berauben es jeglichen revolutionären Inhalts und benutzen ihre Propaganda im Gegenteil dazu, dieses revolutionäre Bündnis zu verhindern.

Konkret haben sie den Studenten anzubieten, überall die Aktionen des DGB-Apparates zu unterstützen, mit ihm überall die Zusammenarbeit zu suchen und als Ausweg, als Ziel des „gemeinsamen" Kampfes von Studenten und Arbeiterjugend bieten sie die Mitbestimmung an. Es ist deshalb auch kein Wunder, daß sie große Anstrengungen machen, um die Studenten für die Demonstration des DGB am 8. November in Dortmund zu mobilisieren. So versuchen sie, den Wunsch und das stärker werdende spontane Bedürfnis vieler Studenten nach einer Verbindung mit der Arbeiterklasse, nach gemeinsamem Kampf für ihre verräterischen Ziele auszunutzen. Ablenkung des Kampfes auf den Mitbestimmungsbetrug, die Studenten selbst in die Arme des DGB-Apparates zu führen, das ist einer der Dienste, die die modernen Revisionisten der Bourgeoisie erweisen.



Zeitungen des Kommunistischen Studentenbundes/Marxisten-Leninisten, Sektion der ROTEN GARDE, Jugendorganisation der KPD/ML.

Gegen diesen Verrat der modernen Revisionisten stellen wir die wirkliche revolutionäre Verbindung der Studenten mit der Arbeiterklasse, für den revolutionären Sturz der bürgerlichen Ordnung. Die Verwirklichung dieser Verbindung unter der Führung der Arbeiterklasse und der marxistisch-leninistischen Partei, das ist es, was die Bourgeoisie und die modernen Revisionisten gleichermaßen fürchten.

Die Hälfte der Studienbewerber abgelehnt

Recht auf Bildung gibt es nicht

„51 000 Studienbewerber abgelehnt – 52 000 Zulassungen", so faßte die WAZ im September das Ergebnis der Entscheidungen der „Zentralstelle für die Vergabe von Studienplätzen" für dieses Wintersemester zusammen. (Lehrerstudenten sind dabei nicht mitgezählt). 50 000 Studenten also, die lernen wollen, dürfen das nicht. Das ist das neueste Ergebnis auf dem Sektor Hochschulreform und „Bildung für alle".

Seit dem Ende der fünfziger Jahre wurde gerade im Bildungsbereich viel von Reformen geredet. Es wurde gegen das „Elitedenken" auf dem Bildungssektor gewettert, Eltern wurden gedrängt, ihre Kinder aufs Gymnasium zu schicken. Und es wurden auch einzelne Maßnahmen durchgeführt, die es Kindern von Werktätigen erleichterten, das Gymnasium zu besuchen und das Abitur, die Voraussetzung zum Studium, zu erwerben. Das alles führte dazu, daß sich tatsächlich der Anteil von proletarischen Kindern an den Hochschulen erhöhte. Wer daraus allerdings den Schluß gezogen hat, jetzt würde das Steuer tatsächlich grundsätzlich herumgerissen, der muß sich nun eines besseren belehren lassen. Immer häufiger hört man seit einiger Zeit wieder Sätze wie: „Der Glaube, daß alle Menschen gleich sind, ist nicht nur dumm, sondern gemeingefährlich." (Hattenhauer, Rektor an der Kieler Universität).

Solche reaktionären Theorien sind die Begleitmusik zu einem radikalen Angriff auf die Bildungsmöglichkeiten vor allem der werktätigen Jugend. Da ist einmal der Numerus clausus. Dann wird die staatliche Unterstützung für Schüler und Studenten „eingefroren", ein erheblicher Anteil muß in Form von Darlehen zurückgezahlt werden. Das heißt, wer beim Besuch einer Schule oder der Universität auf staatliche Unterstützung angewiesen ist, der steht hinterher mit einem Berg von Schulden da. Sind im Gegensatz dazu schon heute die Berufschancen schlecht, so werden sie in Zukunft noch schlechter. Bundeskanzler Schmidt hat bereits angekündigt, daß der Staat nicht wie bisher 60 % der fertigen Studenten einstellen könne.

Die Regierung hat natürlich „Argumente" in Hülle und Fülle für diese „notwendigen Sparmaßnahmen". Besonders beliebt ist bei den Politikern die Begründung, daß es ja schließlich vor allem die Steuern des kleinen Mannes seien, mit denen das alles finanziert werde. Sie dürfe man nicht für „faule" Studenten oder für Studenten, die hinterher sowieso in ihrem Beruf keine Stelle finden, aus dem Fenster werfen.

Erstens sind es ja wohl auch unsere Steuern, die über Subventionen für die Monopole, über Diäten für die Herren in Bonn und die Rüstung milliardenweise ausgegeben werden. Zweitens sind es ja wohl nicht die Kinder der Werktätigen, die sich während der Studienzeit mit dem Scheck vom Herrn Papa einen schönen Tag machen. Das Entscheidende aber ist, daß mit solchem Gerede die Werktätigen gegen alle Studenten aufgehetzt und gleichzeitig vertuscht werden soll, daß über den Numerus clausus heute schon die Zahl der zukünftigen Lehrer und Ärzte noch weiter eingeschränkt wird.

Vor allem aber zeigt das Argument, daß es „zu viel Studenten" gibt, weil es „zu wenig Arbeitsplätze" gibt, woher der Wind weht. Aus den Chefetagen der Konzerne nämlich. Die Kapitalisten bestimmen darüber, wieviel Nachwuchs sie an Fachkräften brauchen. Sie bestimmen darüber, ob der Staat die Steuergelder für Lehrer, Ärzte usw. ausgibt oder für Subventionen in ihre Kasse oder Polizisten usw.

Nur in einem kapitalistischen Land kann es überhaupt „zuviel Studenten" geben. In einem sozialistischen Land, wo die Arbeiterklasse die Macht hat, kann es gar nicht genug Studenten und Fachkräfte geben, die mit ihrem Wissen den Aufbau des Sozialismus vorantreiben. Ein Beispiel. In einer Rede in Hannover jammerte Schmidt darüber, daß, würde man nichts dagegen unternehmen, die Zahl der Studenten 1985 1,7 Millionen erreicht hätte: „Mir ist ganz klar und Ihnen sicher auch, daß man dies nicht wollen darf." Ganz anders in Albanien. Albanien, in dem es noch vor 30 Jahren 80 % Analphabeten gab, hat heute gemessen an der Bevölkerungszahl 1,3 % Studenten (bei uns 1,2 %). Aber niemand kommt dort auf die Idee, etwa einen Numerus clausus einzuführen. Im Gegenteil. Albanien ist stolz darauf, daß dort jeder dritte Einwohner die Schule oder die Universität besucht. Nicht diese Zahl zu senken, ist dort das Ziel, sondern sie weiter zu erhöhen.

Vom Aufbau des Sozialismus

CHINAS ERZIEHUNGSWESEN IM LAUFE DER JAHRE

Früher war China ein halbkoloniales, halbfeudales Land. Die Imperialisten nutzten ihre Vorrechte, um unter allen möglichen Etiketten Schulen einzurichten, in denen die Schüler und Studenten zu Sklaven erzogen werden sollten. Die Schulen, die von den chinesischen Lakaien und Helfershelfern der Imperialisten betrieben wurden, kopierten alles von diesen und versuchten, die Schüler und Studenten dazu zu erziehen, alles Ausländische anzubeten und vor den Ausländern auf dem Bauch zu kriechen.

1949 wurde das neue China gegründet, und das chinesische Volk stand auf. Sobald das Volk die politische Macht errungen hatte, begann es damit, mit dem jahrhundertealten Einfluß der Imperialisten und ihrer Lakaien, den Feudalisten und der Kompradorenbourgeoisie aufzuräumen. Dies geschah natürlich auch in den Bereichen der Kultur und Erziehung. Alle Erziehungseinrichtungen wurden verstaatlicht, die nationale Souveränität wurde auch auf das Gebiet des Erziehungswesens ausgedehnt und die reaktionären und faschistischen Kurse, die von den Kuomintang-Reaktionären eingeführt worden waren, wurden abgeschafft. Die Lehrer und Studenten studierten den Marxismus-Leninismus, wandelten ihr Denken um, um sich vom Geist der imperialistischen Sklavenerziehung zu befreien. Um den Analphabetismus im ganzen Land zu beseitigen, wurden überall Kampagnen durchgeführt. Die Zahl der Grund-, Mittel- und höheren Schulen wuchs wie niemals zuvor in den Tagen vor der Befreiung.

Mit dem Fortschreiten der sozialistischen Revolution wies der Vorsitzende Mao auf folgendes hin: **„Die Erziehung muß der proletarischen Politik dienen und mit produktiver Arbeit verbunden sein." „Unsere Politik auf dem Gebiet der Erziehung muß es jedem ermöglichen, sich moralisch, intellektuell und physisch zu entwickeln und ein Arbeiter mit sozialistischem Bewußtsein und sozialistischer Kultur zu werden."**

Liu Schao Tschi jedoch verfolgte eine revisionistische Linie in der Erziehung und kopierte alles mechanisch von den sowjetischen Revisionisten. Dies führte zur Trennung der Erziehung von der proletarischen Politik, von der Wirklichkeit und von der Arbeiterklasse und machte die Schulen zu einer Brutstätte intellektueller Aristokraten und einem Werkzeug, um den Kapitalismus wiedereinzuführen.

Nur im Verlauf einer großen politischen und gesellschaftlichen Revolution kann man schnelle Fortschritte dabei machen, die Vorherrschaft des Marxismus auch auf dem Gebiet der Erziehung, wo die traditionellen bürgerlichen Kräfte tiefverwurzelt sind, zu errichten. Im Einklang mit den Weisungen des Vorsitzenden Mao begann diese Revolution in der Großen Proletarischen Kulturrevolution. **Diese Revolution wird nicht nur den Geist der Unabhängigkeit und des Vertrauens in die eigenen Kräfte entwickeln und das Kultur- und Erziehungswesen den Bedürfnissen der sozialistischen Basis besser anpassen, sondern sie wird, was noch viel wichtiger ist, eine neue Generation von Proletariern heranbilden, die fähig und entschlossen sind, den Revisionismus zu bekämpfen und eine Restauration des Kapitalismus zu verhindern.**

Dies erfordert eine stärkere Führung durch die Partei in den Schulen und die langfristige Beteiligung der Massen der Arbeiter und Bauern in der Leitung der Schulen und als Lehrer. In ihrer ganzen Arbeit setzen die Schulen die Erziehung im Geist des Marxismus-Leninismus und der Maotsetungideen an die erste Stelle und helfen den Studenten noch besser zu verstehen, was es heißt, dem Sozialismus, dem chinesischen Volk und allen Völkern der Welt zu dienen. Im Unterricht wird Wert darauf gelegt, Theorie und Praxis zu verbinden. So lernen die Schüler und Studenten nicht nur in ihren Klassenzimmern, sondern sie beteiligen sich auch an der produktiven Arbeit in Betrieben und Volkskommunen. Die Mittelschulabgänger gehen zuerst in die Betriebe oder aufs Land, um als Arbeiter und Bauern zu arbeiten. Die Hochschulen legen bei der Auswahl der Studenten das Schwergewicht auf Arbeiter und Bauern mit praktischer Erfahrung, die bereit sind, nach ihrer Ausbildung wieder in der Produktion zu arbeiten.

Anstatt als intellektuelle Aristokraten auf dem hohen Roß zu sitzen, kämpfen sie darum, würdige Nachfolger der revolutionären Sache des Proletariats zu sein.

Bevölkerung in Bochum immer mehr empört

Ein Netz von Lügen soll Polizeiterror decken

Wenige Wochen nachdem in Bochum der Angestellte G. Send und eine Sportstudentin nachts auf der Straße mit 20 Polizeischüssen niedergeschossen worden waren, wurde in Bochum wiederum ein Autofahrer auf offener Straße niedergeschossen. Zwei Tage zuvor erst hatte ein Polizist in Wanne-Eickel einem 19jährigen Maler mit dem Pistolenknauf den Schädel eingeschlagen. Mit einem Netz von Verdrehungen und Lügen versuchen Polizei wie Staatsanwaltschaft, die Empörung der Bevölkerung zu beschwichtigen.

Nach längerer Verfolgungsjagd hatten mehrere Polizeiwagen den alten Opel-Wagen, in dem drei Jugendliche saßen, eingekeilt. Als der Wagen schon stand, wurde von einem Polizisten geschossen, das Seitenfenster zersplitterte, der Fahrer des Wagens fiel vornüber aufs Lenkrad. Lungenschuß. Da Zeugen auf der Straße waren, bildeten die Polizisten sofort eine Kette um den Wagen und verdeckten die zersplitterte Fensterscheibe und den blutüberströmten Fahrer des Wagens. Niemand sollte sehen können, was vorgefallen war. Nachdem der Jugendliche mit der lebensgefährlichen Schußverletzung abtransportiert worden war, kam sogleich eine Polizeikommission, um die Sache „aufzunehmen". Ergebnis: Auf der Straße wurde ein Ort eingekreidet, wo angeblich ein Projektil gefunden worden war. Dort habe ein Polizeibeamter gestanden, als sich zufällig aus seiner Pistole ein Schuß löste.

Doch was berichten die Zeugen? **Mehrere Taxifahrer haben zugleich gesehen, wie der Schuß fiel. Noch bevor die Polizisten aus ihrem Wagen ausgestiegen waren, wurde aus dem Polizeiwagen geschossen. Damit ist klar, daß sich nicht zufällig ein Schuß gelöst hat, sondern aus dem Polizeiauto durch das geöffnete Fenster geschossen wurde.** Das „Entlastungsprojektil", das angeblich auf der Straße gefunden wurde – das können die Polizisten nach dieser Entlarvung auch nicht mehr erklären.

Nicht anders wurde bei der Rekonstruktion des Polizeiüberfalls auf G. Send von der Polizei versucht, den Mordanschlag zu vertuschen. G. Send sowie eine Sportstudentin waren im Kugelhagel von 20 Polizeischüssen niedergeschossen worden, obgleich sie sich überhaupt nichts hatten zu Schulden kommen lassen. Bei der Rekonstruktion der Tat hieß es nun, daß die Studentin angeblich nur durch einen „Querschläger" getroffen worden sei. Als Beweis wurde bei der Rekonstruktion ein Auto aufgestellt, daß zwischen den schießenden Polizisten und der Sportstudentin gestanden habe. **Doch auch hier wurde die Lüge entlarvt: Keiner der Zeugen des Polizeiüberfalls hatte bei dem Überfall einen solchen Wagen dort stehen sehen.** Auch der Arzt, der die Studentin behandelte, wies anhand der Schußwunde nach, daß es kein Querschläger war, sondern daß auf die Studentin geschossen worden ist.

Ein weiteres Vertuschungsmanöver brach in Castrop-Rauxel zusammen. Dort hatte ein Polizist einen 19jährigen Maler nachts auf der Straße verfolgt und mit gezogener Pistole festgenommen. Dabei sei der Maler versehentlich durch eine Reflexbewegung des Polizisten mit der Pistole auf dem Kopf getroffen worden. **Die Zeugen aber enthüllten die Wahrheit: Der Maler lag am Boden. Der Polizist hielt ihn am Arm fest und schlug mit dem Pistolenknauf zweimal auf den Kopf des Malers. „Es hat schrecklich gekracht", stellten sie übereinstimmend fest. Der Maler liegt mit einem doppelten Schädelbruch im Krankenhaus.**

Die Lügen und Verdrehungen der Polizei und der angeblich neutralen Untersuchungskommission der Staatsanwaltschaft, die darauf abzielen, den Polizeiterror gegen die Bevölkerung zu decken, haben erst recht die Empörung unter der Bevölkerung bestärkt. **„Und wenn du denen alles nachweisen kannst, glaube man nicht, daß denen was passiert"** – sagen die Leute immer wieder. Bestätigt wird das durch die unverschämte Feststellung eines Richters in Mülheim, der einen Autofahrer verurteilte, weil er vor der Polizei geflohen war. Der Richter: **„Wenn die Beamten die Waffe eingesetzt hätten, um Sie zur Raison zu bringen, wäre das völlig in Ordnung gewesen."**

Das Netz von Lügen und Verdrehungen zur Deckung des Polizeiterrors aber zieht sich immer mehr wie eine Schlinge um den Hals des Staatsapparates zusammen. Bochumer Genossen berichten z.B., daß vielen Menschen, denen sie von den Polizeilügen um den Mord an unserem Genossen Günter berichtet hatten und die sich soviel an Verdrehungen und Lügen kaum hatten vorstellen können, heute Illusionen durch das Vorgehen der Polizei selbst genommen worden sind. Sie sehen deutlicher, daß nicht etwa der einzelne Polizist sich „vergangen" hat, sondern daß der Terror vom gesamten Polizeiapparat begangen wird, und daß der Staat nicht etwa neutral dabei ist, sondern er es im Grunde ist, der diesen Terror kommandiert und deckt.



Schwerverletzt wird ein Opfer des Polizeiterrors in Bochum zum Krankenwagen getragen.

Antichinesischer Hetzfilm in Kiel

Absetzung erkämpft

Korrespondenz. Ab Freitag, den 17. 10. wurde in Kiel der chinafeindliche Hetzfilm „Chinesen in Paris" gezeigt (siehe dazu RM Nr. 35/74). Bereits in der Nacht vom 16. auf den 17. waren die Schaukästen des betreffenden Kinos mit Flugblättern der Partei überklebt worden. Am Morgen des 17. wurde vor allen Kieler Großbetrieben ein Flugblatt der Partei verteilt, in dem zum Protest gegen diesen Film aufgerufen wurde.

Nachdem bereits Freitagnachmittag vor dem Kino agitiert worden war, fanden sich abends ca. 50 Freunde und Genossen vor dem Kino zu einer Protestkundgebung ein, an der sich auch Genossen der GRF beteiligten.

Doch der Kinobesitzer und die Bourgeoisie waren offenbar bereit, ihre „Freiheit", Hetzfilme zu zeigen, mit allen Mitteln zu verteidigen. Zahlreiche Zivilspitzel lungerten um das Kino herum, Einsatzwagen standen bereit.

Ein Sprecher der Partei entlarvte in einer Rede, daß dieser Film nur das Ziel hat, das sozialistische China als imperialistisch zu diffamieren und die wachsende Sympathie der deutschen Arbeiterklasse und des deutschen Volkes für China zu untergraben. Doch auch diesmal zeigte sich, daß die Freundschaft zwischen dem deutschen und dem chinesischen Volk unzerstörbar ist – der Film hatte kaum Besucher und die meisten machten, nachdem mit ihnen darüber diskutiert worden war, wieder kehrt.

Nach Abschluß der Kundgebung wurden von Freunden und Genossen, die über diesen rassistischen und faschistischen Film empört waren, die Schaukästen mit der Hetzpropaganda eingeschlagen. **Die Antwort auf diesen gerechten Protest: Die anwesenden Zivilspitzel stürzten mit gezückter Pistole auf einige Kundgebungsteilnehmer, Einsatzwagen rasten herbei, knüppelschwingende Polizisten prügelten wahllos auf die Umstehenden ein und scharfe Hunde wurden eingesetzt.**

6 Personen wurden wahllos festgenommen 2 davon kurz darauf wieder freigelassen, weil selbst die Polizei sehen mußte, daß sie bei ihrem blinden Terror 2 Gäste aus einem nahegelegenen Lokal erwischt hatte. Die anderen 4 wurden erkennungsdienstlich behandelt und erst gegen 2 Uhr freigelassen.

Dieser brutale Polizeieinsatz zeigt deutlich, welches große Interesse die Bourgeoisie an der Verbreitung von antichinesischer Hetze hat und wie empfindlich sie sich durch den Kampf der Partei getroffen fühlt. Deshalb wurden an den nächsten Tagen die Aktivitäten gegen diesen Film verstärkt. Nachts verschwand an dem betreffenden Kino die Leuchtreklame und die Schaukästen aller Kieler Kinos, die Reklame für diesen Film enthielten, wurden überlackiert. Aufgrund des beständigen Kampfes der Partei gingen kaum noch Zuschauer ins Kino. Das beständige massive Auftreten der Polizei und die eingeschlagenen Schaukästen führten zu zahlreichen Diskussionen mit Passanten, die in ihrer Mehrheit das Vorgehen der Polizei und diesen Hetzfilm verurteilten. Ebenso solidarisierten sie sich mit dem gerechten Protest gegen diesen Hetzfilm.

Am Montag schließlich mußte der Kinobesitzer den Film endgültig absetzen. Trotz massiven Polizeiterrors und Einsatz aller Mittel um die Freiheit der herrschenden Klasse zu schützen, ihre Schmutzpropaganda zu verbreiten, gelang dies nicht. Die Kraft der Massen, ihr beharrlicher Kampf waren stärker, die Freundschaft zwischen dem deutschen und dem chinesischen Volk war größer und siegreich.

Korrespondenzen

Redaktion „ROTER MORGEN" Wellinghofer Str. 103 Postfach 30 05 26 4600 Dortmund 30

RAVENSBURG

Vor kurzem fand in Ravensburg eine Kundgebung über Spanien statt. Kurz nach dieser Kundgebung war die Kripo bei mir zu Hause. (Ich hatte die Kundgebung angemeldet.) Die Kripo-Beamten sagten, daß sie mich mitnehmen müßten, da ich im Verdacht stünde, in Ravensburg Parolen „Nieder mit dem Franco-Faschismus" u. a. gespritzt zu haben. Es gäbe Personen, die mich gesehen hätten. Ich fragte: „Warum habt ihr mich nicht gleich am Donnerstag bei der Kundgebung mitgenommen?" Worauf einer von ihnen meinte, an diesem Tag seien zuviele Personen dagewesen. Sie wollten den Fall nicht an die Öffentlichkeit dringen lassen. Obwohl sich angeblich ja die „Öffentlichkeit" über antifaschistische Äußerungen wie Parolen usw. beschwert.

Auf der Wache angelangt, kamen sie schnell zur Sache: Wenn ich nicht gestehen würde, käme ein Bericht in die Zeitung, in der die ROTE GARDE und die KPD/ML schlecht gemacht würden. Ich konnte den Polizisten nur versichern, daß sie und ihre Methoden demnächst im ROTEN MORGEN wiederzufinden wären. Sollen sie ihre Zeitung haben, ich habe meine! Worauf sie noch saurer wurden.

Ich wurde schließlich erkennungsdienstlich behandelt, worauf die Fragerei wieder losging: Sie würden das Auto des Freundes, das ich mir ausgeliehen hatte, beschlagnahmen, wenn ich nicht gestehen würde. Und weiter: Von wem die ROTE GARDE die Anweisungen bekäme, ob ich diesen oder jenen Namen kennen würde, wieviel Mitglieder die ROTE GARDE hätte, ob ich Kontakt zur Roten Hilfe hätte usw. usf.

Bald hätte es jeder gemerkt: Denen hier gings nicht nur um die Parolen an den Wänden, denen gings um mehr. Nach sechs Stunden ließen sie mich dann gehen.

Meine Bitte an alle Genossen: werdet politisch noch aktiver und laßt euch von solchen imperialistischen Werkzeugen nicht unterkriegen!

Ein Genosse aus Ravensburg

TÜBINGEN

Ich möchte Euch etwas Erfreuliches zur Frage der Einheit der Marxisten-Leninisten berichten. Ich gehöre zu den drei ehemaligen KSG-Genossen (Studentenorganisation des KABD). Unser Ausschluß und Übergang zur Linie der Partei hat riesige Auseinandersetzungen innerhalb und mit der KSG hervorgerufen. Ein weiterer Genosse ist inzwischen ausgetreten. Anlaß war für ihn die Haltung der KSG zum Roten Antikriegstag 1975, wo sie sich mit dem Argument, man könne mit den „Vaterlandsverteidigern" keine Aktionseinheit eingehen, der Aktionseinheit zum Roten Antikriegstag widersetzte. Natürlich wurde auch der Rote Antikriegstag 1972 als „Argument" benutzt (Überschätzung der Revolutionierung der Massen, gefährliche sektiererische Aktion). Der erwähnte Genosse führte in seiner Grundeinheit ganz allein eine mutige Auseinandersetzung über diese Fragen und bewirkte, daß seine Grundeinheit in der letzten Sitzung, an der er noch teilnahm, 20 DM für die Kämpfer des Roten Antikriegstages 1972 zusagte. Ein weiterer Beweis für die revolutionäre Gesinnung vieler KSG-Mitglieder ist die Tatsache, daß etwa 50 von ihnen auf einer Veranstaltung des KSB/ML zur Frage Kriegsgefahr/Supermächte einer Solidaritätsresolution für die inhaftierten 4 Kämpfer des Roten Antikriegstags zustimmten. Und das, obwohl im Zentralorgan des KABD die Bezeichnung Provokateure, Agenten der Bourgeoisie, Schläger von München usw. nie öffentlich widerrufen wurde.

Rotfront,
eine KSB/ML-Genossin aus Tübingen

BUXTEHUDE

Liebe Genossen!

Am 4. Oktober hielten die NPD-Faschisten in Buxtehude eine Kundgebung ab, bei der sie, natürlich mit behördlicher Erlaubnis, ihre Nazi-Ideologie vom Stapel ließen. Sie setzten dieser Provokation die Krone auf, indem eine ihrer Schlägerhorden ganz nach der Art der SS-„Herrenmenschen" durch die Innenstadt zogen.

Nachdem sie schon Verkäufer des „Arbeiterkampfes" belästigt hatten, gingen sie auf 2 Genossinnen los, die den ROTEN MORGEN verkauften. Ungefähr zehn dieser Schlägertypen, die teilweise mit Uniformjacken und Kampfstiefeln ausgerüstet waren, umringten eine der beiden. Als sie die Genossin mit faschistischen Sprüchen („Was, Franco ist ein Faschist? So'n Quatsch!") provozieren wollten, forderte sie die Nazis mehrfach auf, weiterzugehen.

Aber der Anführer begann sie zu stoßen und zu treten, während der Rest der Bande einen immer engeren Kreis um sie bildete. Sie konnte sich nicht mehr anders wehren und schoß mit einer Gaspistole auf die Angreifer. Die Faschisten wichen einige Schritte zurück, und die Genossin konnte in ein Kaufhaus laufen. Die Nazis verfolgten sie und ketteten sie mit Handschellen an einen der Schläger. Sie hatten zweifellos vor, die Genossin hinauszuschaffen und zusammenzuschlagen. Aber hinzukommende Genossen machten ihnen einen Strich durch die Rechnung. Als sich die Faschisten nicht mehr in der Übermacht sahen und mit Schlägen und Tritten traktiert wurden, ließen sie die Genossin frei und ergriffen feige die Flucht.

Für die herbeigerufene Polizei war es anscheinend wichtiger, die Personalien der Genossin aufzunehmen, als die Nazis zu verfolgen. Sie wurde der „Körperverletzung und des unbefugten Schußwaffengebrauchs" verdächtigt. Die Nazi-Schläger konnten sich inzwischen ungehindert aus dem Staube machen.

Die Passanten, von denen einige den Überfall auf die Genossin miterlebt hatten, protestierten gegen das Vorgehen der Polizei. Außerdem wurden Rufe laut, es sei überhaupt eine Schweinerei, daß NPD-Kundgebungen genehmigt würden.

Rote Garde Buxtehude

SPENDEN FÜR VERSCHIEDENE ZWECKE

Seit dem Monat Juni gingen folgende Spenden auf das Konto des ROTEN MORGEN ein, die nicht für die Unterstützung des ROTEN MORGEN, sondern für andere Verwendungszwecke gedacht sind. Wir möchten uns für diese Spenden bedanken, unsere Leser aber gleichzeitig bitten, in Zukunft auf das Spendenkonto des ROTEN MORGEN nur noch Spenden zur Unterstützung des ROTEN MORGEN einzuzahlen. Alle anderen Spenden – auch Spenden im Zusammenhang mit den Prozessen gegen den ROTEN MORGEN – bitten wir mit einem Stichwort versehen, auf das Konto des Vorstandes der KPD/ML (s. u.) einzuzahlen.

H.-J. Sch., Frechen, 10. 6., (Solidarität), 50 DM – M. Sch., Westberlin, 16. 6., (Solidarität mit den türkischen Kollegen), 50 DM – RG-Zeltlager, München, 7. 7., (Sascha), 100 DM – C. K., München, 10. 7., (Sascha), 50,18 DM – Geburtstagsfeier von Genossen in Essen, 23. 7., (RG-Kongreß), 82,15 DM – K. M., Westberlin, 4. 8., (RG-Kongreß), 7000 DM – Veranstaltung zum RAKT, Westberlin, Bz. Nord, 28. 8., (RAKT), 600 DM – Veranstaltung zum RAKT, Westberlin, Bz. NW, 26. 8., (RAKT), 125 DM – TU, Westberlin, 28. 8., (RG-Kongreß), 200 DM – Lehrlingswochenende RG Reutlingen, 4. 9., (RG-Kongreß), 68,73 DM – RG Reutlingen, 4. 9., (RG-Kongreß), 182,35 DM – RG-Lager, LV Ba-Wü, 4. 9., (RG-Kongreß), 150 DM – RG-Treff, Dortmund, 11. 9., (RG-Kongreß), 47,29 DM – Arbeiterstammtisch vom 27. 8., Karlsruhe, 17. 9., (RG-Kongreß), 130 DM – M. H., Bremen, 17. 9., (Solidarität), 50 DM – P. u. S. P., Nürnberg, 24. 9., (Partei) 500 DM – J. T., Westberlin, 29. 9., (Partei), 5000 DM – J. H., Holzolling, 2. 10., (pol. Gefangene), 10 DM – M. V., Westberlin, 2. 10., (Partei), 10 DM – H. K., Westberlin, 8. 10., (Solidarität), 46,50 DM – BZ AEG-Brunnenstr., Westberlin, 13. 10., (FRAP) 222 DM –

Insgesamt wurden somit seit dem Juni dieses Jahres DM 14674,20 für die obengenannten Zwecke auf das Konto des ROTEN MORGEN gespendet.

SPENDEN FÜR DIE KPD/ML

In der Zeit vom 13. 5. bis zum 13. 6. gingen folgende Spenden für die Partei auf das Vorstandskonto ein, die versehentlich bisher noch nicht veröffentlicht wurden:

13. 5., RG Heidenheim, 35 DM – 23. 5., W. D., Wolfsburg, 5 DM – 23. 5. Selb, 10 DM – 28. 5., Pfingstfreizeit Karlsruhe, 23 DM – 4. 6., Karlsruhe, 38,60 DM – 5. 6., Buchladen „Roter Morgen", Westberlin, 81 DM – 9. 6., F. G., Würzburg, 50 DM – 10. 6., A. K., Westberlin, 2 000 DM – 13. 6., Veranstaltung Karlsruhe für Wahlkampf in NRW, 250 DM – 13. 6., Veranstaltung Mannheim, 229,48 DM.

Damit wurden in diesem Zeitraum insgesamt DM 2 722,08 für die Partei gespendet.



KAMPF DER BÜRGERLICHEN KLASSENJUSTIZ!

MÜNCHEN

Wegen eines Leserbriefes an die „Süddeutsche Zeitung" hat jetzt in München ein 40-jähriger Verwaltungsangestellter einen Strafbefehl über 1500 DM erhalten. Aufgrund eines Artikels über einen Kriegsdienstverweigerer hatte Hans S., der selber einmal als Beisitzer an einem Prüfungsausschuß für Kriegsdienstverweigerer teilgenommen hatte, unter anderem geschrieben: „Die meisten Vorsitzenden, die ich kennengelernt habe, setzen sich mit einer Arroganz, die nur mit Dummheit oder Unkenntnis der menschlichen Psyche begründet werden kann, über die Gefühle der jugendlichen Antragsteller hinweg." Aufgrund dieses Satzes erhielt er wegen 5-facher Beleidigung den oben erwähnten Strafbefehl. Fünf Vorsitzende hatten sich getroffen gefühlt.

DORTMUND

Am 17. 10. 75 fanden in Dortmund 2 Prozesse statt. Im ersten Prozeß wurde Genosse Wolf-Jürgen Herzog zu 150 DM Geldstrafe verurteilt, weil er auf einer Kundgebung direkt im Anschluß an die Aggression der US-Imperialisten gegen Kambodscha im März geredet haben soll. Im zweiten Prozeß stand Genosse Wolf-Jürgen zusammen mit einem anderen Genossen vor Gericht. Die Anklage lautete auf „Widerstand", „Gefangenenbefreiungsversuch" und „Rädelsführerschaft" bei einer Kundgebung gegen die Ermordung des Genossen Günter Routhier. Der Anklagepunkt der „Rädelsführerschaft" mußte während des Prozesses fallengelassen werden. Trotzdem wurden die Strafbefehle (je 300 DM) bestätigt. Die gleiche Richterin Conzen, die jetzt die Genossen, die von zivilen Polizisten überfallen und festgenommen worden waren, wegen „Widerstand" und „Gefangenenbefreiung" verurteilte, hatte noch kurz zuvor einen Chemiker mit Doktortitel, von dem zivile Polizisten die Personalien verlangt hatten, von der Anklage des „Widerstandes" freigesprochen, da die Polizisten sich nicht ausgewiesen hatten.

SPENDENKONTO

Spenden zur Unterstützung politisch Verfolgter bitte einzuzahlen auf das Konto:

Vorstand der KPD/ML
– Spendenkonto –
Sparkasse Dortmund
Kto. Nr. 321 004 547
Stichwort: SOLIDARITÄT

DUISBURG

In Duisburg fand am 26. 9. 75 ein Prozeß gegen Genossen Lennart K. statt. Der Genosse war beim Trauerzug zu Ehren des Genossen Günter festgenommen und mißhandelt worden. Vorausgegangen war ein Strafbefehl über 628 DM wegen „Widerstand", „Körperverletzung" und „öffentlicher Beleidigung". Bei der Vernehmung der vier Polizeizeugen stellte sich heraus, daß keiner der Polizisten für seine angebliche Verletzung ein Attest beibringen konnte. Auch sonst verwickelten sie sich in Widersprüche z. B. über den Ort der Festnahme. Der Genosse verlas unter anderem im Prozeß auch seine Strafanzeige gegen Duisburger Polizeibeamte, die angeblich bei der Staatsanwaltschaft Duisburg „nicht ermittelt werden konnte" – wie so viele Anzeigen. Das Gericht verurteilte den Genossen schließlich zu 1008 DM mit der Begründung, daß er jetzt kein Student mehr sei und deshalb mehr zahlen könne! (als einfacher Arbeiter mit Familie!).

DUISBURG

Am 9., 15. und 20. 10. fand vor der 1. Großen Strafkammer des Landgerichtes Duisburg der Berufungsprozeß des Genossen Peter Schulte und Robert W. statt. Die Genossen wurden beschuldigt, im Juni und Juli 1974 durch Verteilen von Flugblättern und Verkauf des ROTEN MORGEN der Polizei die Ermordung von Günter Routhier vorgeworfen zu haben. In diesem Prozeß wurde zum ersten Mal die Krankengeschichte des Genossen Günter zugezogen. Sie ist ein weiterer Beweis dafür, daß Günter von der Polizei ermordet wurde. Denn in ihr ist auch die Diagnose des Unfallkrankenhauses Duisburg-Buchholz enthalten, die auf Verdacht auf Schädelbasisbruch lautete! Trotz solcher offenkundigen Beweise für die Ermordung des Genossen Günter verurteilte das Gericht die Genossen zu 2700 bzw. 1800 DM wegen „Volksverhetzung", „Verächtlichmachung der BRD" und „Beleidigung". Der Richter erklärte in seiner Urteilsbegründung, daß die Genossen deshalb verurteilt werden, weil sie „gezielt darauf hinarbeiten, den kapitalistischen Staat in der sozialistischen Revolution zu stürzen." Des weiteren erklärte er, im Falle des Günter Routhier handele es sich um einen Verleumdungsfeldzug, gegen den sich der Staat verteidigen müsse. Und zwar nicht zum ersten Mal. Zur Begründung dafür las der Richter ein Urteil des Bundesgerichtshofes gegen Genossen der KPD Anfang der 50er Jahre vor, in dem diese wegen „Verächtlichmachung" und „Volksverhetzung" verurteilt werden, weil sie Flugblätter gegen die Remilitarisierung verteilt hatten.

PROZESSANKÜNDIGUNGEN

In Duisburg beginnt in Kürze ein weiterer Prozeß gegen Genossen, die bei der Arbeitsgerichtsverhandlung des Genossen Hanfried Brenner anwesend waren. Für den Prozeß sind bisher 5 Verhandlungstage angesetzt. Alle Verhandlungen finden vor dem Amtsgericht Duisburg, Zi. 179 um 9 Uhr statt. Termine: 28. 11., 3. 12., 10. 12., 12. 12., 19. 12.

In Bochum findet am 12. 11. ein Prozeß gegen Marion Harries, presserechtlich Verantwortliche für Flugblätter und Betriebszeitungen in Bochum statt. Die Anklage lautet auf „Verächtlichmachung" und „Beleidigung", weil im „Hammerschlag", der Betriebszeitung der KPD/ML für Krupp in Bochum unter anderem Gewerkschaftsfunktionäre als „Bonzen" bezeichnet wurden und von „kapitalistischem Ausbeuterstaat" die Rede war. Termin: 12. 11., Amtsgericht Bochum, Zi. 29, 10 Uhr.

In Recklinghausen findet am 11. 11. vor dem Jugendschöffengericht ein Prozeß gegen Fallo S. statt. Die Anklage lautet auf „Verächtlichmachung" und „Beleidigung". Der Genosse war presserechtlich Verantwortlicher für Flugblätter gegen den Mord an Genossen Günter. Termin: 11. 11., Amtsgericht Recklinghausen, Neubau, Zi. 25, 9 Uhr.

BERICHTIGUNG

Im RM Nr. 38 schrieben wir versehentlich, daß Genosse Wolfgang Sch. aus Bielefeld einen Strafbefehl über DM 5000 erhalten hat. Der Strafbefehl lautet jedoch über DM 500.

FREIHEIT FÜR DIE TÜRKISCHEN PATRIOTEN UND ANTIFASCHISTEN

Rund 200 Menschen forderten am 25.10 auf einer Demonstration in Köln die Freilassung der drei inhaftierten Angeklagten im Prozeß gegen die PEF.– (Einer von ihnen ist vor kurzem aus der Untersuchungshaft entlassen worden.) – und ihren Freispruch. Aufgerufen zu dieser Demonstration hatten die Türkische Arbeiter- und Bauernpartei, die RHD, die KPD/ML, die GRF (KPD) und die RH e.V.

Im Anschluß an die Demonstration fand eine Veranstaltung statt, die von rund 70 Menschen besucht wurde. Auf dieser Veranstaltung sprachen Vertreter der deutschen Organisationen. Mit besonderem Beifall wurde die Rede eines türkischen Genossen begrüßt, der vor allem auf die Lage in der Türkei einging und anhand von zahlreichen Beispielen bewies, daß sich die türkischen Werktätigen zunehmend gegen die Ausplünderung und Unterdrückung durch das türkische Regime und gegen die beiden Supermächte zur Wehr setzen.

Zum Abschluß der Veranstaltung sprach der aus der Haft entlassene Genosse Yüksel Ugurlu. Er bedankte sich unter anderem für die Solidarität, die den türkischen Antifaschisten und Patrioten bisher entgegengebracht wurde. So hat er allein bisher über 100 Briefe und Postkarten bekommen, darunter auch aus China und Albanien. Diese Solidarität ist eine wichtige Unterstützung für die angeklagten Genossen, denen im Prozeß auch die elementarsten bürgerlichen Rechte geraubt werden.

Unterstützt die angeklagten Genossen in ihrem Kampf gegen das Verbot der PEF.

REVISION GEGEN GENOSSEN HEINZ BARON ABGELEHNT

Genosse Heinz Baron, wegen seiner Teilnahme an der Demonstration zum Roten Antikriegstag 1972 zu 16 Monaten Gefängnis verurteilt, erhielt jetzt Bescheid, daß seine Revision gegen das Urteil abgelehnt worden ist. Noch nicht einmal eine Begründung hielt der BGH für notwendig.

Genosse Heinz war bereits vor kurzem unter einem fadenscheinigen Vorwand verhaftet worden. Er mußte nach einer Woche durch den Kampf der Partei wieder freigelassen werden. Mit der Ablehnung der Revision allerdings steht jetzt endgültig fest, daß Genosse Heinz für 16 Monate in Gefängnis muß.

Freiheit für alle Kämpfer des Roten Antikriegstags!

Prozeß gegen Martin Peleikis

Als Zwangsverteidiger den Anwalt von Göring

Am 21.10. fand der zweite Verhandlungstag im Prozeß gegen Genossen Martin Peleikis statt. Genosse Martin, presserechtlich Verantwortlicher für den Raum Kiel, ist angeklagt, die Sicherheit der Bundeswehr untergraben und zur Tötung aufgerufen zu haben.

Der Prozeß hätte an sich am 15. Juli beginnen sollen. Die Verhandlung platzte aber, da Martin es sich nicht gefallen ließ, daß man im Gerichtssaal einen uniformierten Polizisten mit Sprechfunkgerät postiert hatte. Die Zeit bis zur erneuten Verhandlung wurde von der Partei dazu genutzt, in den Betrieben, auf der Straße und in den Häusern vor den Werktätigen zu entlarven, daß in diesem Prozeß die Kommunisten als Totschläger hingestellt werden sollen, und der antimilitaristische Kampf der Partei kriminalisiert werden soll.



„Krieg dem imperialistischen Krieg!" Antimilitaristische Parole, während der Vorbereitungen des Roten Antikriegstages im Kieler Hafen gemalt.

Es ist sicher ein Erfolg dieses Kampfes, daß bei der zweiten Verhandlung am 21.10. weder die Zuschauer kontrolliert wurden, wie beim letzten Mal, noch der uniformierte Polizist auftauchte. Außerdem sah sich das Gericht gezwungen, den Vorwurf der „Prozeßsabotage", den es gegen Martins Verteidiger erhoben hatte, wieder fallenzulassen.

Stattdessen versuchte das Gericht jetzt auf eine raffiniertere Art, seinen Terror auszuüben. Obwohl Genosse Martin einen Wahlverteidiger hatte, wurde ihm ein Pflichtverteidiger vom Gericht aufgezwungen. Die Begründung dafür ist aus Prozessen wie in Stammheim bekannt: weil die Gefahr bestehe, daß der Verteidiger weiterhin den Prozeß sabotiere. Dieser Zwangsverteidiger blieb auch, als Martin und sein Verteidiger seine Entpflichtung forderten. Warum, zeigte sich bald. Als Martins Verteidiger die Einstellung des Verfahrens nach dem Parteiprivileg forderte, erklärte Zwangsverteidiger Bross: „Ich bin dagegen, im Interesse meines Mandanten."

Im Verlauf der Verhandlung konnte erzwungen werden, daß dieser verkappte Staatsanwalt seinen Tisch neben den des Staatsanwalts stellte. Nun wurde auch optisch klar, auf welche Seite er gehört.

Was hier vor sich ging, wurde dann auch vollständig klar, als aufgedeckt wurde, wer dieser Mann ist. **Niemand anderes nämlich als der Verteidiger Hermann Görings bei den Nürnberger Prozessen. Aus seinem Buch „Gespräche mit Göring", das dem Gericht vorgelegt wurde, geht auch eindeutig hervor, daß Bross Göring und seine Verbrechen aus voller Überzeugung verteidigt hat!**

Mit Hilfe eines Faschisten also, der den blutigen Terror des Hitlerfaschismus verteidigt, wird heute erneut gegen Kommunisten vorgegangen. Das ist typisch für diesen Staat, der per Gesetz befiehlt, daß man ihn „demokratisch" nennt und gleichzeitig mit Hilfe von Hunderten von Nazis seine Polizisten und Justizbeamte zum Kampf gegen die Arbeiterklasse und die kommunistische Partei ausgebildet hat.

Die Entlarvung dieses sauberen Pflichtverteidigers, den das Gericht bestellt hatte, versetzte dem Gericht natürlich einen ziemlichen Schlag. Es sah sich schließlich gezwungen, nachdem Genosse Martin und Ernst Aust, der Vorsitzende der KPD/ML, als Zeuge die Anklageschrift auseinandergenommen hatten, die Anklage auf Aufruf zur vorsätzlichen Tötung umzuwandeln in den Vorwurf auf Aufruf zur Meuterei.

Der Prozeß wird fortgesetzt.

Nach Isolationshaft kein Recht mehr auf Teilnahme am Prozess

Der Bundesgerichtshof hat jetzt bestätigt, daß die Angeklagten im Stammheimer Prozeß von der Hauptverhandlung ausgeschlossen werden können, weil sie aufgrund ihres Hungerstreiks und ihrer Haftbedingungen begrenzt verhandlungsfähig seien und diese begrenzte Verhandlungsfähigkeit selbst verschuldet hätten.

Grundlage für diese Entscheidung ist der § 213a der Strafprozeßordnung, der am 1.1.75 in Kraft trat. Danach kann ein Angeklagter, hat er sich „vorsätzlich oder schuldhaft in einen seine Verhandlungsfähigkeit ausschließenden Zustand versetzt und verhindert er dadurch wissentlich die ordnungsgemäße Durchführung oder Fortsetzung der Hauptverhandlung in seiner Gegenwart" vom Prozeß ausgeschlossen werden.

Bereits als die RAF-Gefangenen im letzten Jahr in den Hungerstreik gegen ihre Haftbedingungen getreten waren, hatten Politiker und bürgerliche Journalisten gehetzt, das geschähe nur, um den Prozeß zu sabotieren. Von vorneherein war geplant, die Angeklagten nach dem oben genannten Paragraphen aus der Verhandlung auszuschließen, um in ihrer Abwesenheit einen Schauprozeß abziehen zu können. Diese Pläne sind insofern gescheitert, als im Prozeß durch den Kampf der Verteidiger, der Angeklagten und durch medizinische Gutachten klar wurde, daß die zerüttete Gesundheit der Angeklagten vor allem auf ihre Haftbedingungen, auf die Isolationsfolter zurückzuführen ist. Sogar der Bundesgerichtshof mußte jetzt diese katastrophalen Auswirkungen der Isolationshaft indirekt zugeben.

Gleichzeitig aber stellt der BGH fest, daß die Angeklagten dafür selbst verantwortlich seien, weil man sie eben aufgrund „ihrer Gefährlichkeit" isolieren müsse. Das ist die gleiche Logik, nach der der BGH erst vor kurzem feststellte, daß der Polizist Diehl den Jugendlichen Erich Dobhard erschossen hat und ihn im gleichen Atemzug freisprach, weil die Verfolgung des Jugendlichen mit allen Mitteln notwendig gewesen sei, um „weitere Verbrechen" zu verhindern. Das ist die gleiche Logik, mit der das Oberlandesgericht Düsseldorf den Polizeieinsatz vor einem Jahr in Duisburg und damit den Mord an Genossen Günter für gerechtfertigt erklärte, weil dort zum bewaffneten Sturz des imperialistischen Staates aufgerufen worden sei.

So wie der Bundesgerichtshof im Falle des Polizisten Diehl der Polizei einen Freibrief zum Mord ausstellte, stellt es hier der Klassenjustiz einen Freibrief für Isolationsfolter aus.

So weit deckt sich die BGH-Entscheidung mit der Ausschlußbegründung durch den Stammheimer Richter Prinzing. In einem Punkt allerdings hat der BGH Prinzing korrigiert, war er nach Ansicht der bürgerlichen Presse „liberaler". Er stellte nämlich fest, daß Prinzing zwar die Angeklagten ausschließen könne, wenn ihr gesundheitlicher Zustand die „Funktionsfähigkeit" der Verhandlung störe; er müsse sie aber auf der anderen Seite an der Verhandlung teilnehmen lassen, wenn sie das wollten. Ergänzend fügt der BGH noch hinzu, daß aber natürlich niemand Prinzing zwingen könne, gerade dann zu verhandeln, wenn die Angeklagten sich verhandlungsfähig fühlten.

Welchen Sinn dieser Absatz der BGH-Entscheidung hat, sieht man daran, daß zum Beispiel die „Süddeutsche Zeitung" am nächsten Tag gehässig feststellte, jetzt läge die Entscheidung über die Teilnahme der Angeklagten an der Verhandlung also nicht mehr beim Gericht, sondern bei ihnen selbst. Über einen solchen „sensationellen Machtzuwachs" müßten sie selbst erstaunt sein. Im Klartext hat dieser Absatz also keinen anderen Zweck, als einen Vorwand zu liefern, damit die Presse erneut schreien kann „selbst schuld", wenn die Angeklagten nicht am Prozeß teilnehmen können.

Bleibt noch anzumerken, daß die gleichen Journalisten, die vor wenigen Wochen, als spanische Revolutionäre nach einem Gesetz verurteilt wurden, das zur angeblichen Tatzeit noch gar nicht Kraft war, in ihrem „Gerechtigkeitsgefühl" zutiefst verletzt waren, es heute ganz normal finden, wenn bei uns in Westdeutschland genau das gleiche geschieht. Denn auch der Hungerstreik der RAF-Gefangenen und der Hauptteil der Isolationsfolter lagen schließlich vor dem 1.1.75.

SU-Imperialisten importieren Millionen Tonnen Getreide

Degeneration der sowjetischen Kolchose

Die Landwirtschaft ist eines der Gebiete der sowjetischen Wirtschaft, das in den letzten Jahren einen schwerwiegenden Rückgang zu verzeichnen hatte. Mit Hinweisen auf „schlechtes Wetter" versuchen die Kremlführer immer wieder die Ursachen dieses Rückgangs zu vertuschen. Doch die Ursache ist die vollständige kapitalistische Entartung der sowjetischen Landwirtschaft. Erst kürzlich wurde zwischen den russischen Sozialimperialisten und den US-Imperialisten ein Vertrag unterzeichnet, demzufolge die Sowjetunion künftig alljährlich Millionen Tonnen Getreide in den USA kaufen wird. Die „UZ" der D„K"P-Revisionisten bezeichnete nun die Berichte über die Getreideeinkäufe als „Verleumdungskampagne". Zwar gibt „UZ" zu, daß diese Einkäufe eine Tatsache sind, behauptet aber im gleichen Atemzug, es sei zu wenig bekannt, daß die Sowjetunion auch wieder Getreide verkaufe. Sie irren sich. Es ist sehr wohl bekannt, daß die russischen Sozialimperialisten nicht nur Getreide kaufen, weil ihre Landwirtschaft am Boden liegt, sondern daß sie darüber hinaus noch Getreide kaufen, um es zu noch höheren Preisen z.B. an Länder der Dritten Welt weiterzuverkaufen — eine ihrer bekannten „internationalistischen Hilfen". Im folgenden drucken wir leicht gekürzt einen Artikel der „Peking Rundschau" Nr. 36/75 ab, in dem die wirklichen Ursachen des Produktionsrückganges der sowjetischen Landwirtschaft aufgedeckt und die Schachereien der Kremlführer mit ihrem Getreideverkauf entlarvt werden.

Die landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (Kolchose) in der Sowjetunion sind schon längst keine sozialistischen Kollektivwirtschaften mehr, sondern kapitalistische Wirtschaftsbetriebe. (. . .)

Diese Degeneration der Natur des Kollektiveigentums findet ihren Ausdruck in den tatsächlichen Beziehungen zwischen den Mitgliedern der Kolchose und den Produktionsmitteln. Die Staatsmacht in ihren Händen mißbrauchend, hat die sowjetische revisionistische Renegatenclique die Führung der Kolchose an sich gerissen, indem sie unter dem Vorwand, daß das „Bildungsniveau" der Arbeiter- und Bauern-Kader „sehr niedrig" sei und daß die Kolchose von „Spezialisten" mit „spezifischer Ausbildung" geleitet werden sollten, die früheren leitenden Kader durch eine große Zahl ihrer Agenten ersetzte. Diese neuen bürgerlichen Elemente auf dem Lande monopolisieren alle Machtbefugnisse der Kolchose in den Bereichen Produktion, Material, Finanzen, Verteilung und Personalpolitik und verfolgen in jeder Hinsicht eine Linie der kapitalistischen Restauration in den Kolchosen. Nach dem von den Revisionisten aufgestellten „Musterstatut der Kolchose" und den „Leitsätzen für die innere Ordnung in den Kolchosen" sind die Vorsitzenden der Kolchose berechtigt, über Reichtum und Geldmittel der Kolchose zu verfügen, Produktionspläne auszuarbeiten, frei mit landwirtschaftlichen Maschinen und anderen Produktionsmitteln zu handeln und Agrar- und Viehprodukte ohne Beschränkung zu verkaufen. Ferner haben sie das Recht, den Boden der Kolchose zu vermieten und an andere abzutreten, die Arbeitslöhne und Prämien der Kolchosemitglieder festzulegen und diese mit administrativen und wirtschaftlichen Mitteln zu bestrafen.

KAPITALISTISCHE BETRIEBSFÜHRUNG

Das Prinzip der sozialistischen Betriebsführung in den Kolchosen wurde völlig entstellt, und eine revisionistische Linie, gemäß der die Profite das Kommando haben und deren Kern der materielle Anreiz ist, wird durchgesetzt. Geld zu machen ist das letztliche Ziel aller Tätigkeit der Kolchose, und der materielle Anreiz ist das Hauptmittel für die Erreichung dieses Ziels. Anfangs wurde diese revisionistische Linie von Chruschtschow eingeführt und dann von Breschnew in bedeutendem Maße verstärkt und weiterentwickelt. Auf der Plenartagung des Zentralkomitees der sowjetrevisionistischen Partei, abgehalten im März 1965 und gepriesen als eine Sitzung, die „die prinzipielle Basis der Politik der KPdSU für die Landwirtschaft der gegenwärtigen Etappe ausarbeitete", sagte Breschnew, daß „das Niveau der Rentabilität zur Basis für die objektive Beurteilung der Betriebsführung der Kolchose und der Staatsgüter werden soll." Er schlug die umfassende Anwendung des „wirtschaftlichen Anreizes" in „allen Bereichen" der produktiven Aktivitäten in Kolchosen und Staatsgütern vor und propagierte, daß „die verschiedenen Maßnahmen des wirtschaftlichen Anreizes" „einer der wichtigsten Hebel" für die „Erhöhung der Arbeitsproduktivität" und für die „Überwindung der Rückständigkeit in der Agrarproduktion" sein werden. Um Profitmaximierung, dieses Prinzip der kapitalistischen Betriebsführung, in die Tat umzusetzen, haben die sowjetischen Revisionisten eine Reihe von Maßnahmen ergriffen und alle „wirtschaftlichen Hebel" voll in Bewegung gesetzt, in der Absicht, die Entwicklung der kapitalistischen Kräfte auf dem Lande anzufachen.

Gegenwärtig wird die Produktionsplanung in den Kolchosen von der Höhe der Profite, die die verschiedenen Agrar- und Viehprodukte bringen, bestimmt. Das kapitalistische Wertgesetz spielt wieder die Rolle der Regulierung der Produktion. Um Superprofite und hohe Prämien zu bekommen, entwickeln und erweitern die Kolchosleiter nach Möglichkeit diejenigen Abteilungen, die mehr Einkünfte und Profit bringen, schränken die wenig Einkünfte und Profit machenden Abteilungen ein und lösen diese sogar auf. Die Viehzucht z. B. ist seit langem der rückständigste Zweig in der Landwirtschaft, weil sie viel Arbeitskräfte und Geld braucht, aber wenig Profit und manchmal sogar Verluste bringt. Dadurch sind in Ackerbau und Viehzucht chaotische Zustände entstanden.

KOLCHOSMITGLIEDER MÜSSEN IHRE ARBEITSKRAFT VERKAUFEN

Mit der Änderung des Eigentumssystems, das eine entscheidende Rolle in den Produktionsverhältnissen spielt, ändern sich auch die zwei anderen Seiten der Produktionsverhältnisse radikal – die Beziehungen der Menschen im Produktionsprozeß und die Weise der Verteilung. Die Beziehungen zwischen jenen, die die Führung im Kolchos haben und den Kolchosmitgliedern ist nicht mehr eine der gesellschaftlich notwendigen Arbeitsteilung, sondern eine Beziehung zwischen Unternehmern und Lohnarbeitern, zwischen Unterdrückern und Unterdrückten.

Die Kolchosmitglieder sind völlig machtlos. Obwohl es im „Musterstatut der Kolchose" heißt, daß die Kolchose durch ihren Verwaltungsausschuß „die Führung in allen Aktivitäten auf den Gebieten von Organisation, Produktion, Finanz, kulturellem Leben und Erziehung ausüben" und daß ihre Vorsitzenden „auf der Versammlung der Kolchosmitglieder gewählt werden", sind die meisten Kolchos-Vorsitzenden von oben ernannt worden. Sie haben oft ihre Beschützer auf höherer Organisationsebene, und niemand kann etwas gegen sie tun. Der Verwaltungsausschuß existiert nur dem Namen nach. Der Kolchos-Vorsitzende ist der „natürliche" Vorsitzende des Verwaltungsausschusses und hält alle Macht in Händen. Er hat das letzte Wort im Verwaltungsausschuß und kann sogar eine Situation schaffen, in der alle Kolchosmitglieder des Rechts auf Überwachung des Verwaltungsausschusses beraubt werden. Die Kolchosbehörden können manchmal nach Gutdünken Strafbestimmungen für die Kolchosmitglieder festlegen.

Aus der Verteilungsweise sieht man, daß es heute in den sowjetischen Kolchosen wieder zur Ausbeutung des Menschen durch den Menschen gekommen ist. Das sozialistische Prinzip „Jedem nach seiner Leistung" ist nicht mehr in Kraft. Die Kolchosmitglieder erhalten einen Arbeitslohn, der lediglich die Umwandlung von Wert und Preis ihrer Arbeitskraft in eine andere Form bedeutet. Ein Teil des von ihnen produzierten Mehrwerts wird von der bürokratischen Monopolbourgeoisie im Namen des „Staates" mittels Einkommensteuer, Zinsen für Bankkredite und durch die Preisschere zwischen industriellen und landwirtschaftlichen Produkten an sich gerissen. Ein anderer Teil wird von den Kolchosbehörden in „legalen Formen", wie hohen Löhnen und Prämien für sie selbst, aber auch durch illegale Mittel erpreßt. Die Kolchosmitglieder sind zu Lohnarbeitern reduziert, die vom Verkauf ihrer Arbeitskraft leben. Sie müssen die schwersten Arbeiten verrichten, sie arbeiten am längsten, erhalten aber die geringste Bezahlung. Laut offiziellen sowjetischen Zahlen können beinahe 30 Millionen Kolchosmitglieder, ungefähr 30 Prozent der gesamten ländlichen Bevölkerung, mit ihrer Bezahlung aus der Kolchose plus anderer Einkünfte aus Nebengewerben nicht einmal einen Lebensstandard aufrechterhalten, den die Sowjetrevisionisten selbst als niedrigstmöglichen betrachten.

NEUE EMPORKÖMMLINGE

Die Gehälter der Machthaber in den Kolchosen betragen ein Vielfaches, oft das Dutzend oder sogar 20- bis 30-fache des Einkommens der gewöhnlichen Kolchosmitglieder. Außerdem haben sie noch zusätzliche Belohnungen und Prämien verschiedenster Art, von denen die Profitprämien, die aus dem Fonds für materiellen Anreiz stammen, und die Prämien für einen Verkauf über den festgesetzten Quoten, die aus dem Staatsfonds bezahlt werden, eine Höhe von 60 Prozent des jährlichen Gehaltes, in Neulandgebieten sogar bis 70 Prozent erreichen können. Um Prämien zu erschwindeln, schrecken die Kolchosbehörden auch vor Praktiken nicht zurück, wie Herabsetzung des Planungssolls und Betrug bei der Ablieferungsmenge von Agrarprodukten. So füllen sie ohne viel Anstrengungen ihre Taschen mit Rubeln.

Zu den Löhnen und Prämien, die, den Bestimmungen entsprechend, das „rechtmäßige Einkommen" der Kolchosleiter sind, kommen noch große Summen, die sie sich durch Unterschlagung und Diebstahl, Spekulation und Erpressung aneignen. Mit „rechtmäßigen" und auch mit rechtswidrigen Mitteln pressen sie die Kolchosmitglieder bis aufs Blut aus, wodurch sich die Polarisierung auf dem Land immer mehr verschärft.

Die Linie der allseitigen Restauration des Kapitalismus, die die Sowjetrevisionisten in der Landwirtschaft durchführen, hat nicht nur den Charakter des Kollektiveigentums der Kolchosen verändert, sondern auch die Entwicklung des Privatkapitalismus auf dem Land beschleunigt. In der heutigen Sowjetunion hat die private Wirtschaft in der nationalen Warenzirkulation einen beträchtlichen Anteil. Die sowjetische Presse gab 1972 zu, daß 12 Prozent der Agrarprodukte auf dem Markt aus der individuellen Nebenproduktion stammen. (Diese offizielle Zahl ist offensichtlich frisiert worden. Laut Schätzungen aus dem Westen sind es ungefähr 25 Prozent). Ein Drittel bis über die Hälfte einiger landwirtschaftlicher und tierischer Produkte kommen aus dem privatwirtschaftlichen Bereich.

In den heutigen sowjetischen Dörfern herrscht zügellose Spekulation, die Zahl von Spekulanten, Emporkömmlingen sowie Besitzern von Untergrund-Farmen und Untergrund-Viehzuchtfarmen wächst ständig an. Die privatkapitalistische Wirtschaft nimmt überall überhand und ist faktisch legal. Die Breschnew-Clique ist ihr politischer Repräsentant.

Die allseitige Restauration der kapitalistischen Produktionsverhältnisse hat die landwirtschaftlichen Produktivkräfte schwer zerrüttet. Dies ist die Ursache der seit langem existierenden Rückständigkeit in der landwirtschaftlichen Produktion unter der Herrschaft des Sowjetrevisionismus.

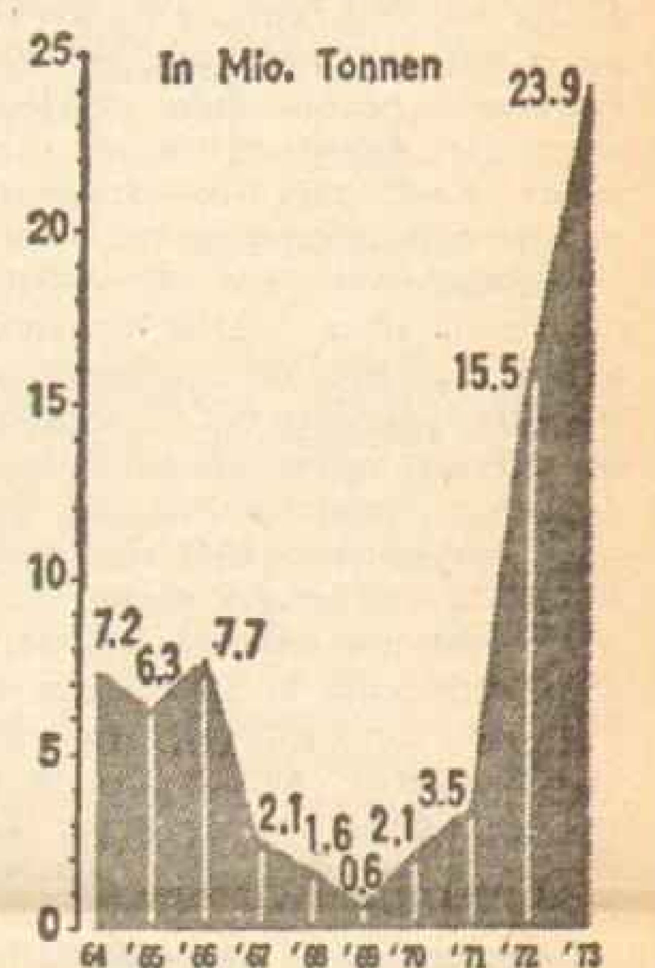
DIE SOWJETISCHE LANDWIRTSCHAFT IN EINER CHAOTISCHEN LAGE

(. . .) In sechs der zehn Jahre bis 1974 seit der Machtübernahme Breschnews war ein Rückgang der Getreideerträge zu verzeichnen. Vier dieser Jahre sahen eine Reduzierung von 10,3 bis 30 Millionen Tonnen, was Verlusten von 7 bis 20 Prozent gegenüber dem jeweiligen Vorjahr entsprach.

Bei Weizen, einem der wichtigsten sowjetischen Agrarprodukte, zeigen die Produktionsziffern eine sogar noch labilere Situation an. 13 Jahre der Periode 1954-74 sahen einen Produktionsrückgang, der in sieben dieser Jahre Raten von 13 bis 30 Prozent erreichte, und viermal war die Produktion in zwei Jahren hintereinander rückläufig.

In den ersten vier Jahren (1971-74) des von der sowjetrevisionistischen Renegatenclique viel gepriesenen 9. Fünfjahrplans war die Getreideproduktion niedriger als vorher, und in drei dieser Jahre sank sie ab. Allein im Jahr 1974 wurden um 27 Millionen Tonnen Getreide weniger eingebracht als 1973.

Die folgende Grafik zeigt die sowjetischen Getreideimporte von 1964 bis 1973.



DIE OPFER DER SOWJETISCHEN GETREIDEANKÄUFE

Vor kurzem hat die Sowjetunion im Ausland enorme Mengen Getreide angekauft. Berichten westlicher Nachrichtenagenturen zufolge bezog die Sowjetunion allein im Juli und August über 16 Millionen Tonnen Getreide von den Vereinigten Staaten, Kanada, Australien und anderen Ländern, was die Weltmarktpreise für Getreide erneut ansteigen ließ.

Es war dies nicht das erste Mal, daß massive sowjetische Getreidekäufe ein Hochschnellen der Weltmarktpreise verursachten. 1972, als die Sowjetunion wieder eine schlechte Ernte hatte, kaufte sie vom Ausland große Mengen Getreide, allein von den USA 19 Millionen Tonnen im Wert von einer Milliarde US-Dollar, davon 11 Millionen Tonnen Weizen – ein Viertel der gesamten Weizenernte der USA in jenem Jahr. Sowohl in den USA als auch auf dem Weltmarkt stiegen daraufhin die Preise stark an. Das Niederträchtigste aber war, daß die Sowjetunion diese von ihr geschaffene Situation zu einem Spekulationsgeschäft ausnützte, indem sie einen Teil des importierten Weizens zu den nunmehr hohen Preisen auf dem Weltmarkt weiterverkaufte.

Die Länder der Dritten Welt sind immer die ersten, die von den Preissteigerungen auf dem Weltmarkt getroffen werden. Viele von ihnen können als Folge der von der Kolonialherrschaft hinterlassenen Monokulturwirtschaft ihren Bedarf an Getreide nicht selbst decken. Trotz der Entwicklung der Landwirtschaft, insbesondere der Getreideproduktion, in diesen Ländern seit ihrer Unabhängigkeit ist ihre Versorgung mit Getreide noch immer mehr oder weniger von Importen abhängig.

Preis für US-Weizen Nr. 2 (pro Tonne)

Jahr	Dollar
1972	70
1973	139
1974 (Februar)	220

Preis für US-Mais (pro Tonne) f.o.b.

1972	56 Dollar
1973	98 Dollar
1974 (Juli)	135 Dollar

Gesamtwert der Getreideimporte der Länder der Dritten Welt

1970-72	über 3,1 Mrd. US-Dollar (im Jahresdurchschnitt)
1973	über 8,2 Mrd. US-Dollar
1974	über 11,2 Mrd. US-Dollar

Die Tabellen zeigen, welch enormer Schaden den Ländern der Dritten Welt zugefügt wurde. (. . .)

Auch die Werktätigen in den USA und in anderen kapitalistischen Ländern werden vom Ansteigen der Getreidepreise auf dem Weltmarkt schwer getroffen. 1972-1973 gingen in den USA die Einzelhandelspreise für Nahrungsmittel um 14,5 Prozent in die Höhe, was für die unter der Inflation leidenden Volksmassen in den USA eine Verschlechterung ihrer Lage bedeutet. Abgesehen von den paar getreideexportierenden Ländern wie den USA, Kanada und Australien müssen viele der westlichen kapitalistischen Länder Getreide importieren. Auch die Werktätigen in diesen Ländern sind Opfer der steigenden Preise. Vor kurzem traten die Hafenarbeiter der USA und der Ostküste Kanadas mit ihrer Weigerung an die Öffentlichkeit, Getreide für die Sowjetunion zu verladen – ein Ausdruck des Protestes des amerikanischen und des kanadischen Volkes gegen die massiven sowjetischen Getreideeinkäufe.

Seit Ende 1974 sind die Getreidepreise auf dem Weltmarkt infolge der erhöhten Weltproduktion an Getreide und der Wirtschaftskrise in den kapitalistischen Ländern allmählich gefallen. (...) Das ist der Hintergrund für die enormen Getreideankäufe der Sowjetunion. Dies wird unvermeidlich wieder horrende Getreidepreissteigerungen mit sich bringen und einmal mehr die Länder der Dritten Welt und die Werktätigen der westlichen kapitalistischen Länder schwer in Mitleidenschaft ziehen.

Wie steht die "Rote Fahne" zur Revolution in Portugal

Unter der Überschrift „Sozialimperialisten schüren Bürgerkrieg" veröffentlichte das Zentralorgan der Gruppe Rote Fahne (KPD) einen Artikel zu Portugal, der angesichts seiner gefährlichen Tendenz zurückgewiesen werden muß.

Die Auseinandersetzung um diese Frage an dem Beispiel Portugal ist nicht neu. Bereits in der Ausgabe Nr. 35 hat die „Rote Fahne" polemisiert, weil der ROTE MORGEN die GRF (KPD) darauf hingewiesen hatte, daß es in Portugal „nur eine Klasse gibt, die fähig ist, die portugiesische Revolution und den Kampf für nationale Unabhängigkeit und Demokratie zu Ende zu führen, die Arbeiterklasse". Für die „Rote Fahne" aber war das „platteste Allgemeinheit" und „links"-opportunistische Phrase". Zugleich warf sie uns vor, „die Front gegen den Sozialfaschismus und nationale Unabhängigkeit diffamiert" zu haben. Warum? Weil wir nicht Kräfte wie den heutigen Außenminister Portugals, Antunes, als „die Patrioten" hochjubelten, sondern eben die Arbeiterklasse als die wahre Kraft für Unabhängigkeit und Revolution propagierten.

Inzwischen ist die „Rote Fahne" noch einen Schritt weitergegangen. Seit eben diese Gruppe um Antunes zusammen mit der reaktionären Partei Soares, mit der revisionistischen Partei Cunhals und der offen reaktionären PPD eine neue Regierung in Portugal gebildet hat, wird nicht nur unsere Partei, sondern auch noch das portugiesische Volk von der „Roten Fahne" als „revisionistisch" gemaßregelt, weil es gegen diese Regierung für die Weiterführung der neudemokratischen Revolution kämpft.

Dagegen muß klar festgestellt werden, daß der Kampf des portugiesischen Volkes gegen wachsende Arbeitslosigkeit gegen immer höhere Preissteigerungen, gegen Ausbeutung und Unterdrückung gerecht ist. Daß vor allem der Kampf gegen ausländische Monopole, der Kampf gegen die Großgrundbesitzer, für die Revolution, unbedingt fortgeführt werden muß. Gewiß versuchen die modernen Revisionisten vom Schlage Cunhals dort – nicht anders als die D„K"P hier – in diesem Kampf Einfluß zu gewinnen, um das Volk vor den Karren des Sozialfaschismus und der Stärkung des sozialimperialistischen Einflusses zu spannen. Das muß man entlarven. Doch die „Rote Fahne" zieht gegen den revolutionären Kampf des Volkes zu Felde. Und so wettert sie – ganz wie die Regierung gegen „Unruhe, Chaos und Anarchie", gegen „Disziplinlosigkeit unter den Soldaten", gegen „Meuterei" usw. Und sie kommt zu dem Schluß: „Hauptsächlich der sowjetische Sozialimperialismus ist an der Opposition gegen diese Regierung interessiert und er findet seine Komplizen im Lager linksradikaler Grüppchen". Auf diese Weise wird der Kampf des Volkes gegen die Regierung für die Fortführung der Revolution als „sozialimperialistisch" verteufelt. Dahinter steckt die durch und durch opportunistische Auffassung, daß der Kampf für die Revolution dem Kampf gegen die beiden imperialistischen Supermächte untergeordnet werden muß.

Daß diese oppportunistische und bürgerliche Auffassung direkt dazu führt, Antiimperialismus und Revolution über Bord zu werfen, offenbart der Artikel in der „Roten Fahne" denn auch deutlich: „Höhepunkt waren provozierte Meutereien und Befehlsverweigerungen: bereits vor einigen Wochen weigerte sich das leichte Artillerieregiment I und das offiziell aufgelöste Polizeiregiment, sich nach Angola einzuschiffen." Es lebe die Disziplinlosigkeit im Dienste des Kolonialismus! Jeden, der jahrelang für die Beendigung der portugiesischen Kolonialherrschaft,, für den Abzug portugiesischer Truppen aus Angola gekämpft hat, kann das nur mit Abscheu erfüllen. Die „Rote Fahne" aber fährt fort: „Das Artillerieregiment war es auch, daß große Mengen von Schußwaffen an zivile Sympathisanten verteilte." Um Himmels willen keine Waffen für „Zivilisten"! Die sind nur für regierungstreue Soldaten da. Im Chor mit der portugiesischen Regierung forderte die „Rote Fahne" die Entwaffnung der portugiesischen Revolution!

Was ist das für eine Regierung, für die sich die „Rote Fahne" gegen die Revolution des Volkes in die Bresche wirft? Zu eben dem Zeitpunkt, als die „Rote Fahne" diese Regierung als „patriotisch" und „unabhängig" feierte, hielt sich Gomez in Moskau auf, wo er einen Vertrag unterzeichnete, der den russischen Sozialimperialisten größere Einflußmöglichkeiten in Portugal gibt. Und Außenminister Antunes befand sich in Washington, wo er dem US-Imperialismus den Verbleib in der NATO zusicherte und 80 Millionen Dollar erhielt. Dafür wirft sich die „Rote Fahne" in die Bresche! Und sie macht gar keinen Hehl daraus, daß sie mit dieser NATO-Mitgliedschaft sympathisiert: „Angesichts der Vorherrschaftspläne des sowjetischen Sozialimperialismus, Hauptfeind Portugals und der anderen europäischen Länder, sind Beziehungen zur EG und die weitere NATO-Mitgliedschaft Portugals ein wichtiger Schritt im Sinne der Einheit der europäischen Völker und Staaten gegen die imperialistischen Supermächte." Die weitere NATO-Mitgliedschaft ein richtiger Schritt gegen die beiden imperialistischen Supermächte? Im Sinne der Einheit der europäischen Völker und Staaten? Eine Einheit der europäischen Völker in der NATO wird es niemals geben. Denn die NATO war und ist ein wildes Kriegs- und Unterdrückungsinstrument des US-Imperialismus, das sich gegen die europäischen Völker richtet.

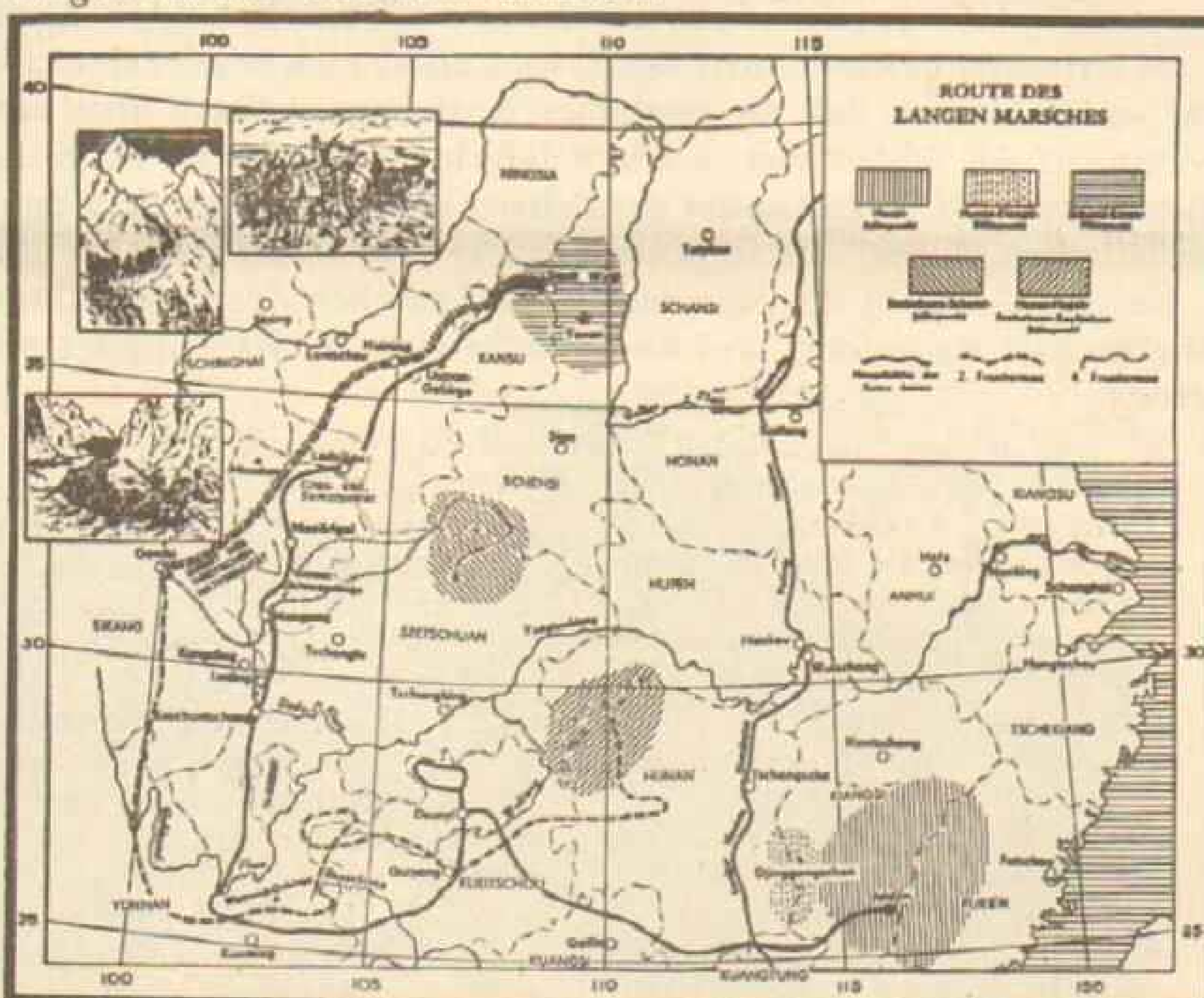
Die „Rote Fahne" propagiert damit eben den Weg, vor dem Genosse Enver Hoxha in seiner Rede vom 3. Oktober 1974 gewarnt hat: „*Die Kriegspsychose und die Angst wird von den Supermächten gezüchtet. Zur Rettung vor dieser Psychose und Drohung werden mit großem Lärm zwei Schirme propagiert, ein amerikanischer und ein sowjetischer zwischen denen man wählen muß, wenn man überleben will.*" Erstikkung der Revolution, Unterordnung unter eine der beiden Supermächte, darauf läuft diese Politik hinaus. Es ist eben die Linie, die in dem berüchtigten Aufruf zur Unterstützung der NATO in der „Roten Fahne" Nr. 28 offen dargelegt worden ist.

Es ist kein Zufall, daß, nachdem viele Mitglieder der GRF (KPD) dagegen Sturm gelaufen sind, diese Linie nun verdeckt über das „Beispiel Portugal" wieder propagiert werden soll. Man muß betonen: Hier geht es nicht um die Einschätzung dieser oder jener Einzelfrage der Entwicklung in Portugal, sondern es geht darum, die Strömung in der GRF (KPD) zu bekämpfen, die unter der Fahne des Kampfes gegen die beiden Supermächte dem US-Imperialismus Schützenhilfe leistet und zugleich die Revolution – sei es die neudemokratische in Portugal, in der die Arbeiterklasse um die Führung kämpfen muß, sei es die sozialistische Revolution in unserem Land – zu stoppen sucht.

"Ein Feldzug wie ihn die Geschichte noch nicht gekannt hat!"

Der lange Marsch

Am 19. Oktober 1935 erreichten unter der Führung der Kommunistischen Partei Chinas und des Genossen Mao Tsetung die Hauptkräfte der chinesischen Roten Armee Nord-Schensi. Anläßlich des 40. Jahrestages dieses großen historischen Sieges drucken wir in dieser und in der folgenden Nummer des ROTEN MORGEN eine zusammenfassende Darstellung des langen Marsches ab, die wir dem Buch „Mit dem Vorsitzenden Mao auf dem langen Marsch" entnommen haben.



Die Chinesische Rote Arbeiter- und Bauernarmee unternahm in zwei vollen Jahren (Oktober 1934-Oktober 1936) den weltberühmten Langen Marsch von ihren Stützpunktgebieten in den Provinzen Fukien und Kiangsi nach dem Norden von Schensi, auf dem sie eine Entfernung von 25000 Li (12500 Kilometern) zurücklegte. Auf ihrem Marsch durch elf Provinzen hat die Rote Armee schneebedeckte Gebirge erklettert, strategische Pässe durchquert, reißende Ströme bezwungen, unbetretenes Sumpfland überquert und feindliche Absperrketten von Hunderttausenden Mann durchbrochen. Die unvergleichliche Tapferkeit und Zähigkeit der Kämpfer beweist die unbesiegbare Kampfkraft der Volksarmee, geführt von der Kommunistischen Partei.

Im folgenden soll darüber berichtet werden, warum die Rote Armee den Langen Marsch durchführte und ihn siegreich vollenden konnte, sowie über seine historische Bedeutung.

* * * * *

Die Besetzung des Nordostens Chinas durch die japanischen Imperialisten im Jahre 1931 brachte China in eine äußerst kritische Situation. Das Tschiangkaischek-Regime jedoch ignorierte die Forderung der Bevölkerung, unser Land zu retten und den japanischen Eindringlingen Widerstand zu leisten, und führte die Politik durch, den Japanern keinen Widerstand zu leisten. Stattdessen konzentrierte es seine Angriffe gegen die von der Kommunistischen Partei geleiteten revolutionären Basen.

Im Oktober 1933 stellte Tschiang Kai-schek eine 1 Million Mann starke Armee zusammen zum fünften Einkreisungsfeldzug gegen die revolutionären Basen, hauptsächlich gegen den Zentralstützpunkt in der Provinz Kiangsi mit der Stadt Juidjin als Zentrum. Damals war die Rote Armee im ganzen Land auf etwa 300000 Mann angewachsen. Auch die bewaffneten Kräfte in Zivil hatten sich stark entwickelt. Die Versorgung mit Lebensmitteln und anderen Materialien war viel besser als früher. Die gründlich durchgeführte Agrarreform in den revolutionären Stützpunkten, der Fortschritt im wirtschaftlichen Aufbau und die Verbesserung der Lebenslage der Bevölkerung begeisterte die Massen – besonders die Bauern – noch mehr für die Unterstützung des revolutionären Krieges.

Im November des gleichen Jahres ereignete sich der „Zwischenfall von Fukien". Die 19. Armee (die ursprünglich unter dem Kommando der Kuomintang stand) vereinigte sich unter Führung Tsai Ting-kais mit Li Dji-schen und anderen Kuomintang-Mitgliedern, bildete die „Revolutionäre Volksregierung der Chinesischen Republik" in Fukien und traf mit der Roten Armee ein Abkommen über den Widerstand gegen Tschiang Kaischek und die japanischen Aggressoren. So gestaltete sich die Lage für die Rote Armee in diesem Feldzug gegen Einkreisung günstiger als in den vorhergehenden vier Feldzügen.

Unglücklicherweise befand sich die Kommunistische Partei damals unter der Leitung der dritten „linken" Linie. Die zur Parteiführung gehörenden „linken" Opportunisten konnten sich – als sie Anfang 1933 in die zentrale revolutionäre Basis kamen – über Mao Tsetung hinwegsetzen und die Führung in den Basen und in der Roten Armee an sich reißen. Sie vernachlässigten die Zusammenarbeit mit der 19. Armee, so daß diese – sich selbst überlassen – von Tschiang Kaischek vernichtet wurde. Noch schlimmer war, daß sie die richtige Strategie Mao Tsetungs ablehnten und einen regulären und Stellungskrieg gegen die viel besser ausgerüsteten Kuomintang-Armeen durchführten. Sie verfolgten während der Angriffe eine Linie des Abenteurertums, was der Roten Armee große Verluste brachte. Später vertraten sie die sogenannte Verteidigung an allen Fronten durch voneinander getrennte Streitkräfte und verfolgten bei der Verteidigung eine Linie des Konservativismus. So gerieten sie völlig in Passivität. Obwohl die Rote Armee infolge ihrer Tapferkeit nach einem Jahr schwerer Kämpfe einige militärische Erfolge zu verzeichnen hatte, konnte sie den Ring des Feindes nicht durchbrechen; im Gegenteil, die Basen schrumpften zusammen und die Rote Armee erschöpfte sich immer mehr.

Unter diesen Umständen gab es keinen anderen Ausweg. Die Rote Armee beschloß, die feindliche Einkreisung zu durchbrechen und den Langen Marsch anzutreten, um ihre Stärke zu bewahren und im Norden gegen die japanischen Aggressoren zu kämpfen.

Im Oktober 1934 verließen die Hauptkräfte der 1. Frontarmee, insgesamt 85000 Mann (zusammen mit den Regierungsfunktionären 100000 Mann), unter direkter Führung des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei die Zentralbasis und begannen den Langen Marsch. Nur ein kleiner Teil der Kräfte, geführt von Tschen Yi und anderen Genossen, blieb in der Basis zurück, um im Partisanenkampf den Durchbruch der Hauptkräfte durch die feindliche Umzingelung zu decken. Nachdem die 1. Frontarmee vier feindliche Blockadelinien, in denen insgesamt 400000 Soldaten konzentriert waren, durchbrochen hatte, erreichte sie im November 1934 die Hunan-Kuangsi-Grenze und stieß weiter zu der von der 2. Frontarmee gebildeten Hunan-Hupeh-Szetschuan-Kueitschou-Basis vor. Tschiang Kai-schek, der die Vereinigung dieser zwei Hauptkräfte der Roten Armee tödlich fürchtete, bot in aller Eile eine Armee, um sie in West-Hunan abzufangen. Er befahl auch den Bürgerkriegsgenerälen von Kuangsi, die Rote Armee von Nord-Kuangsi aus anzugreifen und zu versuchen, die 1. Frontarmee einzukesseln und zu vernichten. Die Situation war ernst. Nach einer treffenden Beweisführung Mao Tsetungs, der sich die Mehrheit der führenden Genossen anschloß, änderte die 1. Frontarmee ihre Marschrichtung und marschierte nach Kueitschou, wo die feindliche Verteidigung nur schwach war, und besetzte schnell Ost-Kueitschou. Im Januar 1935 überquerte sie das natürliche Hindernis des Wudjiang und besetzte Dsunyi, die größte Stadt Nord-Kueitschous. Hier rastete sie 12 Tage und füllte ihre Reihen mit fünftausend neuen Kämpfern auf. Die Kommunistische Partei rief in Dsunyi eine erweiterte Plenarsitzung des Politbüros – die Dsunyi-Konferenz – ein, die in der Geschichte der chinesischen Revolution von großer Bedeutung ist.

Die führenden Parteimitglieder, die „linke" Fehler begangen und durch ihre falsche Politik während des fünften Einkreisungs-Feldzuges Tschiang Kai-scheks eine Niederlage der Roten Armee verursacht hatten, bekamen es mit der Angst zu tun. Zu Beginn des Langen Marsches hatten sie es versäumt, gut politisch zu agitieren. Während des Langen Marsches dann war ihr einziger Gedanke, dem Feind auszuweichen und davonzulaufen, was zur Folge hatte, daß die Rote Armee oft in eine passive Rolle gedrängt wurde, worunter ihre Moral litt. Auch hatten sie viel zu große Kommandostellen eingerichtet und die Organisation der Etappe übertrieben, wodurch die Beweglichkeit der Truppen eingeschränkt wurde. Die Blokkade und die Verfolgungen durch den Feind hatten die Rote Armee mehrmals in gefährliche Situationen gebracht. Bis zur Ankunft in Dsunyi im Januar 1935 betrugen die Verluste der 1. Frontarmee 60% ihrer Gesamtstärke.

Diese ernste Lage erinnerte an die Zustände vor der vierten Einkreisungskampagne des Feindes und öffnete der Mehrzahl der führenden Genossen und der übrigen Parteimitglieder die Augen. Sie erkannten, daß diese ernste Lage darauf zurückzuführen war, daß man eine falsche Linie verfolgt und sich über die richtige Linie mit Genossen Mao Tsetung als Vertreter hinweggesetzt hatte. Unter den Truppen herrschte Zweifel und Unzufriedenheit, und man forderte energisch, die Führungsspitze zu ändern. Unter Führung von Genossen Mao Tsetung begannen sie einen entschiedenen Kampf gegen die Linie des „linken" Opportunismus. So wurde auf der Konferenz von Dsunyi der Herrschaft der „linken" Linie im Zentralkomitee der Partei ein Ende bereitet. Von da an begann die richtige Führung durch das Zentralkomitee mit Mao Tsetung an der Spitze. In diesem kritischen Moment wurden die Partei und die Rote Armee gerettet. Dies war eine Wandlung von großer historischer Bedeutung. Infolgedessen konnte die Partei den Langen Marsch siegreich vollenden und konnten die Funktionäre der Partei und der Roten Armee sich bewähren und stählen.

(Wird fortgesetzt)

DIE HAUPTTENDENZ IN DER WELT IST REVOLUTION !

Afrikaner demonstrieren in Salisbury

"Gebt uns Sithole zurück!"

Edson Sithole, einer der Führer des Freiheitskampfes des Volkes von Simbabwe gegen das faschistische Regime Ian Smith in Rhodesien, führendes Mitglied des Afrikanischen Nationalrates (ANC) und der Befreiungsorganisation ZANU, ist seit Mitte Oktober verschwunden.

Ein katholischer Priester, der ihn als letzter gesehen hat, erklärt, Edson Sithole sei von vier weißen Männern zusammen mit seiner Sekretärin zu einem Auto geführt und abtransportiert worden. Die vier Männer hätten sich als Agenten der „Sicherheitspolizei", der berüchtigten Spitzel- und Terrororganisation des Smith-Regimes zu erkennen gegeben.

Alle Anzeichen sprechen dafür, daß das Smith-Regime einen neuen Mord an einem Führer der Befreiungsbewegung des Volkes von Simbabwe begangen hat. Schon seit jeher versucht das Regime, durch Mord, Kerker und Folter die militanten Führer des Befreiungskampfes, die die Waffen nicht aus der Hand legen, auszuschalten. Die „Sicherheitspolizei" hat scheußliche Verbrechen begangen: **Im März dieses Jahres ermordeten Agenten Smiths die Genossen Herbert Chitepo und Silas Shamiso durch einen feigen Bombenanschlag. Herbert Chitepo war Vorsitzender der ZANU. Am 8. Juni verübten Agenten einen Anschlag auf das Leben von Bischof Murozewa, den Vorsitzenden des ANC. Und schließlich versuchten Agenten am 3. Juli Edson Sithole zu vergiften.**

Es ist bezeichnend, daß diese Mordanschläge verübt werden, während Smith und sein südafrikanischer Komplize Vorster immer wieder ihre Bereitschaft zum „Frieden" ausposaunen und von „Entspannung" sprechen. Diese betrügerischen Manöver dienen aber nur dazu, die Unterdrückung noch zu verschärfen, gleichzeitig aber das Volk mit schönen Worten zu betäuben.

Die Entführung Edson Sitholes ist kein Zufall, denn das Volk von Simbabwe ist entschlossen, die betrügerischen Manöver der Rassisten zu durchkreuzen und vertraut auf den bewaffneten Kampf als dem einzigen Weg zu seiner Befreiung.

Gerade dieser Kampf ist es, der das rassistische Regime in Panik versetzt, denn es kann ihn auf die Dauer weder niederschlagen noch durch betrügerische Manöver zum Stillstand bringen. Gerade das Gegenteil ist der Fall. Jedes Verbrechen des Regimes steigert nur noch mehr den Haß des Volkes. Sofort nach dem Bekanntwerden der Entführung demonstrierten in den Straßen von Salisbury Hunderte von Patrioten und riefen: „Gebt uns Sithole zurück! Sithole gehört uns!"

Die Völker der Welt haben gerade in der UNO das rassistische Regime in Rhodesien und in Südafrika verurteilt. Unterstützung finden diese Regimes nur bei den amerikanischen Imperialisten, den westdeutschen Imperialisten, deren finstere Machenschaften täglich mehr ans Licht kommen.

Smith und Vorster sind zum Untergang verurteilt, die Zukunft gehört den Völkern des südlichen Afrika.

Gegen die marokkanischen Annektionspläne

Die Sahara will frei sein!

König Hassan von Marokko ist entschlossen, die spanische Saharakolonie, die Gebiete von Sanguiat el Hamra und Rio de Oro zu annektieren. Keinem anderen Zweck dient der von ihm geplante sogenannte „friedliche Volksmarsch" Hunderttausender von Marokkanern über die Grenze.

Das Volk der Sahara, die Saharauis, will aber niemandem untertan sein. Geführt von seiner „Volksfront für die Befreiung von Sanguiat el Hamra und Rio de Oro (FPOLISARIO)" ist es entschlossen, seine Freiheit und Unabhängigkeit gegen alle Feinde mit der Waffe in der Hand zu erkämpfen. Seit über 10 Jahren führen die Patrioten der Sahara den bewaffneten Kampf gegen ihre Unterdrücker, die spanischen Kolonialherren, die als Platzhalter vor allem der USA-Imperialisten die Ausplünderung der riesigen Phosphatreichtümer und der anderen Bodenschätze organisieren und das Gebiet in eine Nachschubbasis für die amerikanischen Stützpunkte auf den Kanarischen Inseln verwandelt haben. Auch die Deutsche Bank, Krupp und andere Monopolkonzerne aus der Bundesrepublik profitieren von der kolonialen Ausplünderung und der Unterdrückung des Volkes.

Mit der Waffe in der Hand haben aber die Patrioten in den vergangenen zehn Jahren den Kolonialherren Schlag auf Schlag versetzt. Trotz der unglaublichen Schwierigkeiten, des Mangels an Kadern, an Waffen, des Analphabetismus, der den Beduinenstämmen aufgezwungenen Rückständigkeit, des unwirtschaftlichen Klimas usw., wurden Hinterhalte organisiert, feindliche Patrouillen angegriffen, Minen gelegt. Es ist eine Lage entstanden, in der die spanischen Kolonialtruppen nirgends im Land sicher sind. Die FPOLISARIO, die den bewaffneten Kampf anführt, hat sich die Sympathie der überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung erworben und weltweite Unterstützung gefunden.

Im Mai dieses Jahres besuchte eine UNO-Delegation das Gebiet, um Untersuchungen anzustellen. Die spanischen Kolonialherren, die eine Kundgebung ihrer Marionettenpartei, der PUNS, organisiert hatten, um sich zujubeln zu lassen, mußten erleben, daß die Menge plötzlich die Parolen der FPOLISARIO rief und deren Transparente und Losungen entrollte.

Der König von Marokko will seine Invasionspläne mit der Behauptung rechtfertigen, die Saharauis seien kein Volk. **Im Befreiungskampf gegen die spanischen Kolonialisten haben die Bewohner der Sahara aber längst bewiesen, daß sie ein Volk sind, das seine völlige Unabhängigkeit fordert und bereit ist, für die Freiheit von nationaler Versklavung bis zu Ende zu kämpfen.**

Der König von Marokko beruft sich auf die Vergangenheit. Er sagt, vor der spanischen Invasion war „dieser Wüstenstrich Niemandsland". Damals aber hatten die Saharauis schon gegen die portugiesischen Kolonialisten gekämpft, sie hatten ein der damaligen Zeit entsprechendes Gesellschaftssystem entwickelt und selbst der Internationale Gerichtshof, der von Marokko angerufen wurde, entschied gegen den König. Die UNO-Vollversammlung und die Organisation der Afrikanischen Einheit sprachen den Saharauis das Selbstbestimmungsrecht zu.

Es ist klar, daß die marokkanischen Pläne niemandem nützen, außer den Imperialisten und vor allem den beiden Supermächten. Der US-Imperialist Atherton, Unterstaatssekretär im Außenministerium, wühlt bereits in Marokko und auch die russischen Sozialimperialisten werden das ihre tun, um im Trüben zu fischen.

Die FPOLISARIO ist jedoch entschlossen, sich nicht einschüchtern zu lassen, sondern bis zu Ende weiter für die Freiheit und Unabhängigkeit zu kämpfen. **Am Vorabend der marokkanischen Invasion töteten ihre Kämpfer eine marokkanische Patrouille, die über die Grenze eingedrungen war.** Der gerechte Kampf des Volkes von Sanguiat el Hamra und Rio de Oro wird auch von den Revolutionären in Spanien unterstützt. Die Kommunistische Partei Spaniens (m-l) und die Komitees der FRAP rufen die Soldaten der Franco Armee auf, zu desertieren und die Waffen gegen das Regime selbst zu kehren.

Trotz aller Schwierigkeiten wird die gerechte Sache der Saharauis siegen! (S. auch Interview mit der FPOLISARIO, RM Nr. 37/75).

UNO-Ausschuß stellt fest

Zionismus ist Rassismus

Mit einer überwältigenden Mehrheit von 70 gegen 29 Stimmen, bei 27 Enthaltungen hat der UNO-Sozialausschuß eine Resolution verabschiedet, in der der Zionismus als eine „Art des Rassismus" verurteilt wird. In der Tat ist der Zionismus eine widerliche rassistische Ideologie, die von den Imperialisten ausgeheckt und benutzt wird, um die Unterdrückung des palästinensischen Volkes und die wiederholten Aggressionskriege der israelischen Zionisten gegen die arabischen Völker und Nationen zu rechtfertigen.

Schon die Besetzung Palästinas durch die israelischen Zionisten geschah im Namen des Zionismus. Zionismus, das bedeutet: Israel soll das „auserwählte Volk Gottes" sein, während die Palästinenser und die anderen arabischen Völker ihm untertan sein müssen.

Für die israelischen Zionisten und ihre imperialistischen Hintermänner, vor allem die USA-Imperialisten, war diese Resolution ein harter Schlag. Aufgeregt beschimpften sie die Staaten, von denen sie verurteilt worden waren und scheuten sich nicht, zynisch mit den Gefühlen der Völker spekulierend, die Resolution einen Akt des „Antisemitismus" zu nennen. In Wirklichkeit sind jedoch der Antisemitismus und der Zionismus nur zwei Seiten derselben Medaille, verfaulte imperialistische Theorien, um Aggression und Völkermord zu rechtfertigen.

Auch die westdeutschen Imperialisten haben in der UNO für die israelischen Zionisten gestimmt. Das ist kein Wunder. Seit den geheimen Treffen Adenauers mit dem Zionisten Ben Gurion haben die westdeutschen Imperialisten offen Jahr für Jahr Millionen DM und Waffen nach Israel geliefert und die Aggressionskriege Israels und die Vertreibung und Unterdrückung der Palästinenser unterstützt. Während hier bei uns zionistische Organisationen wie wild Propaganda treiben und den Segen der Regierung bekommen, sind GUPS und GUPS (Generalunion palästinensischer Studenten und Arbeiter) verboten und unterdrückt.

Die russischen Sozialimperialisten haben in der UNO den Zionismus „verurteilt", aber jeder weiß, daß sie den israelischen Zionisten Tausende von Menschen liefern und Geheimverhandlungen führen, um diplomatische Beziehungen mit ihnen aufzunehmen.

Gegen die Komplotte des Imperialismus und Sozialimperialismus haben die Völker ihr Urteil gesprochen.

Revolutionäre Afrikaveranstaltung der Freidenker in Münster

MÜNSTER. Korrespondenz. Kürzlich veranstaltete die OG Münster des Deutschen Freidenker-Verbandes e. V. einen Vortragsabend unter dem Thema: „Zur jüngsten politischen Entwicklung in Westafrika". Ca. 100 Gäste hatten sich eingefunden – darunter auch Genossen der Partei, der ROTEN GARDE und der Gruppe Rote Fahne (KPD).

Der Referent, der kürzlich von einer längeren Westafrika-Reise zurückgekehrt ist und bei der Gelegenheit auch die West-Sahara besuchte, stellte in den ersten beiden des drei Themen umfassenden Vortrags die verstärkten Einigungsbestrebungen der westafrikanischen Staaten dar. Anhand eines umfassenden Tatsachenmaterials erklärte er: „Sowohl die im Sommer dieses Jahres in der nigerianischen Hauptstadt Lagos gebildete ECOWAS (Wirtschaftliche Gemeinschaft der westafrikanischen Staaten, der insgesamt 15 Länder beigetreten sind), als auch die diesjährige 12. Konferenz der OAU (Organisation für Afrikanische Einheit) zielten in ihrer Hauptstoßrichtung darauf ab, folgende Feinde des afrikanischen Kontinents zu bekämpfen: die Imperialisten, die langjährig aggressiv gegen Afrika vorgingen, die Kolonialisten und Rassisten, die sich noch im südlichen Afrika verschanzen, die Zionisten, die Territorien arabischer Länder besetzt halten und die legitimen Rechte des palästinensischen Volkes mit Füßen treten. **Der weitaus gefährlichere Feind der afrikanischen Völker stellt indes der Hegemonismus der US-Imperialisten und der sowjetischen Sozialimperialisten dar.**"

Zum Volkskampf der FPOLISARIO (Volksfront für die Befreiung von Sanguiat el Hamra und Rio de Oro) zur Befreiung der West-Sahara vom francofaschistischen Joch und drohenden marokkanischen Expansionismus deckte der Referent sehr klar das Wesen der marokkanischen und spanischen Revisionisten auf. Er sagte: „Bereits im August 1970 hat Ali Yata, der Führer der „K"P Marokkos, die sich mittlerweise zur „Partei des Fortschritts und des Sozialismus" mauserte, in französischen Zeitschriften die Einverleibung der West-Sahara als ein historisch zwingendes Gebot bezeichnet und damit unverhüllt den Expansionsbestrebungen der marokkanischen Bourgeoisie sowie der Gewinnung dieses für die Kontrolle des Westatlantiks durch die im Mittelmeer massierter kreuzende sozialimperialistische Kriegsflotte so begehrlich umworbenen Terrains Handlangerdienste erwiesen."

„Santiago Carillo, das Haupt der spanischen Revisionisten", so führte der Referent aus, „hat den gerechten Kampf der FPOLISARIO als ‚Irrweg des Abenteurertums' diffamiert."

Am Ende seines Vortrags ging der Referent kurz auf die jüngsten Ereignisse im „Mutterland" der West-Sahara, Spanien, ein, und erklärte, daß das kämpfende spanische Volk gewiß die Aufrichtung einer Föderativen Volksrepublik unter Führung der FRAP und der PCE (m-l) verwirklichen wird.

Der Referent der DFV e.V. schloß seine Ausführungen mit folgendem Brecht-Zitat ab: „Wer niedergeschlagen wird, der erhebe sich! Wer verloren ist, kämpfe! Wer seine Lage erkannt hat, wie will der aufzuhalten sein? Denn die Besiegten von heute sind die Sieger von morgen. Und aus niemals wird: Heute noch!"

Im Anschluß führte der Referent Reisebilder vor. Nach zahlreichen Diskussionsbeiträgen konnten 82,50 DM für die Unterstützung der FPOLISARIO als Spende verbucht werden.



Eine Demonstration gegen die marokkanische Aggression

SPENDET FÜR DEN AUFBAU DES BEFREITEN KAMBODSCHA!

Vorstand der KPD/ML
– Spendenkonto –
Stadtsparkasse Dortmund
Kto.-Nr. 321 004 547
Stichwort: KAMBODSCHA

HÖRT DIE REVOLUTIONÄREN SENDER!

RADIO TIRANA

UHRZEIT	WELLENLÄNGE
1. Programm	
13.00-13.30	32 und 41 Meter
16.00-16.30	32 und 41 Meter
19.00-19.30	41 und 50 Meter
2. Programm	
14.30-15.00	32 und 41 Meter
18.00-18.30	32 und 41 Meter
21.30-22.00	41 und 50 Meter und 215 Meter (Mittelwelle)
3. Programm	
6.00-6.30	41 und 50 Meter und 215 Meter (Mittelwelle)
23.00-23.30	41 und 50 Meter und 206 Meter (Mittelwelle)

RADIO PEKING

Im Winter	43,7; 42,8 und 38,5 Meter
Im Sommer	26,2 Meter
Jeweils:	19.00-20.00 und 21.00-22.00 Uhr.



32 Meter entspricht 9,26 MHz
41 Meter entspricht 7,23 MHz
50 Meter entspricht 5,95 MHz
215 Meter entspricht ca. 1 400 KHz (Mittelwelle)

Kampf um Saschas Einbürgerung wird verstärkt

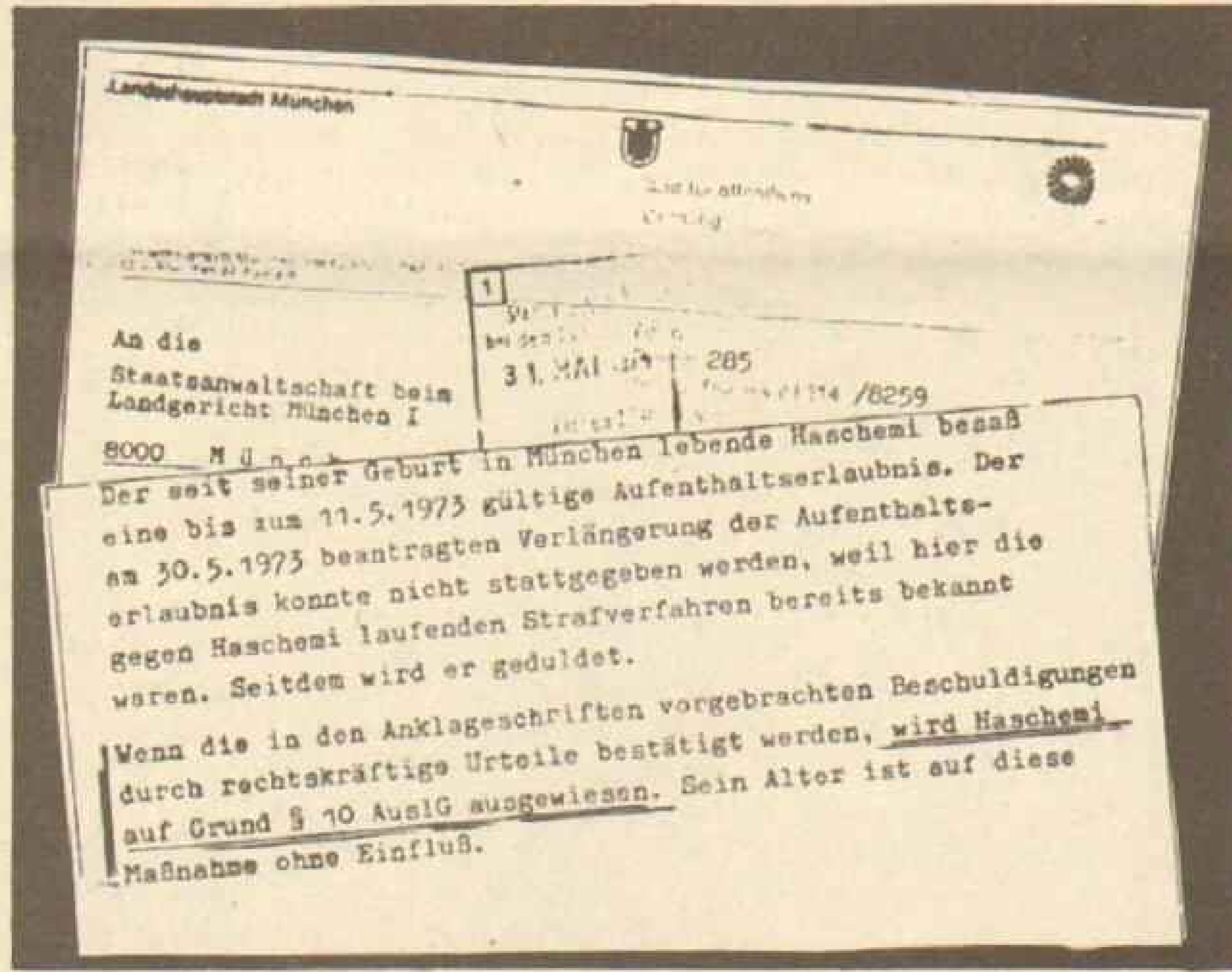
"Sofort einen deutschen Pass für Sascha!"

„Sofort einen deutschen Paß für Sascha!" – Diese Parole lasen am Samstag Hunderte von Münchnern. Genossen hatten ein Transparent mit dieser Forderung am „Alten Peter" auf dem Marienplatz angebracht, wo es auch mehrere Stunden hängenblieb.

Nachdem das Münchner Ausländeramt nun auch die Annahme eines von Sascha unterschriebenen Antrags auf Einbürgerung verweigert hat, führt die Partei und die Rote Garde in Bayern und vor allem in München den Kampf für Saschas Einbürgerung verstärkt weiter.

Sascha, ein Münchner Rotgardist, soll in den Iran abgeschoben werden, weil er Kommunist ist. Als Vorwand dafür dient der Bourgeoisie die Tatsache, daß Saschas Vater, von dem seine Mutter aber bereits seit 10 Jahren geschieden ist, Perser ist. Seit Jahren wurde Sascha, der wegen seines Vaters persische Staatsangehörigkeit besitzt, die Aufenthaltsgenehmigung deshalb nur immer für einige Monate verlängert. Seit Beginn dieses Jahres weigert sich das Ausländeramt München deshalb auch, Sascha auf seinen Antrag hin die deutsche Staatsangehörigkeit zuzuerkennen, die ihm nach dem Gesetz zusteht. Um einer Abschiebung in den Iran, die für ihn als Kommunisten Folter und vielleicht sogar den Tod bedeuten würde, zu entgehen, muß Sascha sich bereits seit eineinhalb Jahren versteckt halten.

Über 20000 Menschen haben bereits gegen die drohende Abschiebung Saschas mit ihrer Unterschrift protestiert. Als die Genossen in München am letzten Samstag an zwei Ständen und mit Kundgebungen in der Fußgängerzone über den Kampf um Saschas Einbürgerung informierten, konnten sie feststellen, daß viele Menschen empört waren über dieses hinterhältige Vorgehen der westdeutschen Behörden gegen einen jungen Kommunisten. Der Kampf wird weitergehen. So ist in dieser Woche eine Veranstaltung gegen die Abschiebung Saschas geplant.



Landeshauptstadt München

An die
Staatsanwaltschaft beim
Landgericht München I
8000 München

31. MAI 1974 ... 285 ... /8259

Der seit seiner Geburt in München lebende Haschemi besaß eine bis zum 11.5.1973 gültige Aufenthaltserlaubnis. Der am 30.5.1973 beantragten Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis konnte nicht stattgegeben werden, weil hier die gegen Haschemi laufenden Strafverfahren bereits bekannt waren. Seitdem wird er geduldet.

Wenn die in den Anklageschriften vorgebrachten Beschuldigungen durch rechtskräftige Urteile bestätigt werden, wird Haschemi auf Grund § 10 AuslG ausgewiesen. Sein Alter ist auf diese Maßnahme ohne Einfluß.

Dieser Brief des Ausländeramtes München an Staatsanwalt Wahl beweist, daß die deutschen Behörden Sascha an die Henker des Schah ausliefern wollen. Er beweist, daß gegen Sascha ein Schreibtischmord geplant ist.



Ein Transparent in der Halle des Münchener Hauptbahnhofes.

Fieberhafte Spionagetätigkeit Moskaus

Erneut KGB-Spion in Westberlin enttarnt

In der letzten Woche wurden erneut mehrere Spione enttarnt, die in Westdeutschland und Westberlin als Agenten der russischen Sozialimperialisten tätig waren. Besonderes Interesse verdient dabei der Fall des Spions Serge Wjatkin aus Westberlin. Denn durch seinen Fall wird etwas bewiesen, was die westdeutschen Imperialisten seit Jahr und Tag abstreiten: daß nämlich das Agentenehepaar Günter und Christel Guillaume nicht in erster Linie für Ostberlin, sondern für Moskau spioniert hat.

Die Partei hat sofort, nachdem der Fall Wjatkin bekannt wurde, ein Flugblatt verteilt mit der Forderung „Sowjets raus aus Westberlin!". Darin heißt es unter anderem:

„Am letzten Wochenende wurde in Westberlin der Spion Serge Wjatkin, Pressechef des Ostreisebüros ‚Intourist' als Hauptmann des sowjetischen Geheimdienstes KGB enttarnt." Wjatkin betrieb seine Spionagetätigkeit nicht zufällig unter der Tarnung eines Touristik-Büros. Die Genossen schreiben weiter: „In der ‚Wahrheit', der Zeitung der SEW, betreibt die SEW Werbung für die ‚sibirischen Wochen', ein Programm mit sowjetischen Kulturveranstaltungen, die angeblich die Freundschaft zwischen Westberlin und der Sowjetunion verstärken sollen. Was es mit diesen Freundschaftswochen in Wahrheit auf sich hat und welche Rolle die SEW beim Weltmachtstreben des russischen Sozialimperialisten spielt, hat sie nun mit dieser Werbung unfreiwillig aufgedeckt. Der Doppelagent Rudi Reinders, der den Sowjetspion jetzt enttarnte, ist nämlich vor drei Jahren auf einer solchen Veranstaltung vom sowjetischen Geheimdienst angeworben worden." Das zeigt, wozu die russischen Sozialimperialisten solche Veranstaltungen auszunutzen versuchen.

„Auch wenn in allen Zeitungen groß über diesen neuen Spionagefall berichtet wird, hat Bonn in Wahrheit kein Interesse daran, daß das Ausmaß der sowjetischen Spionagetätigkeit und vor allem ihr Ziel, die Vorbereitung des nächsten Weltkrieges, allen bekannt wird.

Zum Beispiel ist Guillaume nicht ein DDR-Spion gewesen, wie es in Bonn immer dargestellt wird, sondern eindeutig ein Sowjetspion. Das ist mit der Enttarnung von Wjatkin jetzt erneut bewiesen worden. Denn Wjatkin hatte den Auftrag, wie die Westberliner ‚Morgenpost' vom 19.10. schrieb, die Verbindungen ins Bundeskanzleramt wiederherzustellen, die durch die Verhaftung Guillaumes unterbrochen waren. Nicht die DDR, sondern die Sowjetunion ist also der Hauptdrahtzieher."

Der Fall Wjatkin zeigt deutlich, daß im Kreml keine Kommunisten herrschen, die Freundschaft mit dem deutschen Volk suchen, sondern Imperialisten. Sie sind Feinde des deutschen Volkes, die in der DDR mit Waffengewalt herrschen und über Westdeutschland ihre Spionagenetze ziehen, um im Kampf gegen die andere Supermacht, die US-Imperialisten, ihren Machtbereich auszudehnen.

Nato-Manöver "Reforger 75"

Fortsetzung von Seite 1

Besondere Empörung hat unter der Bevölkerung das Verbrechen gegenüber der jungen Frau ausgelöst und eine weitere Vergewaltigung durch amerikanische Soldaten an einem erst 14-jährigen Mädchen. Das Mädchen hatte sich zusammen mit einer Freundin von einem mit fünf US-Soldaten besetzten Fahrzeug mitnehmen lassen. Der Fahrer war in ein Waldstück gefahren. Und unter massiven Bedrohungen fielen die Soldaten über das Mädchen her.

Die Verwüstung Frankens, die brutale Rücksichtslosigkeit der US-Armee gegenüber der Bevölkerung, die Toten und die beiden vergewaltigten Frauen – das ist das Gesicht der US-Armee, wenn sie im Frieden den Kriegsfall probt. Was ist von solch einer Armee erst zu erwarten, wenn sie ernst macht?

Auf gar keinen Fall wird diese Armee, die schon im Frieden über die Leichen ihrer eigenen Soldaten geht und gegen die deutsche Bevölkerung einen derartigen Terror ausübt, im Kriegsfall auf unserer Seite stehen. Sie wird weder unsere Interessen gegen die russischen Sozialimperialisten verteidigen, wie die Herren in Washington behaupten, noch die Interessen des amerikanischen Volkes. Sie wird nur eins tun: für die Interessen der amerikanischen Imperialisten kämpfen. Gegen ihren imperialistischen Rivalen im Kampf um die Weltherrschaft, die russischen Sozialimperialisten, und gegen die Völker. Auch gegen das deutsche Volk.



Dieses „freundliche" Bild täuscht. Im Ernstfall würden die berüchtigten US-Ledernakken ohne zu zögern auch Kinder umbringen. In Vietnam haben sie es tausendfach bewiesen.

Bestellt das Zentralorgan der KPD/ML

An den
Verlag G. Schubert
46 Dortmund 30
Postfach 30 05 26

ROTER MORGEN

hiermit bestelle ich

A) Probenummer ☐ B) Abonnement ab Nr.....

Ich möchte Informationsmaterial ☐ Ich möchte besucht werden ☐

Name, Vorname.........................

Beruf ....

Postleitzahl/Ort ....

Straße ....
(Bitte in Blockschrift ausfüllen)

Datum.............. Unterschrift.........................

Das Abonnement kostet für ein Jahr 30,– DM. Dieser Betrag ist auf das Postscheckkonto Dortmund 417 06 – 466 oder auf das Bankkonto bei der Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 – 393 zu überweisen. 44/75

Parteibüros der KPD/ML

Zentrales Büro und Landesverband (LV) NRW
Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231 / 43 36 91 u. 43 36 92, Öffnungszeiten: Mo-Fr 15-18, Sa 10-14 Uhr.

LV Wasserkante
Hamburg, Buchladen „Roter Morgen", Stresemannstr. 110, Tel.: 040/ 43 99 137, Öffnungszeiten: Mo-Fr 15.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

LV Niedersachsen
Hannover, Elisenstr. 20, Tel.: 0511/ 44 51 62, Öffnungszeiten: Di und Do 16.30-19.00, Sa 9-13 Uhr.

LV Südwest
Mannheim, Lortzingstr. 5, Tel.: 0621 / 37 67 44, Öffnungszeiten: Mo-Fr 17.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

LV Baden-Württemberg
Stuttgart, Buchladen „Roter Morgen", Haußmannstr. 107, Tel.: 0711 / 43 23 88, Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 9.30-13 Uhr.

LV Bayern
München 2, Buchladen „Roter Morgen", Thalkirchner Str. 19, Tel.: 089 / 77 51 79, Öffnungszeiten: Mo-Fr 14.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

Sektion Westberlin
Wedding (65), Buchladen „Roter Morgen", Schererstr. 10, Tel.: 030 / 46 52 807, Öffnungszeiten: Mo-Fr 14.30-18.30, Sa 10-14 Uhr.

weitere Parteibüros:

Bielefeld, Buchladen „Roter Morgen", Sudbrackstr. 31, Öffnungszeiten: Mo., Do. und Fr. 16.30-18.30, Sa. 9-13 Uhr.

Bochum, Dorstener Str. 86, Tel.: 0234 / 51 15 37, Öffnungszeiten: Mo.-Fr. 17.10-19, Sa. 10-13 Uhr.

Bremen-Walle, Waller Heerstr. 70, Öffnungszeiten: Mi. und Fr. 16-19, Sa. 9-13 Uhr.

Duisburg-Hochfeld, Paulusstr. 36, Öffnungszeiten: Mo., Mi. und Fr. 16-18.30, Sa. 10-13 Uhr.

Kiel, „Thälmann-Buchladen", Reeperbahn 13, Tel.: 0431 / 74 762, Öffnungszeiten: Mo.-Fr.: 15-18.30, Sa. 9-13 Uhr.

Köln-Kalk, Buchforststr. 105 b, Öffnungszeiten: Di. und Do. 17-19, Sa. 9-13 Uhr.

Lübeck, Buchladen „Roter Morgen", Marlesgrube 58, Öffnungszeiten: Mo., Mi. und Fr. 16.30-18.30 Uhr.

Münster, Bremer Platz 16, Öffnungszeiten: Mo.-Fr. 16-18.30, Sa. 11-14 Uhr.

Parteiveranstaltungen

HAMBURG
Kulturabend: Lieder im Klassenkampf, 8.11.75, 18-21 Uhr, Gaststätte „Zum alten Sängerheim", Hamburg-Altona, Ölkersallee 3

HANNOVER
Albanien – Leuchtfeuer des Sozialismus in Europa, 7.11. 19 Uhr, Hannover-Ricklingen, Freizeitheim Ricklingen

– Anzeige –

ROT FRONT VERLAG NEUERSCHEINUNG



**Bestellungen an:
ROTFRONT-VERLAG
23 Kiel 1, Postfach 3746
– Preis 13,50 DM –**